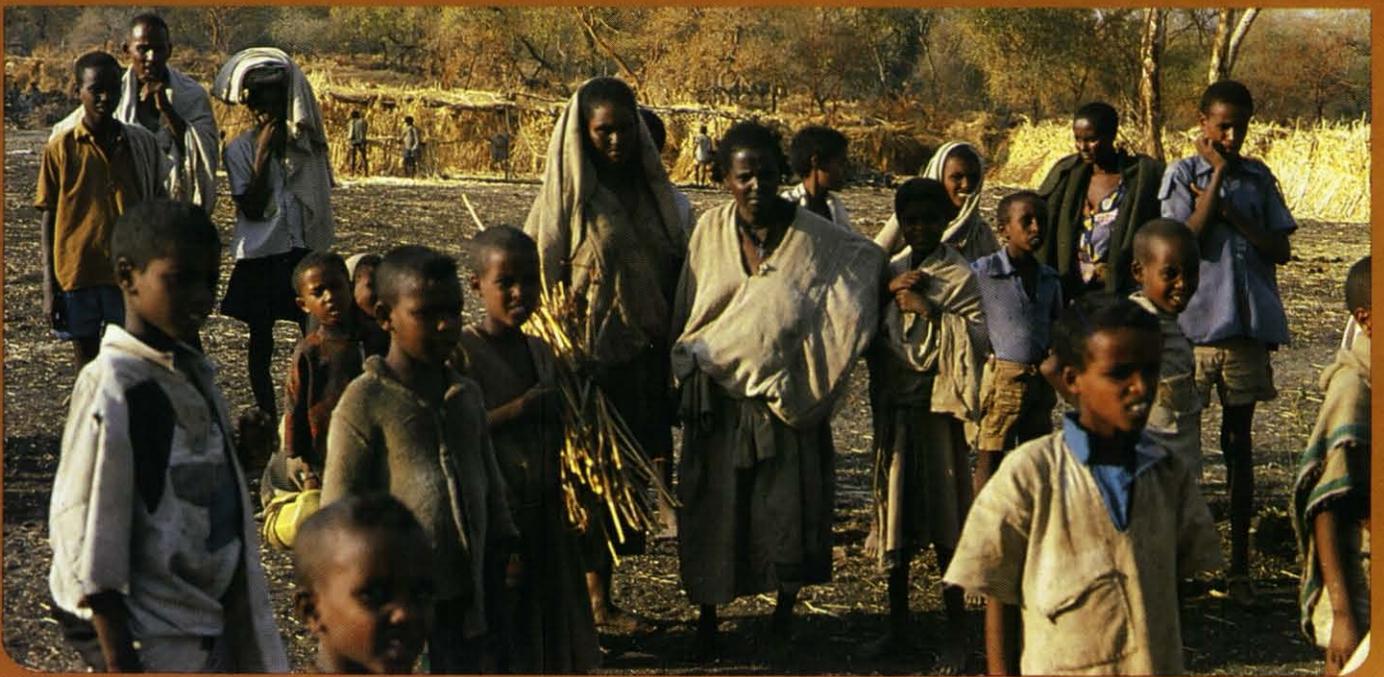


zivilschutz magazin



Erst um Mitternacht konnte mit dem Löschen begonnen werden

Heute: Der Brand der Londoner Börse am 10. Januar 1838

Es war gegen 22 Uhr: Wie immer um diese Zeit herrschte auch am 10. Januar 1838 viel Leben in den Straßen Londons. Plötzlich wurde von Passanten Rauch über der Börse bemerkt. Binnen weniger Minuten hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt. Alle wollten helfen, das Gebäude vor den Flammen zu retten. Doch dazu kam es noch nicht, denn die Türen zur Börse waren fest verschlossen. So konnte das Feuer im Gebäudeinnern ungehindert um sich greifen.

Die Börse, in der bedeutende Geldsummen und wichtige Papiere aufbewahrt wurden, war schon seit vielen Jahren ohne Wächter. So wußte an diesem denkwürdigen Abend zunächst keiner, wo sich die

Tor- und Türschlüssel befanden. Als aber das Feuer sich immer mehr ausbreitete, beschloß man, die eisenbeschlagenen Tore der Börse zu sprengen. Durch das Öffnen der Tore geriet nun Luft in das Innere: Sofort barsten Fensterscheiben entzwei, die Flammen schlugen hoch zum Dach hinaus.

Mittlerweile waren schleunigst auch Löschmaschinen herbeigeschafft worden. Doch diese waren in ihrer Wirksamkeit sehr eingeschränkt, denn der Nachtfrost hatte ihnen arg zugesetzt. So entstand weiterer Zeitverlust; das Feuer hatte mittlerweile die Börse schon in voller Ausdehnung ergriffen. Um Mitternacht endlich konnte das

erste Wasser in die Flammen gespritzt werden.

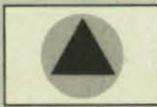
Eine Stunde später lagen der nördliche und östliche Flügel in Asche; von den acht Glocken am Turm der Börse stürzte eine nach der anderen in die Tiefe, bald war der gesamte Turm zerstört.

Gefahr bestand auch für die in der Nähe stehende St. Bartholomäuskirche. Doch zum Glück drehte sich der Wind, und die Kirche blieb von den Flammen verschont. Um 4 Uhr war das Börsengebäude ausgebrannt. Nur ein Flügel stand noch. Doch auch er wurde von den Flammen ergriffen, und um 5 Uhr am Morgen hatte das Feuer die Börse in London vollends zerstört.



So sah der Zeichner den Brand der Londoner Börse am 10. Januar 1838.
(Foto: Roden-Press)

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

April
4/85

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 731-0, Telex 099960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

-
- 47. Auslands-Einsatz des THW** 10
Trinkwasseraufbereitungsanlagen für Flüchtlingslager im Sudan.
-
- Ein internationales Zusammenspiel** 14
Acht NATO-Staaten beteiligten sich an der 18. Warndienstübung „Intex '85“.
-
- Mit 24000 Liter Wasser pro Minute wurde grenzübergreifend gelöscht** 19
2600 Helfer bei einer der größten Waldbrandübungen der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.
-
- Eine gelungene Lösung** 25
Neues Katastrophenschutz-Zentrum in Oberhausen den Hilfsdiensten übergeben.
-
- Stichwort: Gleichwellenfunktechnik** 29
Neue Überlegungen zur Sprechfunkqualität und Übertragungssicherheit im BOS-Bereich in Hessen.
-
- Wir in den Städten sind verpflichtet, Zivilschutz zu betreiben** 33
BVS-Präsident Widder zu Fragen des Zivil- und Selbstschutzes.
-
- GZS legt Jahresbilanz 1984 vor** 37
-
- Die Zusammenarbeit zwischen den Warndiensten der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark** 43
-
- Die Hilfen des DRK in Afrika** 45
-
- ASB schickte Hilfslieferungen in den Ostsudan** 47
-
- Bericht über JUH-Einsatz im Sudan** 49
-
- MHD-Jahresbilanz 1984** 51
-
- 125 Jahre Bodensee-Feuerwehr-Bund** 53
-
- DLRG Niedersachsen sucht Mitwirkung im Katastrophenschutz** 59
-
- „Das Minimagazin“** U 3
Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes
-

Umschau

Rettungseinsätze funktionierten gut

„Die Rettungseinsätze haben situationsangemessen gut funktioniert“ – so erläutert Dr. Thamm, zuständiger Dezernatsleiter beim Regierungspräsidenten Köln, das Zusammenspiel der Einsatzkräfte bei den Autobahnunfällen auf der A61. Wie das Zivilschutz-Magazin berichtete, waren bei dichtem Nebel mit Sichtweiten zwischen zwei und zehn Meter an vier verschiedenen Stellen mehrere Kraftfahrzeuge aufeinandergefahren. Aufgrund der ersten lokalen Presseberichte konnte der Eindruck entstehen, es habe Pannen in der Koordination der Rettungsmaßnahmen gegeben. Dieser Eindruck wurde im Gespräch mit Dr. Thamm widerlegt.

An dem besagten Unglückstag ereigneten sich die vier Verkehrsunfälle von 14.47 Uhr bis 15.15 Uhr. „Die Rettungsdienstkräfte“, so Dr. Thamm, „wurden umgehend alarmiert, die beiden Richtungsfahrbahnen wurden rechtzeitig gesperrt.“

Entgegen Presseäußerungen war die Bildung von Katastrophenschutzleitungen nicht erforderlich, weil nach der gesetzlichen Definition keine Katastrophe vorlag. Auf Anfrage des „Zivilschutz-Magazins“ erklärte Dr. Thamm, habe sich die Frage nach einer koordinierten Führung auch gar nicht gestellt, da die vier Unfallereignisse getrennt voneinander abgewickelt werden konnten. „In beiden Kreisbereichen, nämlich im Rhein-Sieg-Kreis und im Kreis Euskirchen, stand ausreichendes Kräftepotential zur Verfügung.“ Allerdings standen beide Leitstellen miteinander ständig in Verbindung.

Besonders lobend erwähnte Dr. Thamm die Bildung einer Einsatzleitung durch den Rhein-Sieg-Kreis. Die Einsatzleitung setzte sich zunächst zusammen aus dem Wehrleiter der Gemeinde Swisttal und dem stellvertretenden Kreisbrandmeister sowie jeweils zwei Führungskräften des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und des Malteser-Hilfsdienstes (MHD). Weniger umfangreich war die Schadenslage im Bereich des Kreises

Euskirchen. „Deshalb war die Bildung einer Einsatzleitung dort nicht erforderlich“, so Dr. Thamm.

Auch den Vorwurf eines Notarztes, die Rettungsdienstkräfte hätten nicht auf ein zusätzliches Bettenangebot bestimmter Kliniken zurückgegriffen, widerlegte Dr. Thamm: „Die Verletzten wurden alle schnellstmöglich versorgt. Als das Angebot der Kliniken kam, waren die Verletzten bereits auf andere Krankenhäuser verteilt.“

Anfänglich habe es jedoch – so fuhr Dr. Thamm fort – Kommunikationsschwierigkeiten gegeben, die allerdings bei der verwirrenden Gesamtlage fast unvermeidlich gewesen seien. So seien z. B. Mißverständnisse bei der Sperrung der Gegenfahrbahn aufgetreten, damit die Rettungsdienste aus Richtung Süden an die Unfallstelle Swisttal/Miel herangeführt werden konnten. Als Rettungsdienstkräfte einige Leitplanken geöffnet hatten, um über die Gegenfahrbahn an die Unfallstelle zu gelangen, gab es undisziplinierte Autofahrer, die diese Lücken nutzten. „Zum einen“, so Dr. Thamm, „hätten Polizeibeamte an diesen Stellen sichern müssen, zum anderen aber muß den Autofahrern in aller Deutlichkeit das richtige Verhalten in solchen Fällen mitgeteilt werden.“ Es habe sogar Kraftfahrer gegeben, die im dichten Nebel Einsatzfahrzeuge überholten, obwohl diese mit abgeworfenen Magnesiumkerzen auf die notwendige Verlangsamung aufmerksam machten.

28985 Rettungsflüge im vergangenen Jahr

Der Luftrettungsdienst in der Bundesrepublik Deutschland hat 1984 mit 28985 Rettungsflügen die bisher höchste jährliche Einsatzzahl erreicht. Zum ersten Mal gibt die beim ADAC geführte Gesamtstatistik die Leistungen aller 35 Rettungshubschrauber (RTH) im Bundesgebiet wieder. Bislang umfaßte diese Dokumentation nur die 28 RTH-Stationen, die in der operationellen oder verwaltungsmäßigen Zuständigkeit der ADAC-Luftrettung stehen. Aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Erfassungskriterien entfallen 8457 (29%) auf Primärtransporte, 10574 (36%) auf primäre Erstversorgungen ohne Transport des Patienten im RTH, 4749 (17%) auf Sekundär-, Organ- und Medikamententransporte sowie 5205 (18%) auf Fehleinsätze. Medizinisch versorgt wurden 24909 Patienten. Trotz Rückgang der Unfälle mit Personenschaden gegenüber 1983 um 3,7% und einer signifikanten Abnahme der tödlich Verunglückten im Straßenverkehr (- 11,4%) ist eine Zunahme

der RTH-Alarmierungen zu beobachten. Dieser Trend ist als Folge einer Zunahme der Akzeptanz der Luftrettung positiv zu interpretieren.

Im Durchschnitt errechnen sich 828 Rettungseinsätze pro RTH-Station. Den Maximalwert erzielte das Bundeswehr-Rettungszentrum Hamburg (Christoph 29) mit 1348 Flügen.

Auf dem Weg zum Brandeinsatz tödlich verunglückt

Zwei Feuerwehrmänner aus Harsefeld (Kreis Stade) sind tödlich verunglückt, als sie mit ihrem Privat-Pkw zu einem Schmelzbrand fuhren. Beide Insassen waren sofort tot, als das Auto ins Schleudern kam und dann frontal gegen einen Straßenbaum prallte.

Die Harsefelder Feuerwehr sollte bei einem Brand in einem Nachbarort mit schwerem Atemschutz helfen. Auch die beiden langjährigen Mitglieder in der Harsefelder Wehr bekamen über Funk-



meldeempfänger Nachricht von diesem Einsatz. Die beiden 25 und 26 Jahre alten Nachbarn fuhren mit dem Privat-Pkw in Richtung Einsatzort, um bei dem Feuer Hilfe zu leisten. Auf dem Wege dorthin passierte dann der Unfall.

Die Unfallstelle bot ein Bild des Grauens. Die beiden Männer wurden im Autotwrack eingeklemmt. Sie mußten von ihren eigenen Kameraden geborgen werden.

(Foto: Kordländer)

15777 Elektrosirenen in NRW sind an das Warnnetz angeschlossen

Im März fand im gesamten Bundesgebiet die halbjährliche Sirenenprobe statt. Wie das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen mitteilte, wurden alleine in NRW etwa 16000 Sirenen auf ihre Funktionsfähigkeit überprüft. Außerdem diente – so das Innenministerium – der Probetrieb der Information der Bevölkerung über die Bedeutung der einzelnen Signale.

Das Innenministerium gab auch eine Übersicht über den Warndienst in Nordrhein-Westfalen (Stand: Januar 1985). So gibt es 16533 aufgebaute Elektrosirenen, wovon 15777 an das Warnnetz angeschlossen sind. Im Endausbau erforderlich sind 19354 Sirenen. Aufgebaute Hochleistungssirenen gibt es in NRW 39, zehn elektronische Sirenen (aufgebaut).

Auf die einzelnen Regierungsbezirke aufgeteilt gibt es im Bezirk Arnsberg 4505 Elektrosirenen (4313 an das Warnnetz angeschlossen / 438 als weiterer Bedarf), im Bezirk Detmold 2704 (2617 / 85), im Bezirk Düsseldorf 3782 (3679 / 412), im Bezirk Köln 3065 (2768 / 1522) und im Bezirk Münster 2477 (2400 / 364).

Hochleistungssirenen (Preßluft sirenen) gibt es in folgenden Regierungsbezirken: Arnsberg (8), Düsseldorf (16) und Köln (15). Im Erftkreis (1), Oberbergischen Kreis (7) und Rhein-Sieg-Kreis (2) – alle im Regierungsbezirk Köln – befinden sich elektronische Sirenen.

Eine Zentrale für den Notfall

Die Katastropheneinsatzleitung in Fürth bei Nürnberg steht jetzt nach umfangreichem Ausbau als eine der führenden Einrichtungen ihrer Art in der Bundesrepublik da. Am 28. Februar 1985 wurde die zentrale Leitstelle offiziell ihrer Bestimmung übergeben.

Vor zahlreichen Repräsentanten aus Stadtverwaltung, Behörden und Verbänden nahm gleichzeitig ein angeschlossenes Fernseh-Pilotprojekt des Fürther Amateur-Radioclubs seinen Auftakt. Vom Dach des Werksgebäudes einer namhaften Firma aus wurden die von einer Fernsehkamera aufgenommenen Bilder auf einen Monitor in der Leitstelle übermittelt. Im Katastrophenfall können sich die Führungskräfte der Einsatzleitung auf diese Weise ein genaues Bild vom Schadensgebiet machen.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern hatte dem Radioclub grünes Licht für die Mitarbeit im Katastrophenschutz zur Verbesserung der Kommunikationsmittel gegeben.

Wenn sich dieses Modell überall in der Bundesrepublik durchsetzen würde, wäre dies eine große Unterstützung, urteilte der Rechts- und Ordnungsreferent der Stadt, Alfred Fischer.

Am Pilotprojekt „Amateur-Television“ arbeiten derzeit etwa zehn Amateurfunker mit. Als „Fernsehanstalt“ des Fürther Katastrophenschutzes arbeitet der Amateur-Radioclub seit einem Jahr.



Den Auftrag zur Einrichtung einer Katastropheneinsatzleitung erhielt die Stadt Fürth bereits 1979. Schon 1980 waren die 25 Mitarbeiter für den künftigen Führungsstab gefunden. Ihre Ausbildung erhielten sie in mehreren Lehrgängen. Die zunächst nur provisorisch eingerichteten Räume der Einsatzleitung genügten schon bald nicht mehr den Anforderungen einer wirkungsvollen Kommando-stelle. Von hier aus werden etwa 550 Helfer mit ihrem umfangreichen technischen Gerät dirigiert.

Weitgehend in Eigenleistung wurden die Altbauräume renoviert und unzählige Meter Kabel verlegt. Die Feuerwehr war beim Installieren der Antennenanlage

auf dem Dach des Gebäudes behilflich. So konnten die Renovierungskosten auf 55000,- DM gesenkt werden. Mindestens 15000,- DM, so schätzt der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Ingolf Janek, haben die Helfer durch Eigenleistung erbracht. Die Raumaufteilung bezeichnet Janek als optimal, zumal die Räume auf einer Ebene mit denen des Amtes für Zivilschutz liegen.

Zur Einrichtung gehören u.a. eine ABC-Meldestelle mit direktem Draht zum Warnamt in Ansbach sowie eine Fernsprechvermittlung mit 30 Anschlüssen, Telex, Telekopierer und zwei Funkzentralen. Der Radioclub hat seine Empfangsstation in einem gesonderten Raum untergebracht.

Anlässlich der Einweihungsfeier sprach Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg allen Mitarbeitern, die den Aufbau der Leitstelle unterstützt haben, Dank und Anerkennung aus. Er rief alle im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen zu einem guten Miteinander auf.

Unser Bild zeigt die Empfangsstation des Radioclubs.

Jahresfachtagung der VFDB

Ihre Jahresfachtagung hält die Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (VFDB) vom 2. bis zum 5. Juni 1985 in Braunschweig ab. Anlässlich der Jahresfachtagung finden am Dienstag, 4. Juni, von 9.00 bis 13.00 Uhr sowie von 15.00 bis 17.30 Uhr, und am Mittwoch, 5. Juni, von 9.00 bis 12.00 Uhr, in der Stadthalle Braunschweig öf-

fentliche Referatssitzungen des Technisch-Wissenschaftlichen Beirates (TWB) der VFDB statt. In Vorträgen und Aussprachen werden Probleme des Vorbeugenden Brandschutzes, des Umweltschutzes bei der Brandbekämpfung, der Brandschutzgeschichte, der Brandschutzdokumentation und der Vorsätzlichen Brandstiftung behandelt.

1985 erstmals weniger als 10000 Verkehrstote

Trotz der Schreckensbilanz von mehr als 50 Toten und 200 Verletzten bei den Massenunfällen auf den deutschen Autobahnen im Winter 1985 wird die Gesamtzahl der Personenschäden im Straßenverkehr nach einer Vorschau des ADAC weiter sinken. Erstmals seit Beginn der bundesweiten statistischen Erfassung wird die Zahl der Verkehrstoten Ende 1985 voraussichtlich unter 10000 liegen. Auch bei den Leicht- und Schwerverletzten sowie bei den Straßenverkehrsunfällen insgesamt wird die Bilanz erneut günstiger aussehen als im Jahr zuvor, obwohl der Gesamtverkehr weiterhin leicht zunimmt.

Lediglich bei den Autobahn-Unfällen, bei denen Menschenleben zu beklagen sind, kann es eine außergewöhnliche Ausnahme geben: Hier werden die

furchtbaren Serien-Karambolagen der ersten Monate dieses Jahres auch durch einen günstigen weiteren Verlauf in den anderen Monaten nur schwerlich auszugleichen sein.

Trotzdem bleibt auch auf den Autobahnen der generelle Trend erhalten, denn die Zahl der Autobahn-Toten wird 1985 unter der des Jahres 1983 liegen. Schon seit jeher sind die Autobahnen insgesamt gesehen die sichersten Straßen. Sie bewältigen mehr als 25 Prozent des Gesamtverkehrs, aber nur fünf Prozent aller Verunglückten werden auf ihnen registriert.

Obwohl exakte Detail-Aussagen noch nicht möglich sind, zeichnet sich die hohe Gurt-Anlegequote als eine wichtige Ursache für die stark rückläufigen Zahlen ab.

Pkw stürzte in die Elbe – Fahrer ertrunken

Über eine Kaimauer in die Elbe gestürzt und ertrunken ist ein 51-jähriger Mann aus Hamburg-Barmstedt mit seinem Auto. Wie die Polizei mitteilte, hatte eine Streifenwagenbesatzung den Pkw bemerkt, da das vordere Kennzeichen fehlte. Als sich die Polizeistreife näherte, setzte sich der Wagen in Bewegung, fuhr dann über die Kante der Kaimauer ins Wasser und versank sofort. Ein Ortungsschiff spürte das untergegangene Fahrzeug auf, da Taucher es zunächst nicht finden konnten. Zweieinhalb Stunden nach dem Sturz in die Elbe wurde das Auto mit seinem toten Fahrer geborgen. (Foto: dpa)

5. Landesfeuerwehrtreffen Baden-Württemberg in Aalen

Das 5. Landesfeuerwehrtreffen Baden-Württemberg findet unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Lothar Späth vom 13. bis zum 15. September 1985 in Aalen statt. Ausrichter sind die Stadt und die Freiwillige Feuerwehr Aalen. Auf dem Programm stehen internationale Feuerwehrwettkämpfe, Landeswertungsspiele der musiktreibenden Züge, 10- und 20-km-Feuerwehrmarsch, Sternfahrt der Feuerwehren nach Aalen, Geschicklichkeitsprüfung für Einsatzfahrer, Indiac-Turnier der Jugendfeuerwehr, Verbandsversammlung 1985 des Landesfeuerwehrverbandes und Dienstbesprechung des Innenministeriums. Ferner wird im Rahmen des 5. Landestreffens die Brandschutzwoche 1985, die unter dem Motto „Deine Feuerwehr – Schutz und Hilfe“ steht, eröffnet. Höhepunkt und Abschluß des 5. Landestreffens wird eine Kundgebung mit anschließendem Festzug sein. Genaue Auskünfte erteilt die Geschäftsstelle des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Röhrer Weg 12, 7030 Böblingen, Telefon 07031 / 276881.

Innenminister Schlee: Die Hilfe steht bei der Feuerwehr im Mittelpunkt

„Der Deutsche Feuerwehrverband setzt sich mit hohem Engagement für die Belange der Feuerwehren in der ganzen Bundesrepublik ein“, erklärte der baden-württembergische Innenminister Dietmar Schlee am 26. April 1985 anläßlich einer Tagung des Präsidiums des Verbandes in Konstanz. Dem DFV mit seinen mehr als einer Million Mitgliedern komme das Verdienst zu, für die Freiwill-



ligen Feuerwehren Vorbildliches geleistet zu haben. Von ihm seien zahlreiche Anregungen und Initiativen ausgegangen, die zu einer ständigen Verbesserung und Leistungssteigerung der Wehren geführt haben. „Gleichgewichtig daneben steht jedoch die geistige Grundhaltung der Feuerwehren, die die Hilfe für den Nächsten und damit für die Gemeinschaft in den Mittelpunkt des Denkens und Handelns stellt“, erklärte der Minister.

Die Feuerwehren des Jahres 1985 sind nach den Worten von Innenminister Schlee nicht mit denen früherer Jahrzehnte zu vergleichen. Die reine Brandbekämpfung sei längst nicht mehr die alleinbeherrschende Aufgabe der Feuerwehr. Einen großen Teil der Einsätze müsse man heute dem Bereich der technischen Hilfeleistung und des Umweltschutzes zurechnen. Schlee: „Den steigenden Anforderungen sind unsere Feuerwehren nur gewachsen, wenn Organisation, Ausbildung und vor allem Ausrüstung der Wehren mit der Entwicklung Schritt halten und ständig verbessert werden. Wir haben in Baden-Württemberg in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Feuerwehren auch für schwerste und für spezielle Einsätze auszurüsten.“ Land und Gemeinden in Baden-Württemberg geben jährlich rd. 200 Millionen DM für das Feuerwehrwesen aus.

Innenminister Schlee verwies auf die wachsende Bedeutung im Bereich des Umwelt- und Gewässerschutzes. Als Beispiel nannte er die Einrichtung der Ölwehrstützpunkte am Bodensee und die Beschaffung von Spezialfahrzeugen zum Einsatz bei Unfällen mit gefährlichen Stoffen und Gütern: „Es ist unser Bestreben, die Schlagkraft der Wehren durch den Einsatz modernster technischer Geräte weiter zu erhöhen.“ Für

die vier baden-württembergischen Ölwehrstützpunkte seien vom Land u. a. zwei große Ölwehrschiffe, Arbeitsboote, Ölsperren und besondere Ölaufnahmegерäte angeschafft worden.

Neben den wichtigen Aufgaben des Gewässerschutzes geht es – so Schlee – verstärkt um die Bekämpfung von Unfällen mit gefährlichen Stoffen und Gütern. „Auch hier sind Investitionen nötig, um die Feuerwehr in die Lage zu versetzen, diese Unfälle wirksam bekämpfen zu können.“ Baden-Württemberg habe ein Programm für die Beschaffung von Spezialfahrzeugen beschlossen, nach dem für jeden Landkreis ein oder zwei derartige Fahrzeuge angeschafft werden.

Um die schwierigen Aufgaben der Feuerwehr erfüllen zu können, ist es nach Meinung Dietmar Schlees erforderlich, die Begeisterungsfähigkeit und Motivation der Frauen und Männer zu erhalten und zu fördern. „Kameradschaft, Geborgenheit in der Gemeinschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl bleiben wesentliche Elemente, die bewahrt werden müssen“, erklärte der Minister. Der DFV habe die Notwendigkeit dieses inneren Zusammenhalts in besonders klarer Weise gesehen. Außerdem seien die Kreisfeuerwehrtage, die Feuerwehrjubiläen und die Landestreffen wichtige kameradschaftliche Zusammenkünfte, um das Vereinsleben der Wehren lebendig zu halten. Als beispielhaft bezeichnete der Minister auch die Verbindungen über die Grenzen hinweg, die durch den Bodensee-Feuerwehr-Bund demonstriert würden.

Als wichtigen Aspekt der zukünftigen Entwicklung des Feuerwehrwesens bezeichnete der Minister den Ausbau der Jugendfeuerwehren. Schlee: „Die Mitwirkung von jungen Menschen in einer zugleich humanitären und staatlichen Aufgabe kann in unserer Zeit gar nicht

hoch genug veranschlagt werden.“ Durch ihre aktive Mitarbeit in den Jugendfeuerwehren eröffne sich ihnen die Chance, an einer wichtigen und sinnvollen Gemeinschaftsaufgabe mitzuwirken. Der Minister äußerte die Hoffnung, daß gerade das Beispiel der Jugendfeuerwehren auch von anderen als Signal und als Aufmunterung verstanden werde. An das Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes appellierte der Minister, alle Bemühungen zur Stärkung der Jugendfeuerwehren nach Kräften zu unterstützen.

Ein offenes Ohr hat das Land nach den Worten des Ministers jederzeit für die besonderen Belange der Berufs- und Werkfeuerwehren. Auch ihre Arbeit werde besonders geschätzt. Ohne die besondere Ausbildung am Standort der Berufsfeuerwehren könnte man mit einer zentralen Ausbildungsstätte bei der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal kaum auskommen. Auch wäre ohne den technischen Sachverstand der Vertreter der Berufsfeuerwehren und Werkfeuerwehren der heute erreichte Standard nicht denkbar.

Innenminister Schlee äußerte abschließend seine Überzeugung, daß der Deutsche Feuerwehrverband die guten und bewährten Traditionen wahren und in zukunftsorientierter Weise fortentwickeln werde. Er wünschte dem Verband im Namen der Landesregierung von Baden-Württemberg und auch ganz persönlich für die Bewältigung der schwierigen Aufgaben Beharrlichkeit, Glück und Erfolg.

Chinesische Feuerwehrleute informierten sich in Berlin

Feuerwehrleute aus China informierten sich in Berlin über Brandbekämpfungsmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Experten aus Shenzen, im südlichen Teil des Volksrepublik China, sind mit dem Ausbau einer landesweiten Berufsfeuerwehr beschäftigt. Von der Berliner Feuerwehr wurde den Chinesen ein moderner Brandschutzanzug im Wert von rund 3500 Mark vorgeführt.

(Foto: dpa)



Sammelstelle für gefährlichen Abfall

Einen „Giftmüllwagen“ hat der südnieidersächsische Landkreis Northeim auf die Reise zu seinen 160 Ortschaften geschickt, um bei seinen dort lebenden Bürgern gefährlichen, und somit nicht für den Hausmüll geeigneten Abfall einzusammeln. Drei Wochen dauert die Aktion und kostet mit zwei Wiederholungen in diesem Jahr 350000 DM. Sie fand lebhaften Zuspruch.

(Foto: dpa)



Großfeuer im Hamburger Freihafen

Bei einem Großbrand einer Lagerhalle im Freihafen hatte die Hamburger Feuerwehr Anfang April den bisher größten Einsatz seit 1948. Rund 280 Feuerwehrleute und Polizisten waren sechs Stunden im Einsatz, um die bis zu 60 m hohen Flammen zu bekämpfen. Menschen

wurden nicht verletzt, Schäden entstanden in Millionenhöhe.

Eine Stunde nach Mitternacht war das Feuer in dem 300 mal 50 Meter großen Hafenschuppen ausgebrochen. Neben Kautschuk und Kaffee lagerte dort auch Natriumkarbonat. Durch dessen Explosion stürzte die Halle zum Teil ein. Bis in die Innenstadt waren die Detonationen zu hören, deren Wucht so stark war, daß Scheiben und Verkleidung eines gegenüberliegenden Schuppens eingedrückt wurden. Ziegelsteine wurden bis zu 50 Meter weit geschleudert.

Eine Gefährdung der Bevölkerung durch ausströmende Giftgase war nach Angaben der Polizei ausgeschlossen. Jedoch floß geschmolzener Kautschuk mit dem Löschwasser in das Hafenbecken neben der Halle. So mußte die Feuerwehr das Becken von Schiffen räumen lassen, um auf dem Wasser eine Sperre errichten zu können.

„Elften Alarm“ hatte die Feuerwehr ausgelöst, was der Zahl der zur Bekämpfung des Brandes eingesetzten Löschzüge der Berufsfeuerwehr entspricht. Zehn Löschzüge der Freiwilligen Feuerwehr rückten zur Unterstützung an.

Die Brandursache wurde noch nicht geklärt; weder Polizei noch das Lagerhallen-Unternehmen nannten bisher Anhaltspunkte für den Ausbruch des Feuers.

Das dpa-Foto zeigt die unmittelbare Nähe der Unglücksstelle: Schiffe, die in der Nähe des Brandherdes lagen, mußten weggeschleppt werden.



Alarm- und Informationsplan für den Rhein

Um möglichen Umweltschäden schon im Vorfeld entgegenzuwirken, sind die Rheinanliegerstaaten in der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins gegen Verunreinigung und in Zusammenarbeit mit den Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar übereingekommen, einen Alarm- und Informationsplan bei unfallbedingter Verschmutzung des Rheinwassers aufzustellen.

Am Plan beteiligt sind acht sogenannte Internationale Hauptwarnzentralen (IHWZ): das Gewässerschutzamt Basel-Stadt, die Präfektur von Straßburg, die Wasserschutzpolizeidirektion Baden-Württemberg, Mannheim, die Wasserschutzpolizeistation Koblenz, das Regierungspräsidium Düsseldorf, Rijkswaterstaat directie Bovenrivieren, Arnhem, die Präfektur von Metz, Service de la Protection Civile, Luxembourg, und das Sekretariat der Internationalen Rheinschutzkommission.

Die jeweilige IHWZ, auf deren Gebiet sich der Unfall ereignet oder die Verschmutzung zuerst bemerkt wird, meldet den Vorfall mit genauen Angaben über z. B. Stoff, Ausmaß, Einflußdauer und Konzentration an die nächstbetroffene Hauptwarnzentrale weiter.

Neues Notarzwagensystem aus Frankfurt

Die Frankfurter Berufsfeuerwehr hat ein neues Notarzwagensystem entwickelt, das jüngst in der Mainmetropole vorgestellt wurde.

In dem Fahrzeug, das bei der Frankfurter Universitätsklinik stationiert ist, können kleinere Operationen durchgeführt sowie die Vitalfunktion wiederhergestellt und aufrechterhalten werden.

Zur ständigen Besatzung des Notarzwagens gehören ein Arzt und zwei Sanitäter.

(Foto: dpa)



Giftstoffunfall auf der Rheintalautobahn

Am 3. April ereignete sich gegen 1.15 Uhr auf der Rheintalautobahn (A 5) bei Neuenburg südlich von Freiburg ein folgenschwerer Verkehrsunfall, bei dem drei Menschen ums Leben kamen. Ein mit Chemikalien beladener Lastzug mußte einem haltenden Lastwagen ausweichen. Dabei geriet der Lastzug ins Schleudern und prallte auf den stehenden Lkw. Wenig später fuhr ein Pkw in die Unglücksstelle, drei Insassen des Personenkraftwagens starben. Die Chemikalienladung fing Feuer. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst ergriffen sofort die nötigen Maßnahmen. Später wurden Technisches Hilfswerk und weitere Katastrophenschutzkräfte vorsorglich unterrichtet, um im Falle einer Lageverschärfung schnell verfügbar zu sein.

Erhebliche Erschwernisse traten bei der Gefahrenbekämpfung auf. Insbesondere herrschte zunächst Unklarheit hinsichtlich der Zusammensetzung der transportierten Chemikalien, zumal eine Fahrzeugkennzeichnung nach den internationalen bzw. nationalen Vorschriften über die Beförderung gefährlicher Güter fehlte. Verschiedene Fachleute – auch aus der Industrie – mußten daher zur Analyse herbeigerufen werden.

Aufgrund dieser ungeklärten Situation mußten die Behörden eine Evakuierung der Bevölkerung in Betracht ziehen. Annähernd hundert Personen, die an der Unglücksstelle den Chemikaliendämpfen



ausgesetzt waren, wurden zur Untersuchung in verschiedene Krankenhäuser gebracht. Alle konnten aber nach der Untersuchung bzw. kurzer Behandlung wieder entlassen werden.

Die Brandbekämpfung war äußerst schwierig und langwierig. Nur in Schutzkleidung („Vollschutz“) konnte die Feuerwehr die Ladung bergen. Auch Bodenproben mußten entnommen werden, um Erkenntnisse über Schäden im Erdreich zu gewinnen. Die Vollsperrung der Autobahn bestand 19 Stunden.

Ob und in welchem Umfang gegen die Gefahrengutvorschriften verstoßen wurde, soll nunmehr geklärt werden. Der Giftstoffunfall ist Anlaß, sich mit derartigen Transporten auf der Straße und den damit verbundenen Risiken zu beschäftigen. So wurde die baden-württembergische Landesregierung bereits durch die SPD-Landtagsfraktion zu eingehender Stellungnahme aufgefordert. Auch der Bundesminister für Verkehr, Werner Dollinger, ordnete eine Untersuchung des Vorfalles an.

(Foto: dpa)

Regiehelfer gründen Dachverband

Im Anschluß an die Jahreshauptversammlung der ARKAT Nordrhein-Westfalen am 13. April 1985 in Düsseldorf gründeten die bestehenden ARKAT-Vorstände den „Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“.

Der Verband wird seinen Sitz in Bonn haben. ARKAT-Bund, wie der Verband kurz heißt, hat bereits in den Bundesländern Baden-Württemberg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen Landesverbände, die als Helfervereinigungen tätig sind.

Der Bundesvorsitzende der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft, Hans Kiebler, forderte die Bundesregierung auf, die ARKAT-Bund als Helfervertretung anzuerkennen und ihr die entsprechenden Rechte einzuräumen.

Ziel der ARKAT-Bund ist es, den Zivil- und Katastrophenschutz zu fördern und auszubauen sowie die Anliegen der Helfer auf Bundesebene zu vertreten. Der Bundesvorsitzende forderte alle Regiehelfer auf, Mitglied in den Arbeitsgemeinschaften der Länder zu werden oder diese, soweit noch nicht geschehen, zu gründen. Bereits vor über zehn Jahren wurde in Baden-Württemberg der erste Landesverband gegründet, als weitere ARKAT-Gründungen folgten dann Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein.

Die 300 anwesenden Helfer verfolgten interessiert das Referat „Katastrophenschutz – damit Hilfe kein Zufall ist“ von Friedhelm Vogelbusch (Düsseldorf). Dieser betonte, daß „vielen Politikern die Bedeutung des Katastrophenschutzes immer wieder neu dargestellt werden muß. Glücklicherweise geschehen Kata-

strophen, verteilt auf das Bundesgebiet, selten. Daher ist es sicherlich verständlich, daß die täglichen Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Umweltschutz präserter sind. Das darf jedoch nicht zu der Illusion führen, als gäbe es im Katastrophenschutz keine Aufgaben."



Der Vorstand der ARKAT-Bund setzt sich wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Hans Kiebler (Baden-Württemberg), 2. Vorsitzender Gert Kamphausen (Niedersachsen), 3. Vorsitzender Hans Hanßen (Nordrhein-Westfalen), Schriftführer Jens Asmussen, Geschäftsführer Helmut Birkner (beide Schleswig-Holstein), Schatzmeister Roland Glögger (Baden-Württemberg). Beisitzer sind Klaus Pehl (Nordrhein-Westfalen) und Klaus-Dieter Kühn (Niedersachsen). Für die Pressearbeit ist Uwe Larsen, ARKAT Baden-Württemberg, verantwortlich. Unser Foto zeigt den neugewählten Bundesvorsitzenden Hans Kiebler bei seiner Eröffnungsrede.

(Foto: Larsen)

Schutzbaugemeinschaft: Schutz vor zivilen Katastrophen

„Bisher sind uns Katastrophen mit dem Ausmaß von Bophal oder Seveso erspart geblieben. Eine hundertprozentige Sicherheit vor derartigen Unglücken gibt es aber auch in der Bundesrepublik nicht“, erklärte Oskar Klee, Bundesvorsitzender der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft e.V., Viernheim, vor Journalisten in München. Das Austreten des schwefelhaltigen Beizgases Oleum im schwedischen Karlskoga beweise, daß auch die Bürger hochentwickelter Industriestaaten vor derartigen Katastrophen geschützt werden müssen.

Klee forderte in diesem Zusammenhang die Bundesregierung auf, die von Bun-

desinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann (CSU) geplante Schutzraumbaupflicht in die Tat umzusetzen. Das Unglück in Schweden sei für die Bevölkerung nur deshalb so glimpflich verlaufen, weil die Bürger der 35000 Einwohner zählenden Kleinstadt in gut isolierten Häusern Schutz fanden oder sich in Schutzräume zurückgezogen hätten. Schwedische Gasexperten hatten erklärt, daß das Gas in hoher Konzentration tödlich sein könnte.

„Schutzräume des einfachen Grundschutzes“, so erklärte Klee, „bieten vor allen denkbaren chemischen Verbindungen Schutz.“ Der Bundesvorsitzende der Deutschen Schutzbau-Gemeinschaft wies ausdrücklich darauf hin, daß er „kein Geschäft mit der Angst“ betreiben wolle. Ihm ginge es viel mehr darum, klarzumachen, daß Schutzräume in erster Linie für derartige Zwecke vonnöten seien oder für konventionelle kriegerische Auseinandersetzungen. Er stimme dem bayerischen Innenminister Karl Hillermeier zu, der kürzlich wieder erklärt hatte, daß Schutzräume bei Freisetzung des gesamten nuklearen Potentials in einem Atomkrieg keinen Sinn hätten. Für alle anderen denkbaren Fälle seien Schutzmaßnahmen aber dringend erforderlich.

„Die schwere Explosion in der Göttinger Universität, bei der mehrere Chemikaliertanks explodierten, eine weitere in der Esslinger Fachhochschule oder der Giftalarm im Hamburger Hafen sind nur drei Beispiele einer ganzen Kette von Unglücken im letzten Jahr, die glücklicherweise alle noch glimpflich abgelaufen sind“, meint Klee.

Minister Riesenhuber: EVA und ANF sind einsatzreif

Vor Bonner Journalisten berichtete am 2. April 1985 Bundesforschungsminister Dr. Heinz Riesenhuber über Möglichkeiten, durch neue Kommunikationstechniken Komfort und Sicherheit im Autoverkehr zu steigern. Der Minister erklärte u.a.: „Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken und die Mikroelektronik sind nicht nur ganz wesentliche Faktoren zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie. Sie können auch helfen, unser tägliches Leben zu erleichtern. Ein Beispiel hierfür ist der Autoverkehr, wo gerade zu Urlaubszeiten und Feiertagen Bilder und Meldungen von Verkehrsstaus immer wieder eine Rolle für Beunruhigungen und Verärgerungen sind. Wissenschaftler und Techniker verschiedener Firmen und Institute haben in jahrelanger Arbeit Systeme entwickelt, die dem Autofahrer

helfen sollen, Staus zu vermeiden und sich auch in ihm unbekanntenen Städten gut zu orientieren, und Möglichkeiten gefunden, in Notfällen Hilfe zu beschleunigen. Sowohl das Autonotfunksystem wie der elektronische Verkehrslotse sind erfolgreich erprobt worden. Diese Systeme, die mit Hilfe der Förderung durch das BMFT entstanden sind, können jetzt in die Praxis eingeführt werden.“

Im Verbund mit der Technischen Universität Karlsruhe gelang der Firma Bosch-Blaupunkt die Realisierung eines Lotsensystems für den Individualverkehr, welches dem Fahrer nach vorheriger Angabe einer Zieladresse in einer Stadt automatisch den kürzesten Weg weist. Der „Elektronische Verkehrslotse für Autofahrer (EVA)“ nutzt hierzu das Autoradio-Cassettensystem. Nach Eingabe der Zieladresse in codierter Form wählt das System aus dem gespeicherten Stadtplan die kürzeste Strecke aus. Der Fahrer wird durch Sprachanweisungen dorthin geführt (z.B. „Nächste Kreuzung rechts ab“). Durch ein Navigationssystem und Ortungssystem erkennt EVA, ob der Fahrer den Anweisungen folgt. Befolgt er eine Anweisung nicht – z.B. weil die angegebene Richtung verstopft oder gesperrt ist – so ermittelt EVA mit einer neuen Rechenoperation einen neuen optimalen Fahrweg und steuert das Fahrzeug nach diesem neuen Plan.

Das System wurde in Hildesheim erfolgreich getestet, der BMFT stellte fast vier Mio. DM für die Entwicklung bereit.

Das Auto-Notfunksystem (ANF) wurde von AEG-Telefunken mit dem Ziel entwickelt, das Rettungswesen zu verbessern. Mit diesem neuen Notmeldesystem als Ergänzung des Cockpits im Auto ist es möglich, durch einfachen Knopfdruck bei einem Unfall – ohne jeden oft lebensentscheidenden Zeitverzug – Notrufe an eine Rettungsleitzentrale abzusetzen und vom Auto aus sehr schnell Hilfe herbeizuholen. Ein Feldversuch, der in Darmstadt erfolgreich durchgeführt wurde, hat gezeigt, daß sich das Auto-Notfunksystem ohne Probleme in die Arbeitsabläufe der Rettungsleitstellen integrieren läßt. Von großer Bedeutung sind dabei vor allem die automatische Bestimmung des Unfallorts und die Möglichkeit, von der Zentrale mit dem Unfallfahrzeug eine Sprechverbindung herzustellen. Möglicherweise lebensrettender Zeitgewinn kann dadurch erzielt werden.

Jährlich werden bei Straßenverkehrsunfällen etwa 460000 Menschen verletzt und bedürfen unmittelbarer ärztlicher Hilfe. Die Zeitspanne zwischen Eintritt des Notfalls und Eingang der Notfallmel-

ding in der Rettungsleitzentrale hat sich als besonders kritisch erwiesen. So vergehen im statistischen Mittel pro Tag bei 115 Unfallverletzten mehr als acht Minuten, bis überhaupt eine Notfallmeldung die Rettungszentrale erreicht. Bei 28 Verletzten beträgt im statistischen Mittel täglich die Meldezeit mehr als 15 Minuten und bei vier Verletzten vergeht im Schnitt gar mehr als eine halbe Stunde.

Nachdem somit die technische und betriebliche Funktionsfähigkeit von Auto-Notfunk als gesichert gelten können, stellt sich nun die Frage der bundesweiten Einführung des Systems, dessen Entwicklung und Erprobung mit rund 17 Mio. DM vom BMFT gefördert wurde. Der Auto-Notfunk kann entweder als Bestandteil des Autoradios angeboten werden mit Zusatzkosten in der Größenordnung von 150 DM, oder aber als getrenntes Gerät, das etwa 300 DM kosten

dürfte. Zur Deckung der Betriebs- und Kapitalkosten für die technische Infrastruktur ergibt sich nach einer Modellrechnung ein Kostenbeitrag, der bei etwa fünf DM pro Monat liegt.

Bundesforschungsminister Dr. Riesenhuber erklärte zur Frage der Einführung von ANF: „Die Entscheidung über die Einführung von Auto-Notfunk müssen nun die für das Rettungswesen zuständigen Länder treffen. Die Einführungsentscheidung ist vor allem von einer befriedigenden Lösung der Finanzierung der Kosten für den Aufbau eines bundesweiten Funknetzes abhängig. Wenn die Ergebnisse der umfangreichen Arbeiten zur Auswertung des Feldversuches in diesem Frühjahr vorliegen, werden Bund und Länder eine Entscheidungsvorlage für die Ministerpräsidentenkonferenz erarbeiten.“

Brandstiftung durch Kinder – ein paar Hinweise

Fast jeder vierte von der Kriminalpolizei wegen fahrlässiger Brandstiftung ermittelte Tatverdächtige ist ein Kind unter 14 Jahren – eine Zahl aus der Kriminalistik, hinter der sich oftmals unsagbares Leid verbirgt. Denn welche verheerenden Folgen das kindliche Spiel mit dem Feuer haben kann, liest man in den Zeitungen: Tote, Schwerverletzte, zeitlebens Verstümmelte und Entstellte, verzweifelte Hinterbliebene, ganz abgesehen von den Sachschäden, die jährlich in die Millionen gehen.

Der hohen Zahl von Kinderbrandstiftungen und damit der Gefahr, daß zündelnde Kinder leichtfertig ihr eigenes Leben und das Unbeteiligter aufs Spiel setzen, kann nur durch eine pädagogisch sinnvolle Aufklärungsarbeit entgegengewirkt werden. Angesprochen sind in erster Linie die Eltern, da sie für das Tun und Lassen ihrer Kinder zu allererst die Verantwortung tragen. Die Aufklärung über die Gefahren des Feuers muß deshalb frühzeitig im Elternhaus beginnen. Darüber hinaus können Kindergar-

ten, Vor- und Grundschule die elterlichen Aufgaben wirkungsvoll unterstützen.

Einige grundsätzliche Ratschläge für Eltern haben die öffentlichen Versicherer zusammengestellt:

- Kleinkinder schon frühzeitig mit dem Feuer bekanntmachen. Durch das langsame Hinführen eines Fingers zur offenen Flamme macht das Kind die erste unangenehme Bekanntschaft mit dem Feuer. Die erste Vorsicht wird wachgerufen. Diese psychologische Einstimmung zum vorsichtigen Umgang mit Feuer ist die wichtigste Vorbeugungsmaßnahme gegen Brände jeder Art, denn sie wird den Menschen auf seinem ganzen Lebensweg begleiten.

- Um den kindlichen Spiel- und Nachahmungstrieb zu befriedigen, Kinder unter Aufsicht den richtigen Umgang mit Streichhölzern, Feuerzeug oder Kerze beibringen. Die Unterweisung sollte sich an der geistigen Aufnahmefähigkeit, der Gemütsart und der Geschicklichkeit des Kindes orientieren.

- Selbst mit gutem Beispiel vorangehen und Vorsichtsmaßnahmen treffen:

- Streichhölzer und Feuerzeuge nicht achtlos herumliegen lassen, besonders nicht, wenn Kinder häufig alleine sind.

- Kinder nicht zum Einkaufen von Zündhölzern schicken.

- Kindern unter zehn Jahren niemals offenes Licht anvertrauen.

- Kleinkinder niemals bei offenem Licht unbeaufsichtigt lassen.

Mit strikten Verboten, Abschreckung oder Angst erreichen Eltern nur den gegenteiligen Effekt, denn sie wecken nicht nur die Neugier, sondern auch den Trotz des Kindes mit der Konsequenz, daß das Kind in aller Heimlichkeit zündelt. Und gerade das ist die größte Gefahr, stellen die öffentlichen Versicherer fest.

(Foto: ÖMARK)



Haus-Notrufsystem bewährt sich im Alltag

Mit dem neuen „Haus-Notrufsystem“ genannten Kommunikationssystem können ältere oder kranke Menschen Hilfe herbeirufen. Die Entwicklung und die Erprobung dieses Systems wurde vom Bundesminister für Forschung und Technologie mit rund zwei Mio. DM gefördert. Mit dem System ist es gelungen, die Vorteile der modernen Kommunikationstechnologien auch im Bereich

der Sozialpflege zur Verbesserung der Lebensbedingungen älterer oder aus anderen Gründen hilfsbedürftiger Menschen einzusetzen, erklärte jetzt das Bonner Ministerium.

Das System wurde 1980 erstmals vorgestellt, im Mai 1981 konnte das Pilotprojekt, bestehend aus einer Zentrale mit 60 angeschlossenen Teilnehmern, in Wilhelmshaven in Betrieb genommen werden. Seit August 1982 wird das Haus-Notrufsystem in Serie hergestellt. Bis Jahresende 1984 wurden 52 Zentren und mehr als 3500 Teilnehmerstationen in der Bundesrepublik Deutschland, in England und Österreich verkauft.

Die technische Einrichtung des Haus-Notrufs besteht aus einem Zusatzgerät zum Telefon und dem Notrufsender, der nur die Größe einer Zigarettenschachtel hat. Dieser „Funkfinger“ wird bequem um den Hals getragen. Mit ihm kann in Notfällen Hilfe von jedem Ort der Wohnung aus angefordert werden. So ist die Verbindung zur Außenwelt immer gegeben, auch wenn der Hilfesuchende den Telefonapparat nicht mehr erreicht und auch selbst nicht mehr sprechen kann. Durch Zug oder Druck am „Funkfinger“ löst man den Alarm aus. Die Zentrale erkennt immer, von wem der Notruf ausgelöst wurde. Auf einem Bildschirmgerät erscheinen automatisch die Adresse des Hilfesuchenden und mögliche Zusatzinformationen über seinen Gesundheitszustand, so daß unverzüglich und gezielt ärztliche Hilfe geleistet werden kann.

Instandhaltung von Feuerlöschern neu geregelt

Vorbei ist die Zeit, in der die Wartung von Feuerlöschern eine Marktnische war, in der sich auch „Kundendienstamateure“ tummeln konnten. Mit der Druckbehälterverordnung vom 1. Juli 1980 und der DIN 14406, Teil 4, sind



Wartung und Instandsetzung tragbarer Feuerlöscher genau festgelegt. Nur noch ein zugelassener Prüfer darf sie durchführen. Damit haben Verbraucher einen besseren Schutz vor unseriösen Prüfern. Gleichzeitig wird der Brandschutz in einem weniger beachteten, aber dennoch wichtigen Bereich der Präventivmaßnahmen entscheidend verbessert.

Nach den genannten Regelungen werden tragbare Feuerlöscher wie folgt eingeteilt: **Dauerdrucklöscher** sind Feuerlöscher unter Dauerdruck, gefüllt mit Pulver, Wasser, Schaum, Halon, CO₂ und CO₂-Treibgaspatronen. Beim Wiederfüllen nach bestimmten Prüf Fristen – im allgemeinen zehn Jahre – tritt der Sachverständige in Aktion. Dies sind Angehörige des TÜV oder ähnlicher Organisationen. Innerhalb der Frist führt der Sachkundige kombinierte sicherheitstechnische/brandschutztechnische Prüfungen durch.

Aufladelöschers oder solche mit chemischer Druckerzeugung sind Druckbehälter und werden beim Fertigen und Wiederfüllen ebenfalls von einem Sachkun-

digen betreut. Dieser ist keine amtliche Person. Bisher war es möglich, daß Prüfer nicht die notwendigen Qualifikationen hatten, um Wartungsarbeiten auszuführen und daher nicht fachgerecht vorgehen.

Schon bevor die jetzigen Regelungen in Kraft waren, erkannte die Total Walther Feuerschutz GmbH, Köln und Ladenburg, diese Problematik und bildete seine Sachkundigen entsprechend aus. Für die Prüfung von Druckbehältern besonderer Bauart (Feuerlöscher) werden eine betriebliche Ausbildung oder Fachlehrgänge gefordert sowie eine mindestens zweijährige Erfahrung mit Betrieb, Instandhaltung oder Prüfung der jeweiligen Druckbehälter.

Die bei Total Walther praktizierte Ausbildung der Feuerlöschprüfer (unser Bild) umfaßt ca. 150 Stunden theoretischer und 300 Stunden praktischer Einweisung sowie 21 Stunden zentraler und praktischer Schulung mit Abschlußprüfung. Kundendiensttechniker, die diese Prüfung bestanden haben, sind berechtigt, die genannten Instandhaltungsarbeiten durchzuführen. (Foto: Krupp)

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes, Bonn, Referat Rettungsdienst, Katastrophen- und Zivilschutz, ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle eines/r

Referenten/in

für den Arbeitsbereich **Rettungsdienst** zu besetzen.

Das Arbeitsgebiet umfaßt u. a. folgende Tätigkeiten:

- Erfassung und Bearbeitung von konzeptionellen, wirtschaftlichen, organisatorischen, technischen und rechtlichen Problemstellungen zur Durchführung des Rettungsdienstes im Deutschen Roten Kreuz,
- Fortschreibung und Mitgestaltung gesamtverbandlicher Entwicklungen und Anforderungsprofile im personellen und sachlichen Bereich des Rettungsdienstes.

Bewerber/innen müssen über folgende Voraussetzungen verfügen: gründliche und umfassende Kenntnisse

- der gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und der Länder für den Einsatz von Rettungsmitteln,
- der Einsatzverfahren, Leistungskriterien sowie im Bereich der technischen Ausstattung/Ausrüstung;

langjährige Berufserfahrung aus Tätigkeiten im Bereich des Rettungsdienstes;

abgeschlossene akademische Ausbildung, mindestens Fachhochschulabschluß (Betriebswirtschaft);

Kenntnisse der verbandlichen Arbeit bzw. Verwaltungserfahrung sind erwünscht.

Die Vergütung erfolgt je nach Qualifikation des Bewerbers / der Bewerberin bis Vergütungsgruppe II a / I b, 1 des DRK-Tarifvertrages über die DRK-Arbeitsbedingungen (analog BAT).

Schriftliche Bewerbungen erbitten wir unter Beifügung der vollständigen Bewerbungsunterlagen an nachstehende Anschrift:

Deutsche Rotes Kreuz
Generalsekretariat
Referat P
Friedrich-Ebert-Allee 71
5300 Bonn 1

47. Auslands-Einsatz des THW

Trinkwasseraufbereitungsanlagen für Flüchtlingslager im Sudan – Erkundung und Vorbereitung

Über die Dürre- und Hungerkatastrophe in Äthiopien ist in den letzten Ausgaben des „Zivilschutz-Magazins“ von vor Ort tätigen Helfern des Deutschen Roten Kreuzes und des Malteser-Hilfsdienstes berichtet worden (1, 2, 3). Auch das Technische Hilfswerk ist dort mit technischer Hilfe wie z. B. Reparatur und Wartung von Lastkraftwagen, die für den Transport der Hilfsgüter benötigt werden, an der Linderung der Not beteiligt.

Flüchtlingsproblem im Sudan

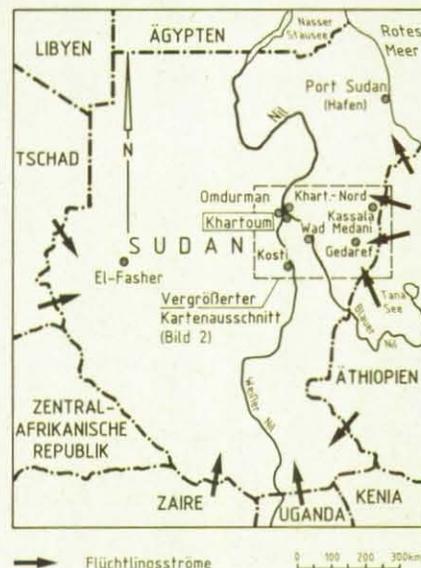
Das westliche Nachbarland, der Sudan, wird von einer Flüchtlingswelle überrollt und droht von ihr förmlich erdrückt zu werden. Dürre, Hunger und Bürgerkrieg in den angrenzenden Staaten haben die schon seit längerer Zeit in das Land drängenden Flüchtlingsströme in dramatischer Weise anschwellen lassen.

Nach den vom Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) im Januar 1985 veröffentlichten Zahlen verteilen sich die Flüchtlinge auf die Herkunftsländer wie folgt:

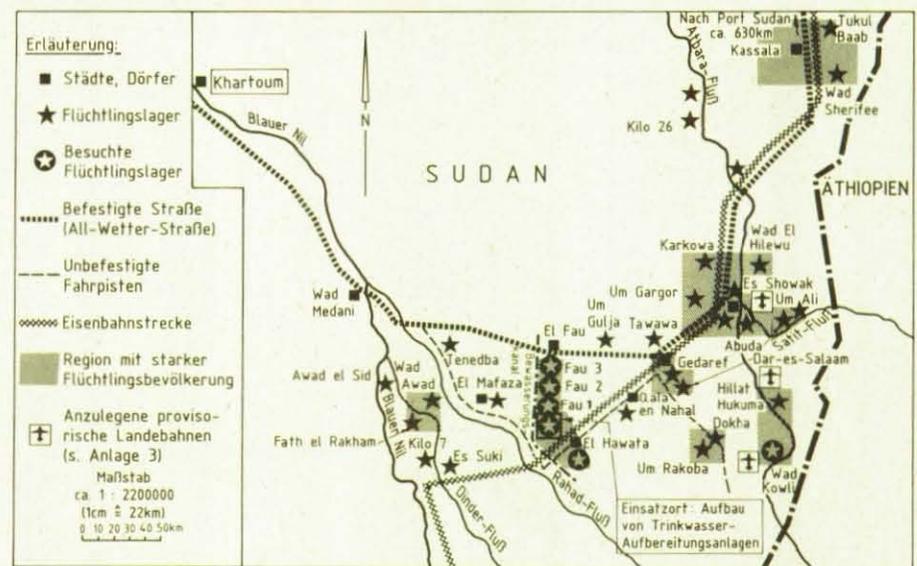
Äthiopien: ca. 700 000 (265 000), Tschad: ca. 115 000, Uganda: ca. 200 000 (131 000) und Zaire: ca. 5 000. Insgesamt sind es ca. 1 020 000 Flüchtlinge. Die in Klammern angegebene Zahl der Flüchtlinge lebt in den inzwischen errichteten Siedlungen oder in neu eröffneten Aufnahmelagern.

Besonders die Zahl der Neuankömmlinge aus den äthiopischen Provinzen Eritrea, Tigre und Wollo in der ostsudanesischen Grenzprovinz Kassala ist seit Anfang des Jahres 1985 in dramatischer Weise angestiegen. Lag in der Zeit vom 1. November bis 1. Dezember 1984 der tägliche Zustrom noch unter tausend Flüchtlingen, so stieg er im Dezember auf täglich etwa 2500 an und betrug in der Zeit vom 1. bis 10. Januar 1985 etwa 2700 Flüchtlinge pro Tag mit noch steigender Tendenz. Augenblickliche Schätzungen über den Zustrom in den Osten des Sudan gehen von täglich bis zu 3000 Flüchtlingen aus.

Die Flüchtlinge werden zunächst in Aufnahmeflagern im schwer zugänglichen Grenzgebiet östlich von Kassala, Es Showak,



Oben: Übersichtskarte des Sudan mit den Flüchtlingsströmen. – Unten: Das berelste Gebiet im Ost-Sudan.



Gedaref und Wad Kowli zusammengefaßt. Die Zufahrtswege werden in der bevorstehenden Regenzeit unpassierbar sein und somit ein unlösbares Problem bei der Zuführung von Hilfsgütern werden. Derzeit aber zwingt das fehlende Wasser in diesem Raum zur Umsiedlung der Flüchtlinge weiter in das Landesinnere. Die nur während der Regenzeit wasserführenden Flüsse aus dem äthiopischen Hochland sind bis auf einige „Pflützen“ ausgetrocknet. Doch

auf die ist man bei der Wasserversorgung der Flüchtlingslager angewiesen.

Der Staat Sudan

Die Demokratische Republik Sudan, mit ca. 2 506 000 km² der flächenmäßig größte Staat Afrikas und mehr als zehnmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, gehört mit seinen etwa 20,5 Millionen Einwohnern zu den ärmsten Ländern der Erde. Mit seinen gewaltigen Wüsten im Norden, Halbwüsten und Trockensteppen im Westen und Süden gehört er im wesentlichen zum afrikanischen Sahelgürtel. Lebensspender sind der außerhalb der Ländergrenzen entspringende Blaue und Weiße Nil, die sich im Bereich des Städtedreiecks mit der Landeshauptstadt Khartoum, Khartoum-Nord und Omdurman (insgesamt rd. 1,8 Millionen Einwohner) vereinigen. Das Land leidet selbst schwer unter der Dürre

und unter den inneren Auseinandersetzungen, die tiefe Spuren besonders auch in der Wirtschaft hinterlassen.

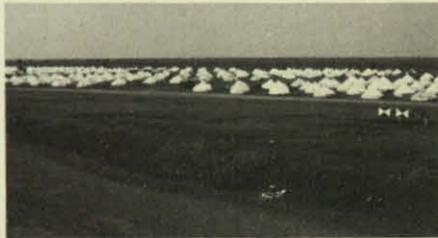
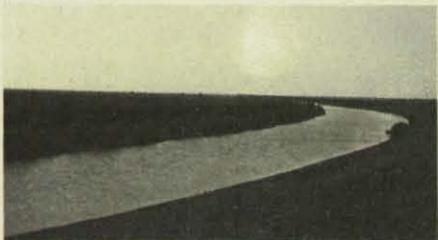
Zusätzliche Hilfe für den Sudan

Aufgrund der kritischen Situation hat der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen die reichen Länder der Erde zu

Auffanglager für äthiopische Flüchtlinge im Grenzgebiet: Eine im ausgetrockneten Fluß zurückgebliebene Wasserpfütze – die einzige Möglichkeit der Versorgung mit Trinkwasser.



Der Bewässerungskanal – Lebensspender im Gebiet der Flüchtlingslager Fau Nr. 1–3.



Kilometerweit stehen entlang dem Kanal die Flüchtlingszelte der Lager Fau Nr. 1.–3. Am rechten Bildrand eine Trinkwasseraufbereitungsanlage.



Blick vom Damm des Bewässerungskanal auf eine Trinkwasseraufbereitungsanlage; im Hintergrund die Zelte eines Flüchtlingslagers.

Bau einer zentralen Wasserversorgung in einer Flüchtlingsiedlung: Die äthiopischen Bewohner stellen den Rohrleitungsgraben selbst her.



Die zentrale Verteilerstelle für das Trinkwasser. Es fehlen noch die Zapfhähne an der Rohrleitung.

zusätzlichen Hilfeleistungen für den Sudan aufgerufen. Neben der von kirchlichen und privaten Institutionen aus der Bundesrepublik Deutschland gewährten Unterstützung sind von der Bundesregierung außerhalb der regelmäßigen Leistungen an den Hohen Flüchtlingskommissar weitere Mittel für die Sudan-Hilfe zur Verfügung gestellt worden. In diesem Zusammenhang wandte sich das Auswärtige Amt über das Bundesinnenministerium an das Technische Hilfswerk, um die Möglichkeiten zur Unterstützung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) auf technischem Gebiet zu prüfen.

Erkundungsauftrag

Am 15. Januar 1985 erhielten Helmut Kellner, der Vertreter des Landesbeauftragten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Nordrhein-Westfalen und Hauptsachgebietsleiter Einsatz, sowie der Verfasser den Auftrag, vor Ort die Möglichkeiten eines geplanten THW-Einsatzes in den Flüchtlingsgebieten des Ost-Sudan zu untersuchen und hierzu Vorschläge zu unterbreiten. In einer anschließenden Besprechung im Auswärtigen Amt mit dem Bundesministerium des Innern und der Abteilung THW im Bundesamt für Zivilschutz wurde der Auftrag wie folgt umrissen:

Erkundung der Möglichkeiten eines THW-Einsatzes im Rahmen der humanitären Hilfe der Bundesrepublik Deutschland zur Lösung von Problemen

1. der Trinkwasserversorgung sowie
2. der Zuführung von Nahrungsgütern, Medikamenten und Betriebsstoffen

in bestehenden und neu zu errichtenden Flüchtlingslagern im Ost-Sudan.

Erkundungsreise

Erstes Ziel der vom 18. bis 25. Januar 1985 dauernden Reise war Genf als Sitz des Hohen Flüchtlingskommissars. Die Gespräche wurden vermittelt und begleitet von einem Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Genf beim UNHCR in den Abteilungen für Nordafrika, für Not- und Sofortmaßnahmen sowie für Beziehungen mit den Geberländern. Hier wurden Informationen vermittelt über die Flüchtlingssituation im Ost-Sudan und die vor Ort voraussichtlich anzutreffenden Verhältnisse. Weiterhin wurden auch die sich künftig bietenden Möglichkeiten der Unterstützung des Hohen Flüchtlingskommissars bei der Erfüllung seiner weltweiten humanitären Aufgaben durch das THW erörtert.

Sogleich nach der Ankunft in Khartoum fanden im Beisein von Herrn Dr. M. Worbs



Montage eines stählernen Wasserturmes in einem sudanesischen Dorf.



Äthiopische Kinder in einem Auffanglager für Flüchtlinge im Grenzgebiet.



Ein Wasserbehälter für die Aufbereitungsanlagen. Er wurde während der Einweisung der am Einsatz beteiligten Helfer aufgebaut.

aus der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Gespräche im Hauptbüro UNHCR für den Sudan statt, die sofort zu Terminabsprachen jeweils vor Ort führten.

Erkenntnisse im Lagerbereich Fau

Mit einem Geländefahrzeug des Mitarbeiters der Botschaft ging es von Khartoum nach Süden, zunächst auf der befestigten Straße und nach etwa 200 km über Staubpiste in das Lagergebiet Fau. Hier sind etwa seit Dezember 1984 entlang eines Hauptbewässerungskanals, der dem Baumwollanbau dient, bisher drei Zeltlager mit rd. 22000 Flüchtlingen entstanden, die aus Auffanglagern östlich der Provinzhauptstadt Kassala hierher verlegt worden sind. Der Kanal garantiert eine ständige Wasserführung und ermöglicht daher auch die Wasserversorgung der neu entstandenen Flüchtlingslager. Das Wasser ist allerdings stark durch Lehm- und Tonteilchen getrübt, enthält Algen, Bakterien und andere Wasserorganismen, die Überträger tropischer Krankheiten, wie u. a. der Bilharziosis sind, die beim Menschen Entzündungen der Harnblase, des Dickdarms, der Leber und der Lunge auslöst.

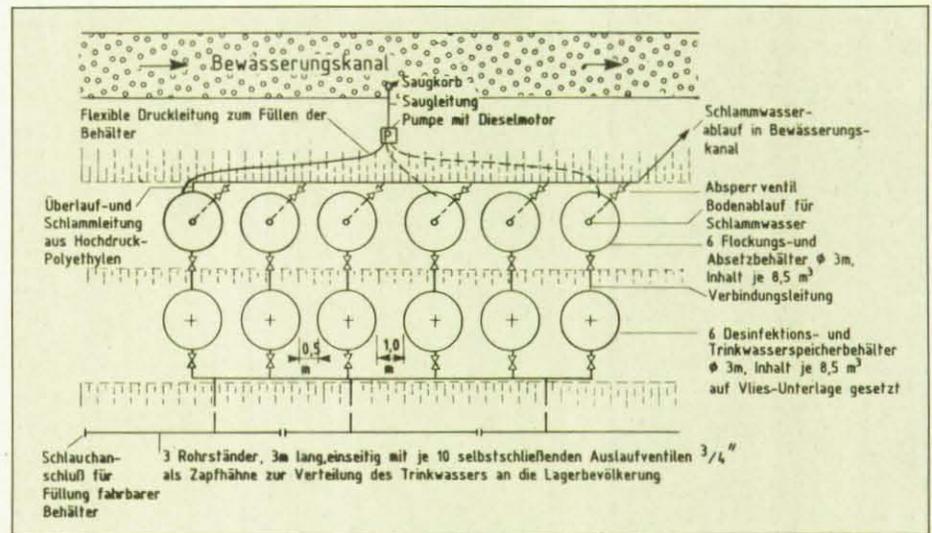
In den aus verschiedensten Ländern gelieferten Zelten lebt eine Familie mit durchschnittlich fünf bis sieben Personen. Jeweils 210 Familien-Zelte bilden einen Block, in dem bis zu 1500 Flüchtlinge untergebracht sind. Kilometerweit stehen entlang vom Kanal in der völlig vegetationslosen Ebene die abwechselnd weißen und olivgrünen Zelte – ein trostloser Anblick.

Für jeden Zeltblock ist vor dem Kanaldamm durch die hier tätige Hilfsorganisation „International Rescue Committee“ eine Wasserversorgungsanlage errichtet worden. Sie besteht aus geschlossenen zylindrischen Stahltanks von je rd. 3 m³ bzw. rd. 5,5 m³ Inhalt, in die das dem Kanal entnommene, für die Trinkwasserversorgung vorgesehene Wasser mit einer benzingetriebenen Kreiselpumpe gefördert wird. Die Trübstoffe und ein Teil der Verunreinigungen im Kanalwasser werden in den Tanks durch Zugabe von granulat- oder pulverförmigem Aluminiumsulfat bzw. -chlorid aus-

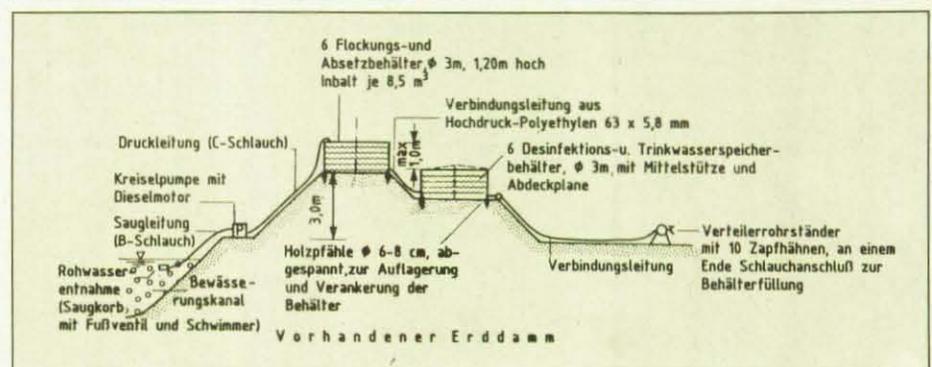
geflockt. Sie setzen sich am Behälterboden ab und werden mit dem Schlammwasser abgezogen. Anschließend wird Chlor als Entkeimungsmittel zugesetzt. Die Flüchtlinge entnehmen das Wasser über an der Behälterlängsseite angeschraubte Zapfhähne. Da das Ausflocken, Absetzen und Abziehen der Schmutzstoffe sowie das anschließende Einwirken des Entkeimungsmittels auf das abzugebende Wasser jeweils mehrere Stunden dauert, kann ein Behälter nur in größeren Abständen befüllt und entleert werden. Die Abgabeleistung der Anlage garantiert daher nur ein Minimum an Trinkwasser. Zum Zeitpunkt der Erkundung war uns noch nicht bekannt, daß hier zusätzlich mindestens 25000 Flüchtlinge angesiedelt werden sollen, für die ebenfalls Trinkwasser zu beschaffen ist.

Aufbau einer ländlichen Wasserversorgung

Auf der Weiterfahrt bot sich die Möglichkeit zum Studium eines von deutscher Seite geplanten, durch ein deutsches Ingenieurbüro beaufsichtigten und von einer im Sudan ansässigen Baufirma mit deutscher Geschäftsführung in Ausführung stehenden Vorhabens der ländlichen Wasserversorgung im Raum El Hawata. Hier entsteht, weitgehend über die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt finanziert und von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH in Eschborn betreut, ein beispielhaftes Projekt, das sowohl sudanesischen Ortschaften als auch schon seit etwa fünf Jahren bestehende Ansiedlungen äthiopischer Flüchtlinge einschließt. Es kann als Musterprojekt für die



Oben: Lageplan einer Trinkwasseraufbereitungsanlage für Flüchtlingslager im Sudan. – Unten: Schnitt durch eine Trinkwasseraufbereitungsanlage für Flüchtlingslager im Sudan.



praktische Anwendung von Technologien angesehen werden, die auf die örtlichen Verhältnisse abgestimmt sind. Das Projekt wird eine wesentliche Verbesserung der dortigen Lebensverhältnisse bringen.

Flüchtlingslager an der äthiopischen Grenze

Auf staubigen „Wellblechpisten“ ging es, mehrmals durch Reifenpannen unterbrochen, in das Gebiet östlich von Gedaref und Es Showak zu den Auffanglagern entlang der äthiopischen Grenze. Im Lager Wad Kowli, in dem sich bei unserer Ankunft schätzungsweise 73000 äthiopische Flüchtlinge aufhielten, wurden wir von den örtlichen sudanesischen Repräsentanten mit dem heißen Wunsch empfangen, uns für die Entsendung von Transportmaschinen der Bundeswehr zu verwenden. Mit den Transportmaschinen könnten die dringend benötigten Nahrungsgüter bis zum Eintritt der zu erwartenden Regenzeit aus dem Hafen Port Sudan angeliefert werden. So steckten wir zumindest schon einmal mit den beim Militärattaché der Deutschen Botschaft in Khartoum erhaltenen Maßen die Flächen der einzuebunenden provisorischen Landebahnen ab. Von den sudanesischen Behörden in den Flüchtlingslagern wurde zugleich die dringende Bitte geäußert, geländegängige Lastkraftwagen mit einer Feldwerkstatt und entsprechendem Fachpersonal zur Reparatur und Wartung der Fahrzeuge aus der Bundesrepublik Deutschland zu liefern. So könnten der Abtransport und die Verteilung der über die Luftbrücke heranzuschaffenden Nahrungs- und sonstigen Hilfsgüter unterstützt werden.

Einsatzauftrag

Bereits nach Rückkehr des Erkundungsteams fand ein Gespräch zwischen dem Hohen Flüchtlingskommissar, der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Khartoum und dem Auswärtigen Amt statt. Dort wurde der bereits vor Ort gewonnene Eindruck bestätigt, daß die sich in den Auffanglagern entlang der Grenze abzeichnende akute Wassernot zwangsläufig zur weiteren Umsiedlung von Flüchtlingen in das Landesinnere führen muß. So fiel dann auch die Entscheidung, weitere 25000 Flüchtlinge in den Raum Fau zu verlegen, und an das Technische Hilfswerk erging der Einsatzauftrag, die für die Versorgung notwendigen Trinkwasseraufbereitungsanlagen zu liefern, aufzubauen und in Betrieb zu nehmen.

Konstruktion und Wirkungsweise der Aufbereitungsanlagen

Über die zweckmäßige Konstruktion von Anlagen zur Aufbereitung von stark mit anorganischen und organischen Trübstoffen belastetem Flußwasser unter tropischen Bedingungen liegen beim THW Erfahrungen aus den Einsätzen im August/September und November/Dezember 1980 vor, bei denen insgesamt 17 Trinkwasseraufbereitungsanlagen in Lagern für Flüchtlinge aus der äthiopischen Provinz Ogaden in Somalia errichtet worden sind (4). Die Erkenntnisse aus diesen Einsätzen erwiesen sich bei der Vorbereitung des Sudan-Einsatzes als außerordentlich wertvoll (5). So konnten von vornherein auch Verbesserungen in die Konzeption für die neuen Anlagen einfließen. Sie führten unter den am neuen Aufstellungsort gegebenen Verhältnissen zu einer weiteren Vereinfachung und Standardisierung der Bauteile, ohne das bewährte System der für Somalia entwickelten Anlagen aufzugeben. Die insgesamt drei in den neuen Flüchtlingslagern aufzubauenden Anlagen werden nach ähnlichem Prinzip mit je sechs kreisrunden Flockungs- und Absetzbehältern sowie sechs diesmal gleichgroßen Desinfektions- und Trinkwasserspeicherbehältern von jeweils 3 m Durchmesser und rd. 8 m³ Nutzinhalt ausgerüstet. Die Trennung in zwei Behältergruppen, einmal zur Behandlung sowie zur Entkeimung und Speicherung des anschließend zu verteilenden Trinkwassers, führt zu einer günstigen Ausnutzung des Behälterraumes und wirkt sich auf die Anlagen sehr leistungssteigernd aus.

Das zu behandelnde Rohwasser wird dem Bewässerungskanal über eine Saugleitung, deren Entnahmeöffnung unterhalb vom Kanalwasserspiegel schwimmend angeordnet ist, entnommen. Von einer mit Dieselmotor angetriebenen tragbaren Pumpe wird das Wasser in die auf dem vorhandenen Erdwall parallel zum Kanal in der vorderen Reihe aufzustellenden Behälter gefördert. Hier werden die Schmutzstoffe aus dem Wasser mit denselben Chemikalien ausgeflockt und zum Absetzen gebracht, die auch in den bereits vorhandenen Anlagen der bestehenden Lager Verwendung finden. Das gereinigte Wasser fließt anschließend unter eigenem Druck in die als zweite Reihe entsprechend tiefer angeordneten Behälter. Dort wird Chlor als Desinfektionsmittel dosiert und das fertig bereitete Trinkwasser zur Verteilung zwischengespeichert. Die Behälter der zweiten Gruppe können unabhängig von dem in der ersten Behältergruppe ablaufenden, verhältnismäßig zeitaufwendigen Flockungs- und Absetzvorgang gefüllt werden. So steht laufend Trinkwasser zur Verfügung. Es kann noch unter entsprechendem

Vordruck aus den Speicherbehältern über drei Rohrstände von je 3 m Länge, auf der Lagerseite jeweils mit zehn selbstschließenden Auslaufventilen (Zapfhähne) ausgestattet, an die Lagerbevölkerung verteilt werden. Durch eine einfach zu überschaubare und von eingewiesenem örtlichem Personal zu bedienende Anordnung von Absperrventilen arbeiten jeweils zwei hintereinander liegende Behälter der ersten und zweiten Reihe zusammen. Die Behälter sind besonders preiswerte Schwimmbecken. Sie bestehen aus einer für den Transport eng zusammengerollten Blechhaut mit beiderseitiger Kunststoffbeschichtung. Sie wird beim Aufbau in ein auf dem vorbereiteten Behälterboden entsprechend dem Kreisumfang ausgelegtes U-förmiges Kunststoffprofil eingeschoben. In den Innenraum des so gebildeten Blechzylinders wird eine widerstandsfähige Kunststoffolie eingelegt, die von einem zugleich als Handlauf dienenden Kunststoffring am Blechmantel festgehalten wird. In den drei Anlagen können täglich mindestens 400 m³ Trinkwasser aufbereitet werden, was einem Dargebot von 15 l je Person für vorsorglich angesetzt rd. 27000 Flüchtlinge entspricht.

Einsatzvorbereitung

Mit einem Teil der bereits gelieferten Materialien beladen wurden die zum Transport der Anlagen vorgesehenen und anschließend als Geschenk der Bundesrepublik Deutschland im Land verbleibenden drei geländegängigen Lastkraftwagen auf den Seeweg gebracht. Die übrigen Anlagenteile wurden von THW-Helfern im Ortsverband Bonn vorgefertigt und zusammengebaut. Ein Vorkommando von acht Helfern nahm die Fahrzeuge in Port Sudan in Empfang, brachte sie mit dem verlasteten Material in das Einsatzgebiet und transportierte anschließend die in Khartoum als Luftracht eingetroffenen übrigen Bauteile und Materialien an die Einsatzstellen. Gleichzeitig landeten in Khartoum weitere sieben Helfer und begaben sich zum Aufbau der Anlagen in das Einsatzgebiet. Der für etwa drei Wochen geplante Einsatz steht unter Leitung von Helmut Kellner, der auch die Erkundung mit vorgenommen hat.

Literaturhinweise

- (1) Deutsches Rotes Kreuz: Äthiopienhilfe des Roten Kreuzes. ZS-Magazin, Heft 11/1984
- (2) Deutsches Rotes Kreuz: Äthiopien – ein Land verhungert. ZS-Magazin, Heft 12/1984
- (3) Schmalhofer, Th.: Malteser starten Äthiopienhilfe – die unvorstellbare Not lindern. ZS-Magazin, Heft 1/1985
- (4) Such, W.: 33. THW-Auslandseinsatz: Trinkwasser für die Flüchtlinge in Somalia. ZS-Magazin, Heft 9/1980
- (5) Such, W.: In den Flüchtlingslagern Somalias: Anlagen arbeiten auch noch nach vier Jahren. ZS-Magazin, Heft 10/1984

Ein internationales Zusammenspiel

Acht NATO-Staaten beteiligten sich an der „Intex '85“ – Eine 24stündige Verfahrensübung mit dem Ziel, den Meldungs- und Informationsaustausch zu üben

„Schicht eins und zwei bitte in den Einsatzraum! Ich wiederhole: Schicht eins und zwei in den Einsatzraum!“ Hart reflektieren die weißgetünchten Betonwände des Warnbunkers die Stimme aus den Lautsprechern. Es wird unruhig auf den Fluren. Alles drängt in das Zentrum des Warnamts II in Bassum. Joachim Schöne steht vor der großen Lagekarte. Der Warntamtsleiter wartet, bis Ruhe eingetreten ist. Es dauert nicht lange, die ganze Crew ist übermüdet: 24 Stunden im Schichtbetrieb im Einsatz, kein Tageslicht, wenig Schlaf, das „schlaucht“. Unruhig treten die Mitarbeiter hin und her – sie sind ungeduldig, wollen nach Hause. Schöne macht's gnädig: Ein kurzer Dank für die gute Zusammenarbeit, „ansonsten noch einen schönen Tag“, – die Mannschaft ist entlassen. Schnell leert sich der Bunker, noch schneller der Parkplatz, es kehrt Ruhe im Warntamt ein.

Internationale Übung

Es ist Sonntagmorgen, 17. März 1985, kurz nach 9.00 Uhr. Gestern um 8.00 Uhr begann die internationale Warndienstübung „Intex '85“, eine Verfahrensübung der zehn Warntämter der Bundesrepublik, an der sich auch die NATO-Nachbarstaaten Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich und Italien beteiligen. Der Übungszweck: die Erprobung und Überprüfung internationaler Meldeverfahren auf den internationalen Meldewegen. Denn: Die Gefahren, die in einem Verteidigungsfall drohen, machen vor den politischen Grenzen der einzelnen Staaten nicht halt. Die gegenseitige Information ist daher von lebenswichtiger Bedeutung.

Schon seit 1957 finden die gemeinsamen Übungen jährlich einmal statt. Inzwischen sind Einsatzverfahren entwickelt und abgesprochen worden, die den Informationsfluß sicherstellen. Um den Meldungs- und Informationsaustausch aber möglichst reibungslos und ohne Sprachschwierigkeiten zu gestalten, stellen die NATO-Nachbarstaaten Verbindungskräfte zu den einzel-

Rund um die Uhr ist das Warntamt II in Bassum in Betrieb. Die Mitarbeiter wechseln sich im Schichtbetrieb ab.



Nur noch 43 x 32 Zentimeter groß sind jetzt die an den verschiedenen Einsatzplätzen verteilten Luftlagekarten im Warntamt II. Das neue System hat sich bewährt.



Mittelpunkt des Einsatzraums ist der Platz des Leiters der Einsatzgruppe: Einsatzleiter Alves bei der Arbeit.



nen Warnämtern der Bundesrepublik ab. So beteiligen sich im Warnamt II an der Übung Warndienstmitarbeiter aus Großbritannien und den Niederlanden.

Vorbereitung in London

Die Übungen werden in jährlichen Gesprächen vorbereitet, und da sich der britische Warndienst zu Beginn der Zusammenarbeit bereiterklärt hatte, die Vorbereitungen zentral abzuwickeln, treffen sich die Vertreter der nationalen Warndienstorganisationen jeweils im Herbst in London. Besprochen wird, welche Verfahren in der Übung

besonders in den Vordergrund gestellt und welche Ereignisse dazu eingeplant werden sollen. Entschieden wird auch, welche Wetterlage geeignet ist, um einen möglichst intensiven Meldeaustausch durchzuführen. Dies ist wichtig, da die Gefahren, über die Meldungen ausgetauscht werden sollen, bei bestimmten Wetterlagen (Wind) nicht grenzüberschreitend sind und daher nur ein geringer Informationsfluß stattfinden müßte. Der Britische Meteorologische Dienst sucht deshalb nach tatsächlichen Wetterlagen, die den Wünschen der Übungsteilnehmer möglichst nahekommen.



Konzentrierte Arbeit bei der ABC-Gruppe. Sie erfaßt und wertet A- und C-Angriffe aus.



Ein Teil der Einspielgruppe. Die Helfer simulieren die einzelnen nicht an der Übung beteiligten Stellen.



Routiniert spricht Warnstellensprecher Thomas Sander seine Durchsagen. Er ist seit sechs Jahren im Warnamt Bassum.

Einspielungen willkürlich gewählt

Die Ereignisse, nach denen die Meldeverfahren geübt werden, sind willkürlich gewählt. Die Einspielungen haben nur den einen Zweck, die einzelnen Warndienste in die Lage zu versetzen, die Verfahren zur Vorhersage von Gefahren, die der Bevölkerung drohen, anzuwenden und zu überprüfen.

Ziel ist es auch, den ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern der Warnämter die Möglichkeit zu geben, ihre in der Ausbildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Es werden deshalb eine große Anzahl von Ereignissen eingespielt, aus denen keinesfalls geschlossen werden darf, daß sie in einem Verteidigungsfall buchstäblich so erwartet werden. Der Warndienst will mit der Vielzahl der Einspielungen in Einzelbereichen die Leistungsfähigkeit des Systems prüfen.

Bei der Übung wird unterschieden zwischen echter und nur dargestellter Beteiligung der einzelnen Bereiche. So haben die zehn Warnämter der Bundesrepublik über die gesamte Dauer der Übung Kontakt zu den zivilen Warndienst-Verbindungsstellen, die in den Anlagen der NATO-Luftverteidigung untergebracht sind. Aufgabe der Verbindungsstellen ist es, die dort dargestellte Lage zu beobachten, für Zwecke des Warndienstes auszuwerten und gegebenenfalls unverzüglich an die Warnämter in festgelegter Kurzform zu übermitteln. Das gleiche gilt auch für alle dort eingehenden Meldungen über den Einsatz von ABC-Kampfmitteln.

Meßstellen erfassen Verstrahlung

Ebenfalls besetzt sind die in jedem der zehn Warnggebiete bestehenden drei bis fünf Warndienst-Leitmeßstellen, denen etwa 30 bis 35 unbemannte Meßstellen zugeordnet sind. Diese Meßstellen erfassen die radioaktive Verstrahlung und übermitteln sie über ein halbautomatisches Abfragesystem an die Warndienst-Leitmeßstellen und Warnämter. Somit können Vorhersagen über den Verlauf atomarer Niederschläge ständig kontrolliert werden.

Aufgabe der Warndienst-Leitmeßstelle ist es, Meldungen über ABC-Gefahren von Einheiten und Einrichtungen des Zivilschutzes zu sammeln, auszuwerten und an das Warnamt weiterzugeben.

Enge Zusammenarbeit

Unterstützt werden die Leitmeßstellen in ihrer Aufgabe von den Beobachtungs- und ABC-Meßstellen (BAMSt). Sie werden bei

der internationalen Übung nur dargestellt. Die BAMSt ist eine Einrichtung der Führung des Katastrophenschutzes und unterstützt den Hauptverwaltungsbeamten (HVB) des Landkreises bzw. der kreisfreien Stadt. Ihre Zusammenarbeit mit den Warnämtern bleibt hiervon unberührt. Die vier freiwilligen Helfer einer BAMSt führen Auge-, Ohr- sowie Wetterhilfsbeobachtungen durch, messen Dosisleistungen mit Hilfe einer Außensonde, unterrichten über die an ihrem Standort herrschende Verstrahlung und geben die Ergebnisse an die Warndienst-Leitmeßstelle sowie den HVB weiter.

Dem Stab des HVB angegliedert ist auch die ABC-Melde- und -Auswertestelle (AMAS). Sie wertet ABC- und Wetterhilfsmeldungen aus, erarbeitet die ABC-Lage und leitet die Ergebnisse weiter. Darüber hinaus führt die AMAS einen Informationsaustausch mit den Warndienst-Leitmeßstellen durch, hört beim Stab HVB die Warnstellendurchsagen ab, führt die Luftlage und veranlaßt bei örtlich erkannten unmittelbaren Gefahren die dezentrale Sirenenauslösung für ihren Bereich. Der HVB mit seiner AMAS und den BAMSten ist damit der wichtigste Partner des Warndienstes im Bereich des Katastrophenschutzes.

In die Übung einbezogen ist auch die Zivile ABC- und Luftlagemelde- und Auswertestelle (ZALM), die ein Teil des Arbeitsstabes des Bundesministers des Innern ist. Dieser Stab nimmt im Spannungs- und Verteidigungsfall seine Arbeit auf.

Die Übung läuft an

Am Samstagmorgen, 7.30 Uhr, alarmiert das Warnamt einzelne Helfer. Sie haben die Aufgabe, weitere Helfer anzurufen, so daß eine vollständige Alarmierung der ehrenamtlichen Mitarbeiter gewährleistet ist. Knapp eine halbe Stunde später treffen die ersten Helfer im Bunker ein. Dann geht es Schlag auf Schlag. Schnell füllt sich der Parkplatz vor dem Unterkunftsgebäude, die Mitarbeiter streben an ihren Einsatzort.

Um 8.15 Uhr wird die erste Schicht festgelegt. Geräte werden eingeschaltet, Einsatzmaterialien geordnet. Warnamtsleiter Schöne gibt eine erste Lagebeurteilung ab, kurz darauf ist die Einsatzbereitschaft hergestellt.

Um 9.45 Uhr spielt die Warndienst-Verbindungsstelle die erste Luftlage ein. Die Luftlagedarsteller an ihren Eingabepunkten treten in Aktion. Für sie ist die Arbeit schon vor Jahren erleichtert worden. Wurde noch Anfang 1982 im Warnamt die Luftlage auf einer 3 x 3,5 Meter großen Karte dargestellt, erscheint sie jetzt auf fünf an den Einsatztischen verteilten 43 x 32 Zentimeter großen Lagebildern (Displays).

Die Leuchtdioden am Eingabepunkt der Luftlagedarsteller und in den fünf Displays sind in Reihe geschaltet. Beim Berühren der Sensortasten leuchten die Dioden des entsprechenden Feldes eines besonderen Kartengitternetzes sowohl am Eingabetisch als auch in den Lagebildern gleichzeitig auf. Wird der Vorgang wiederholt, verlöschen sie.

Das Warnamt II hat dieses System erprobt und ist zu guten Ergebnissen gekommen.

Die erste Warnung

Das erste Ereignis wird um 9.46 Uhr eingeleitet: ein C-Angriff (chemischer Angriff) im nördlichsten Teil des Warngbietes. Der „Ansprechpartner HVB“ nimmt die Meldung des Hauptverwaltungsbeamten entgegen, trägt sie in ein Formblatt ein und vermerkt, ob bereits dezentral Alarm ausgelöst wurde. Schnell landet der Vordruck beim Einsatzleiter, der die Daten in seine Leuchtkarte einträgt. Er sorgt jetzt als erstes dafür, daß eine Meldung an alle Warnstellenteilnehmer erfolgt. Mit dieser Meldung, die absoluten Vorrang vor der ABC- und Luftlage hat, werden Behörden und Betriebe, die lebens- und verteidigungswichtige Aufgaben zu erfüllen haben, über die Entwicklung der Gefahren informiert.

Es ist eine von vielen Aufgaben, die die Einsatzgruppe zu bewältigen hat. Die Gruppe nimmt die Luft- und ABC-Lage auf, stellt die Luft- und Kontaminationslage dar, bewertet die Gefahrenlage und warnt über Sirenen, Rundfunk sowie Warnstellen.

Thomas Sander ist in der ersten Schicht Warnstellensprecher. Der 24jährige Oberinspektor bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse ist beim Warnamt Mitarbeiter in besonderer Funktion. Er hat keine Schwierigkeiten mit dem genormten Text. Langsam und klar spricht er die Durchsage. Es ist Routine für ihn. Seit sechs Jahren arbeitet er als Helfer mit. Zuerst als Luftlagedarsteller, jetzt als Warnstellensprecher. „Zwar ist die Ausbildung für diese Aufgabe etwas umfangreicher, aber die Arbeit ist interessant und verantwortungsvoll“, sagt er.

Rechnergestützte Luftlage- und ABC-Auswertung

Konzentriert wird inzwischen auch bei der ABC-Gruppe gearbeitet. Sie hat sich im Gegensatz zu den anderen Warnämtern, wo sich die ABC-Lage ein Stockwerk höher über dem Einsatzraum befindet, seit etwa einem Jahr hinter dem Einsatzleiterplatz etabliert. Dies bringt erhebliche Vorteile mit sich. So sind jetzt die Wege sehr kurz, dadurch ist der Informationsaustausch mit den Kräften im Einsatzraum sehr schnell.

Die ABC-Gruppe registriert den eingespielten C-Angriff in der Angriffsübersicht und vergibt eine sogenannte Angriffsnummer, die aufzeigt, wann der Angriff war, wo er war und was es war.

Im Warnamt II fließen diese Daten in einen Rechner ein. Der Computer erarbeitet dann nach einem vorgegebenen Programm je eine unterschiedliche Meldung für den Warnstellensprecher und für den Fernmeldebetrieb. Dort steht je ein Gerät, das die Texte ausdrückt. Der Warnstellensprecher erhält so auf schnellstem Wege eine formgebundene Meldung für seine Durchsagen, der Fernmeldebetrieb einen Text, den die Helfer per Fernschreiber an die ZALM, Nachbarwarnämter (soweit diese betroffen), Landesregierung usw. durchgeben.

Früher mußten die Texte von Hand geschrieben und dann zu den einzelnen Plätzen weitergereicht werden. Hierdurch ging viel Zeit verloren.

Das Rechnerverfahren, das derzeit im Warnamt II erprobt wird, bietet zusätzlich den Vorteil, daß die Einsatzgruppe unmittelbar die gleiche Information hat wie die ABC-Gruppe. Es stehen zwei Rechner zur Verfügung, die mit einem Mehrplatzsystem verbunden sind. Die Informationen werden von der ABC-Gruppe erarbeitet, können von der Einsatzgruppe auf Tastendruck übernommen und für ihre eigenen Zwecke – wie z.B. Warnung – genutzt und auch verändert werden.

Den Mitarbeitern des Warnamts wird durch diese Rechner die Arbeit sehr erleichtert. Einsatzleiter Alves: „Der Computer ist u.a. in der Lage, Informationen exakt zu speichern und auf Knopfdruck wiederzugeben. Er vergißt nichts. Damit ist eine menschliche Schwäche, eben das Vergessen, ausgeschaltet. Dies gibt uns mehr Sicherheit bei unserer Arbeit.“

Ein eingespieltes Team

Die Hauptaufgaben der ABC-Gruppe bestehen im Erfassen und Auswerten von A- und C-Angriffen sowie Wetter- und Kontaminationsdaten. Hinzu kommt das Darstellen von voraussichtlich und tatsächlich kontaminierten Gebieten und das Erstellen von Warnstellendurchsagen, Lagezeichnungen sowie ABC-Meldungen.

Ulrich Hütten, Einsatzleiter ABC-Wesen, ist zufrieden mit seinen Mitarbeitern. „Sie sind inzwischen gut eingespielt, es herrscht Teamgeist, und das erleichtert die Arbeit sehr“, sagt er.

Hütten erläutert die derzeitige Situation: „Die Lage stellt sich im Moment wie folgt dar: Sechs C-Angriffe, eine A-Bodendetonation im Warngbiet I, deren Verstrahlung wir kontrollieren, sowie eine A-Bodendetonation im eigenen Warngbiet.“



Der Einsatzplatz der Verbindungskräfte aus Großbritannien und den Niederlanden. Sie stehen in ständiger Verbindung mit dem Warndienst ihres Landes.



Die Lage wird beurteilt (von rechts): Ltd. Baudirektor Dr. Maske, die Verbindungskräfte Jan Ferguson und Hermann Friedrich Oldenampsen sowie Warnamtsleiter Joachim Schöne.



Auch die Mitarbeiter in der Fernmeldetechnik sind im Schichtbetrieb im Einsatz: Ein Fehler in einer Leitung wird gesucht. (Fotos: Günter Sers)

Das Einsatzzentrum ist jetzt voll in Betrieb. Telefone schnarren, Meldungen gehen von Hand zu Hand, an den Leuchtkarten wird gezeichnet, Dioden in den Lagebildern leuchten auf – andere verlöschen, gedämpft hört man die Stimme des Warnstellensprechers. Manchmal wird es etwas laut. Ein scharfes „Sssst“ des Einsatzleiters verschafft schnell wieder Ruhe.

Internationale Zusammenarbeit

Aufmerksam wird am Einsatzplatz der Verbindungskräfte aus Großbritannien und den Niederlanden der Bildschirm beobachtet, der die einzelnen Ereignisse anzeigt. Jan Ferguson, Verbindungsmann des britischen Warndienstes „United Kingdom Warning and Monitoring Organisation“, ist schon zum zehnten Male Gast im Warnamt II. Ferguson, seit 15 Jahren in Deutschland und Unternehmensberater, spricht fließend deutsch und wurde von der Britischen Botschaft dem englischen Warndienst als Verbindungskraft vorgeschlagen. In einem einwöchigen Lehrgang wurde er in Großbritannien auf diese Arbeit vorbereitet.

Ansprechpartner bei dieser Übung ist für Ferguson das Warnamt in Lincoln, eines von zehn Warnämtern in England. Ferguson beobachtet die Lage im Einsatzraum und meldet insbesondere A-Bodendetonationen im Bereich des Warnamts Bassum, wenn die Wetterlage zeigt, daß Großbritannien durch radioaktiven Niederschlag gefährdet ist. Ebenso werden der Verbindungskraft A-Bodendetonationen auf den britischen Inseln gemeldet, die, durch die Wetterlage bedingt, Gefahr von Fallout für die Bundesrepublik mit sich bringen. Das Warnamt in Bassum bezieht diese Meldungen dann in seine Lagebeurteilung mit ein.

Für eine halbe Stunde war an diesem Morgen die telefonische Verbindung mit dem britischen Warnamt gestört. Man behalf sich schnell und leitete den Text über den niederländischen Warndienst.

Ferguson wechselt sich mit seinem britischen Kollegen Norman Connah im Schichtdienst ab.

Verbindungskraft aus den Niederlanden ist Hermann Friedrich Oldenampsen, Mitarbeiter des ABC-Dienstes im Innenministerium der Niederlande. Seine Meldungen gehen an das Nationale Commando der Bescherming Bevolking in Utrecht. Auch Oldenampsen meldet nur A-Bodendetonationen, die eine Gefahr durch radioaktiven Niederschlag für die Niederlande bedeuten. Ausgetauscht werden auch Wetterdaten.

Reibungsloser Schichtwechsel

Um 12.00 Uhr kommt Unruhe in den Einsatzraum: Die nächste Schicht rückt an. Die Helfer wechseln ein paar kurze Worte. Schnell zieht sich die abgelöste Schicht zurück, es kehrt wieder Ruhe ein. Konzentriert geht die Arbeit weiter.

Mit der neuen Schicht ist auch LtD. Baudirektor Dr. Maske, Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, in den Bunker gekommen. Er will sich über den Verlauf der Übung informieren. Der Einsatzleiter trägt ihm die Lage vor und weist auf Besonderheiten hin. Anschließend besucht Dr. Maske die einzelnen Einsatzplätze, spricht mit den Helfern und diskutiert anstehende Probleme.

Einspielungen genau nach Zeitplan

Nicht alle 35 Helfer einer Schicht sind im Einsatzraum des Warnamts beschäftigt. Ein Teil ist im höher gelegenen Stockwerk als Übungs- und Einspielgruppe untergebracht. Sie simulieren die einzelnen nicht an der Übung beteiligten Stellen.

„NBC-1-Meldung: 15.18 Uhr, Berta 2514, Caesar 69 Grad, Dora 161502, Heinrich Boden, Martha 15,3 Grad ...“, langsam und deutlich spricht ein Helfer den Text ins Mikrofon. Es wird die Meldung einer BAMSt eingespielt. Empfänger ist eine besetzte Leitmeßstelle im Bereich des Warnamts II. Von hier aus wird die Meldung wieder umgehend an die ABC-Aufnahme im Warnbunker durchgegeben. So wird u.a. geprüft, ob und wie schnell die nach einem genauen Zeitplan eingespielten Meldungen das Warnamt erreichen.

Ein weiterer Helfer gibt Meldungen der Hauptverwaltungsbeamten, wiederum genau nach Zeitplan, an das Warnamt durch. Sie erreichen den „Ansprechpartner HVB“ im Einsatzraum.

Etwas abgelegen liegt ein Raum, in dem ein Mitarbeiter die Durchsagen des Warnstellensprechers aus dem Einsatzraum abhört und kontrolliert. Dargestellt wird auch der Norddeutsche Rundfunk (NDR). Ein Helfer spricht die vorbereiteten Rundfunkwarndurchsagen, in einem Nebenraum werden sie abgehört und aufgezeichnet.

All dies trägt dazu bei, eines der wichtigsten Ziele der „Intex '85“, das Üben des Meldungs- und Informationsaustauschs, zu erreichen.

Aufwendige Bunkertechnik

Während die Übung voll im Gange ist, sind auch die hauptamtlichen Mitarbeiter in der

Fernmelde- und Maschinenteknik des Bunkers nicht untätig. Auch sie sind rund um die Uhr im Schichtbetrieb im Einsatz. Groß ist der Aufwand, um den dreieinhalbstöckigen Bunker betriebsbereit zu halten. Er nimmt rund 200 Personen für einen von der Versorgung von außen unabhängigen Einsatzbetrieb auf und bietet auch Unterkunftsmöglichkeiten.

Die Maschinentekniker kontrollieren u.a. die Belüftungsanlagen, die Wasser- und Stromversorgung und regulieren die Wärme im Bunker. Die Mitarbeiter im fernmeldetechnischen Bereich beheben Leitungsstörungen, Mängel am Fernschreiber und Bildaufzeichnungsgerät, kontrollieren die Tonbandgeräte, die alle ein- und ausgehenden Gespräche aufzeichnen.

Eine lange Nacht

Stunde um Stunde vergeht, eine Schicht wechselt die andere ab. Schon ist es Mitternacht, aber ruhiger ist es im Einsatzraum nicht geworden. Kaffee und kalte Getränke werden gereicht, ein kleiner Imbiß läßt aufkommendes Magenknurren verstummen.

Es gibt keine Pause im Übungsablauf. Im Gegenteil: Die Lage verdichtet sich, die vielen Einspielungen lassen keine Müdig-

keit aufkommen. Dies ist, wie schon erwähnt, gewollt. Jeder Mitarbeiter soll voll gefordert, das Warnsystem an die Grenze des Leistungsvermögens geführt werden.

Nicht alle Helfer der Freischicht legen sich schlafen. Viele lesen, spielen Karten oder Schach, sehen sich Videofilme an. Es macht ihnen nichts aus, einmal eine Nacht durchzumachen.

Trotzdem sind alle froh, als ein Fernschreiber der Übungsleitung im Bundesamt für Zivilschutz um 8.31 Uhr verkündet: „Die ‚Intex '85‘ wird um 9.00 Uhr heute morgen beendet.“

Wieder etwas gelernt

Es ist die 18. Warndienstübung der Serie „Intex“, die an diesem Sonntagmorgen endet. Viel ist für die Mitarbeiter schon zur Routine geworden. Aber: „Jede Übung ist anders, und bei jeder lernt man noch etwas hinzu“, meint ein Helfer zum Abschluß.

Die ganze Mannschaft des Warnamts II zeigte Einsatzbereitschaft und Einsatzfreude beim diesjährigen internationalen Zusammenspiel der Warndienstorganisationen. Ob die Übungsziele erreicht worden sind, wird erst eine abschließende Auswertung zeigen. güse

STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Katastrophenschutzschule Baden-Württemberg in Neuhausen, Landkreis Esslingen, ist zum 1. Oktober 1985 die Stelle des/der

Schulleiters/Schulleiterin

zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach Vergütungsgruppe II a/I b BAT.

Wir suchen eine verantwortungsbewußte und engagierte Persönlichkeit, die über eine abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung der Fachrichtung Chemie, Physik, Bauingenieurwesen, Maschinenbau oder Nachrichtentechnik bzw. über gleichwertige Fähigkeiten und praktische Erfahrungen verfügt.

Erwartet werden Kenntnisse über den Katastrophenschutz sowie ausgeprägte Führungseigenschaften, organisatorische Befähigung und pädagogische Erfahrungen. Zu den Hauptaufgaben des Schulleiters gehören neben der organisatorischen und fachlichen Leitung der Schule die Ausbildungsplanung sowie Unterrichtstätigkeiten.

Ihre schriftliche Bewerbung erbitten wir innerhalb von drei Wochen an das

**Innenministerium Baden-Württemberg,
Dorotheenstraße 6,
7000 Stuttgart 1**

2600 Helfer bei einer der größten Waldbrandübungen der Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in der Eifel

Mit 24 000 Liter Wasser pro Minute wurde grenzübergreifend gelöscht

Die Transall der Bundeswehr und sechs Hubschrauber mit „Smokeys“ kamen zum Einsatz

Wimmernde und schreiende Menschen, zum Teil schwer verletzt, krümmen sich am Wegesrand. Im Laufschrift eilen DRK-Sanitäter mit Tragen zur Unfallstelle an der Landstraße 11, wo kurz zuvor – laut Drehbuch um 10.45 Uhr – ein Schulbus mit 30 Insassen verunglückt ist.

Eine Transall-Maschine der Bundeswehr, ausgestattet mit einem Löschrüstsatz, braust an anderer Stelle über das Flammenmeer im Wald und läßt das Wasser über der Brandstelle ab; Hubschrauber, unter denen an Trossen Wasserbehälter befestigt sind, überkreuzen die Brandstelle und entleeren dort ihre Behälter. Feuerwehrschräume werden kilometerlang verlegt; die zwischengeschalteten Pumpen rattern ohrenbetäubend, als ob sie mit ihrer Lautstärke Herr über den verheerenden Brand werden könnten. Ernsthaft und verbissen wird gearbeitet; 2600 meist ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind im Einsatz – zum Glück kein Ernstfall, sondern eine der größten Waldbrandübungen am 20. April in der Eifel auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen (Nordrhein-Westfalen) und des Landkreises Daun (Rheinland-Pfalz).

Bei der Großübung „Grenzwald '85“ sollen die grenzübergreifende Zusammenarbeit von Feuerwehreinheiten aus den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie verschiedene Brandbekämpfungsmethoden erprobt werden, um so Erfahrungen für einen Katastrophenfall zu gewinnen. Die Kosten für diese Übung, die rund sechs Monate Vorbereitungszeit erforderte, betragen insgesamt rund 100 000 Mark.



Dicht besetzt war der Hangar auf dem Gelände des Eifel-Flugplatzes Dahlemer Binz, als die Einweisung in die Vollübung „Grenzwald '85“ gegeben wurde. Rechts im Bild der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Dr. Munzert.



Dank der Versorgung durch das Deutsche Rote Kreuz konnten sich die Übungsbeobachter vor Beginn des Geschehens stärken.

rechnet sind. Besonders folgenreiche Waldschäden durch Brände, mit Schäden in etwa der zehnfachen Größenordnung von Durchschnittsjahren, waren 1975 und 1976 zu verzeichnen. Die furchtbaren Waldbrände in Niedersachsen sind vielen heute noch gegenwärtig.

Katastrophenfall um 3.55 Uhr festgestellt

Wer in den frühen Morgenstunden des 20. Aprils die Autobahn A1 in Richtung Blankenheim befuhr, dem mag sich ein imponantes Bild geboten haben: Brandschutzfahrzeuge rollten in dichten Kolonnen in Richtung Eifel durch die Morgendämmerung.

Was war geschehen? Um 3.55 Uhr hatte der Oberkreisdirektor Euskirchen den Katastrophenfall für den Kreis Euskirchen

festgestellt: Verheerende Waldbrände drohten sich immer weiter auszudehnen und konnten von den örtlichen Einsatzkräften nicht mehr beherrscht werden. Überörtliche Unterstützung wurde dringend notwendig.

Auch im angrenzenden rheinland-pfälzischen Waldgebiet umfaßte mittlerweile die Ausbreitung der Brände mehrere Quadratkilometer. Daher wurde auch in Rheinland-Pfalz die höchste Stufe im dortigen Waldbrandalarmplan, die Waldbrandalarmstufe 5, ausgerufen.

Die Übungslage

Die Übungsannahme war folgende: „Die Winterstürme haben in den Monaten November/Dezember 1984 zu besonders starken Windbrüchen in den Waldgebieten der Eifel geführt. Die Kreise Düren und Euskirchen im Regierungsbezirk Köln sowie die Kreise Daun und Prüm im Regierungsbezirk Trier sind extrem stark betroffen. Der langanhaltende Winter mit seinen tiefen Temperaturen und den bis in den März hinein anhaltenden Schneelagen machte eine planvolle Bearbeitung der Waldgebiete durch die Forstbehörden äußerst schwierig.“

Seit Anfang April 1985 mußten die Feuerwehren im Regierungsbezirk Köln verstärkt zur Bekämpfung kleinerer Waldbrände ausrücken. Mit dem Ansteigen der Temperaturen nahm auch ab 15. April 1985 die Zahl der Brände zu. Seit dem 17. April 1985 steht die Mehrzahl der Feuerwehren des Kreises Euskirchen im ständigen Löschereinsatz.“

Insgesamt 2600 Helferinnen und Helfer

Am 20. April schließlich hat sich die Lage so zugespitzt, daß für den Kreis Euskirchen um 3.55 Uhr vom Oberkreisdirektor der Katastrophenfall festgestellt wird. Für die Übung hatten Forstbeamte zuvor Abbruchholz zusammengetragen und angezündet.

Rund fünf Stunden später sind nicht nur die 2000 aus dem Bereich des Regierungsbezirks Köln angeforderten Einsatz-

Jährlich werden rund 600 Hektar Wald vernichtet

Daß eine solche Katastrophe leider nicht auszuschließen ist, zeigt die traurige Statistik. Denn von den ca. acht Millionen Hektar Waldfläche in der Bundesrepublik werden in Jahren durchschnittlicher Gefährdung ca. 600 Hektar durch Feuer vernichtet. Hierbei entstehen jährlich Schäden in Höhe von ca. vier Millionen Mark, wobei die Kosten der Brandbekämpfung nicht einge-



Im Laufschrift neben den ausgelegten Schläuchen: Der Kampf gegen den Waldbrand beginnt.



Jeder Handgriff sitzt. Erlerntes wird in die Praxis umgesetzt.



Insgesamt wurden von den nordrhein-westfälischen Helfern 35 Kilometer Schläuche verlegt.

kräfte „vor Ort“ – von den Nordrhein-Westfalen hatten die Kräfte aus dem Oberbergischen Kreis mit 160km die weiteste Anreise –, sondern auch die rund 600 Kräfte aus Rheinland-Pfalz.

Die Übungsbeobachter versammeln sich am Eifel-Flugplatz Dahlemer Binz. Unter den Gästen befinden sich der rheinland-pfälzische Innenminister Böckmann und der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Innenministerium, Dr. Munzert, Vertreter der Kommunen, der Länder, des Bundes sowie der Hilfsorganisationen und der Nachbarländer Belgien und Niederlande.

Bevor die Gäste und das außerordentlich starke Presseaufgebot das 30 Quadratkilometer große Übungsgelände durchfahren, um sich an Ort und Stelle einen Eindruck von den Leistungen der Helfer zu verschaffen, werden sie in die Lage der Übung eingewiesen.

Verschiedene Schwerpunkte gesetzt

Daß es nicht um einen „Wettkampf beider Länder, sondern um die Darstellung der gemeinsamen Arbeit über die Landesgrenze hinaus“ geht, betont Regierungsdirektor Thamm, Hauptdezernent beim Regierungspräsidenten Köln. Es werden jedoch in der Übung unterschiedliche Schwerpunkte von beiden Ländern gesetzt.

Während die Rheinland-Pfälzer zur Waldbrandbekämpfung Großtanklöschfahrzeuge im Pendelverkehr bevorzugen und ergänzend dazu Brandbekämpfung aus der Luft üben wollen, stützen sich die Nordrhein-Westfalen auf Förderstrecken, d.h. die Löschwasserförderung über lange Wegstrecken. Die Verlegung der Schlauchleitungen erfordert viel Geschick und Können: Gilt es doch, in der Eifel Höhenunterschiede bis zu 120m zu überwinden. Zur Überwindung der Steigungen müssen Pumpen zwischengeschaltet werden. Die Abstände der Pumpen werden exakt ermittelt mit Wasserberechnungsschieber und Höhenmesser. Insgesamt verlegen die Feuerwehrmänner aus NRW Schlauchstrecken von 35km.

Im Laufschrift gegen den Brand

Die für die Übungsbeobachter bereitstehenden Busse setzen sich in Bewegung. Zwischen dem nordrhein-westfälischen Kronenburger Wald und dem rheinland-pfälzischen Schiewelfenn werden die verschiedenen Schadensgebiete aufgesucht, um dort die Arbeiten der Löschmannschaften zu erleben.



Wasser wurde den Bächen entnommen. Bis zu den Knien standen die Helfer im Naß.



Links im Bild ein A-Saug Schlauch, rechts zwei B-Druckschläuche.



Übungseinlage: 30 „Verletzte“ nach einem Busunglück. Sanitäter sind im Einsatz.

Links: Zur Überwindung der Höhenunterschiede mußten Pumpen zwischengeschaltet werden.



Eine Vorbaupumpe in Betrieb.



„Wasser marsch!“

Die vom fiktiven Brand eingeschlossene Ortschaft Neuhaus muß evakuiert werden: Helfer des Deutschen Roten Kreuzes stellen die Einwohner dar, die vor dem drohenden Feuer flüchten müssen.

Den Aufbau einer Wasserförderstrecke demonstrieren wenig später Männer der Feuerwehr. Aus dem Füllenbach wird Wasser entnommen, mittlerweile wurde bereits eine 800m lange Förderstrecke verlegt. Schiedsrichter Günther Jost von der Freiwilligen Feuerwehr Hürth beobachtet die Arbeit genau: „Alles klappt reibungslos.“ Die Handgriffe sitzen, Handzeichen werden gegeben. Wie gut eingespielte Teams arbeiten die Männer im Laufschrift gegen den Brand.

Auf dem NRW-Gebiet sind auch zwölf Wasserwerfer für Wipfelbrände eingesetzt. Pro Minute schleudern sie 2000l Wasser 20 bis 25m hoch. Die Wurfweite beträgt 60 bis 80m. Aufgebaut sind die Wasserwerfer auf Einachshänger, die von fünf bis sechs Helfern auf den Waldweg geschoben werden können.

Sechs Hubschrauber im Einsatz

Im Bereich der Landesgrenze am Frauenkroner Wald wird der Einsatz von Großtanklöschfahrzeugen demonstriert. Insgesamt bewegen sich zehn dieser gewaltigen Fahrzeuge, deren Tank 5000l faßt und deren Pumpe 2400l Wasser pro Minute schafft, im Pendelverkehr. Vom Kronenburger See bis zum Frauenkroner Wald haben die Rheinland-Pfälzer eine Leitung aus A-Druckschläuchen verlegt, die einen Durchmesser von 110mm haben. So werden die Großtanklöschfahrzeuge betankt, die dann vom Frauenkroner Wald zu den Brandstellen fahren.

Interessant am Kronenburger See ist auch die Wasserentnahme durch die Hubschrauber: Die Maschinen – sechs an der Zahl – kommen von der Bundeswehr, vom Bundesgrenzschutz (je zwei), von der Polizei und von der US-Armee (je eine). Im ständigen Wechsel schweben sie heran, lassen sich über den Kronenburger See herab. Während die Luftwirbel der Rotorblätter das Wasser aufpeitschen und manchen allzu nahestehenden Schaulustigen in die Knie zwingen, werden die an Trossen mitgeführten Löschbehälter, die „Smokes“, innerhalb weniger Sekunden in die Fluten getaucht. Den Fotografen bleibt kaum Zeit, den Ablauf im Bild festzuhalten: Schon dröhnen die unter rheinland-pfälzischem Kommando stehenden Hubschrauber von dannen, zur Einsatzstelle nach Schiewelfenn. Um mögliche Umweltschäden auszuschließen, wurde eine Ölsperre auf dem Kronenburger See ausgelegt.



Auf einem Großtanklöschfahrzeug: Der Wasserwerfer gehört zur Standard-Ausstattung.

Transall mit Löschrüstsatz

Die Brandstelle ist umsäumt von Schaulustigen, als die „Löcher aus der Luft“ herannahen. Kurz vor dem Abwurfziel drehen die Piloten die Hubschrauber ab und leeren die „Smokeys“: Das Wasser (je nach Behältergröße 900 oder 5000l) trifft das Ziel – und nicht nur das: Manche Kamera-Objektive müssen getrocknet werden, Zuschauer versuchen meist vergeblich, dem Schauer zu entweichen.

Spannung, als aus der Ferne nicht das gewohnte Geräusch der Helikopter zu vernehmen ist, sondern ein Brummen immer dröhnender wird: Die Transall kommt! Dieses Flugzeug der Bundesluftwaffe, das mit einem Löschrüstsatz (Fassungsvermögen 12000l) ausgestattet werden kann, wurde auf dem Köln-Bonner Flughafen betankt. Nun peilt der große Vogel das Ziel an und nähert sich, immer lauter werdend, in atemberaubender Schnelligkeit der Abbrandstelle Schiewelfenn, über die das dort abgeworfene Wasser wie eine Gewitterschauer zieht. Im Rauch verschwindet die Transall und wird auf dem Eifel-Flugplatz Dahlemer Binz landen, wo sie später besichtigt werden kann.



Windbruchholz war zusammengetragen und angezündet worden.



Während des Übungsgeschehens: Fachgespräche „vor Ort“.

„Wir sind zufrieden“

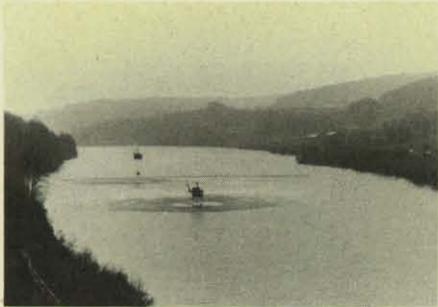
Mittlerweile zeigt die Uhr 12.18. Dr. Thamm vom RP Köln schaut den Löschmannschaften zu, die insgesamt 5000l Wasser pro Minute durch die Schläuche jagen lassen. Aus dem Kyllbach wird an dieser Stelle das Wasser entnommen; die Helfer stehen zum Teil bis zu den Knien im Bach, um den Saugkorb zu halten. Schon jetzt kann Dr. Thamm ein Lob den Einsatzkräften spenden: „Wir sind zufrieden. Mit der Zeitplanung hat alles bestens geklappt. Natürlich ist es schwieriger, Schläuche in diesem Gebiet zu verlegen, als die Hubschrauber fliegen zu lassen.“

70 Kräfte im Schiedsrichterdienst

Rund 2600 Helfer sind unermüdlich im Einsatz und geben ihr Bestes. Ihnen stehen 360 Fahrzeuge, Hubschrauber und die Transall zur Verfügung, um den Waldbrand zu bekämpfen. Zum Teil werden – und das ist eins der Übungsziele, nämlich die grenzübergreifende Zusammenarbeit – nordrhein-westfälische Kräfte unter das Kommando der Rheinland-Pfälzer (und umgekehrt) gestellt. Der Erfolg scheint sichtbar: „Kein Kompetenzgerangel“, freut sich Staatssekretär Dr. Munzert bei der Abschlußbesprechung. Auch bei den Einsatzleitungen habe es keine Probleme gegeben. Insgesamt 70 Führungskräfte versehen den Schiedsrichterdienst in den Führungsstellen und bei den Einsatzeinheiten.



„Smokeys“ heißen die Wasserbehälter, die von Hubschraubern an Trossen mitgeführt werden können.



Auf dem Kronenburger See wurde (im Hintergrund) eine Ölsperre ausgelegt. In Sekundenschnelle lassen die Hubschrauber die Wasserbehälter in den See eintauchen ...



... heben ab und ...



... fliegen zur Abbrandstelle.



Links: Dort entleeren sie die Behälter.

Unten: Mancher Übungsbeobachter wurde unfreiwillig naß dabei.



„Demokratie bedeutet auch Selbstverantwortung“

Nachdem die schon fast bei solchen Anlässen traditionelle Erbsensuppe von Helfern des DRK gereicht wurde, sprach Staatssekretär Dr. Munzert seinen Dank den 2600 Helfern während der Abschlußbesprechung aus. Freilich waren die Akteure selbst nicht anwesend bei der Besprechung, denn auf sie wartete auch lange nach Übungsende viel Arbeit: Gerätschaften mußten wieder eingepackt, die Heimreise angetreten und am Standort gebrauchtes Material gereinigt werden. Die Helfer der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerks, des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes, die Polizei, die die gesamte Verkehrsregelung übernahm, die Bundeswehr, der Bundesgrenzschutz und die US-Armee, sie alle hatten ihren Teil zu dieser Großübung beigetragen.

„Demokratie“, so fuhr Dr. Munzert fort, „bedeutet auch so etwas wie Selbstverantwortung. Die Helfer sind uns Beispiel: Sie stellen nicht nur Forderungen, sondern sie arbeiten für die Bürger und für die Gemeinschaft.“

„Wir sind lernfähig“

Es sei bei der Vollübung nicht alleine darum gegangen, „Wasser vor Ort zu bringen“, sondern auch andere Bereiche – wie z. B. das Fernmeldewesen oder der Betreuungsdienst – hätten sich unter Beweis stellen müssen. „Und da sind die Helfer zum Teil sehr ideenreich gewesen. Als es um den Aufbau des im Berg und Tal recht schwierigen Funkverkehrs ging, wurde auf einem 90m hohen Turm kurzerhand ein Relais gebaut“ – so der Staatssekretär. Einzelne Probleme, so räumte Dr. Munzert ein, könne er an dieser Stelle noch nicht benennen. Diese werden erst nach den Auswertungen der Schiedsrichterergebnisse vorliegen. „Aber schließlich geht es ja darum, Schwachstellen zu erkennen und daraus Nutzen zu ziehen. Wir wollten mit der Übung ja nicht beweisen, daß wir schon alles können. Wir sind lernwillig und lernfähig.“

Brandbekämpfung aus der Luft als eine Ergänzung

Auf die Frage, welche Methode sich denn nun bei der Waldbrandbekämpfung am effektivsten erwiesen habe, erklärte Staatssekretär Dr. Munzert, daß das bodengebundene System (Verlegung von Förderstrecken und Wassertransport per Fahrzeug) ergänzt werden könne durch den Wassertransport per Luftweg.

Der Staatssekretär stellte dazu eine kleine Rechnung auf: „Transportiert werden konnten bei dem bodengebundenen System 24000l Wasser pro Minute. Die Transall benötigt für die gleiche Wassermenge in zwei Flügen eine Stunde.“ Wenn sich bei einem Waldbrand das Gelände als ein gut erschlossenes Gebiet erweisen

würde, würde sich das Verlegen von Schläuchen anbieten. „Bei einer anderen Infrastruktur müssen andere Mittel gewählt werden“, so Dr. Munzert. In NRW sei das bodengebundene System zu bevorzugen, da 100000 Feuerwehrleute flächendeckend zur Verfügung stehen würden.



Die Transall öffnet über dem Abbrandgebiet ihren Löschrüst-satz.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesamt für Zivilschutz, einer Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern, ist die Stelle

eines Fachlehrers/einer Fachlehrerin

an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler zu besetzen.

Die Stelle ist nach Vergütungsgruppe IVa (vier a) BAT bewertet.

Im Rahmen der von der Katastrophenschutzschule des Bundes durchzuführenden Aus- und Fortbildungslehrgänge für Führungs- und Fachkräfte des Zivil- und Katastrophenschutzes hat der Bewerber die Aufgabe, in den Fachgebieten Fernmeldewesen, Brandschutz, Versorgung und Ausbildungslehre Lehrgänge vorzubereiten und zu leiten.

Weiterhin ist seine mitwirkende Tätigkeit bei der Erstellung von Dienst- und Ausbildungsvorschriften für den Bereich des Katastrophenschutzes und die Erprobung der Fachdienstausstattungen vorgesehen.

Gesucht werden Bewerber mit einer abgeschlossenen Fachhochschulausbildung der Fachrichtungen Elektrotechnik (Nachrichtentechnik), ersatzweise Feinwerktechnik oder mit der Befähigung für den gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst. Bewerber, die zusätzlich über besondere Kenntnisse auf dem Gebiet des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie in der Erwachsenenbildung verfügen, werden bevorzugt berücksichtigt.

Das Bundesamt für Zivilschutz würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlten. Ihnen werden die gleichen Chancen geboten wie Männern.

Schwerbehinderten Bewerbern wird bei gleicher Eignung der Vorzug gegeben.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sofort unter der Kennzahl A 18/85 erbeten an das

Bundesamt für Zivilschutz
Postfach 200850
5300 Bonn 2

„Mein erster Eindruck ist positiv“

Für Rheinland-Pfalz, so erläuterte Innenminister Böckmann während der Abschlussbesprechung, sei diese Übung bereits die zweite grenzüberschreitende Vollübung gewesen, denn mit dem Nachbarland Hessen habe man die Zusammenarbeit schon einmal erprobt. Es sei, so Böckmann, „eine beachtliche Leistung, wenn binnen so kurzer Zeit das Wasser vor Ort“ sei. Weiter: „Mein erster Eindruck war positiv.“

Die Auswertungen würden – so der Innenminister – in Rheinland-Pfalz auch im Hinblick darauf vorgenommen, ob die bisherigen Regelungen in den Waldbrandalarmplänen ausreichen.

Die detaillierten Ergebnisse dieser gemeinsamen Katastrophenschutz-Übung der beiden Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz werden durch die gründliche Auswertung noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die Anerkennung der nordrhein-westfälischen Landesregierung sprach Innenminister Dr. Herbert Schnoor allen an der Übung Beteiligten bereits aus. In einer Pressemitteilung stellte der Minister fest: „Die hochgesteckten Übungsziele wurden sämtlich erreicht. Wir haben ein eindrucksvolles Bild über das Leistungsvermögen der Einheiten und wichtige Erfahrungen, insbesondere für länderübergreifende Führungsstrukturen und Waldbrandbekämpfungsmaßnahmen aus der Luft gewinnen können.“



Beeindruckt von der Leistung der Helfer: der rheinland-pfälzische Innenminister Böckmann (Mitte). (Fotos: Boeken)

„Eine gelungene Lösung“

Rund 4,1 Millionen Mark Baukosten – Die Finanzierung trug der Bund –
Eine Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement der Helfer

Die vielen Gäste bei der Übergabe des neuen Katastrophenschutz-Zentrums Oberhausen an die Einheiten der Hilfsdienste am 27. April 1985 ließen sich durch den Dauerregen die Stimmung nicht verderben. Die große Fahrzeughalle bot ausreichend Schutz vor dem naßkalten Aprilwetter, und so konnten sich alle davon überzeugen, daß die rund 4,1 Millionen Mark Baukosten für dieses Projekt gut angelegt sind.

Schon vor zehn Jahren war der Plan gereift, neben der Feuerwache am Brücktor ein Katastrophenschutz-Zentrum zu erstellen. Wie so oft war dabei die Finanzierung des Bauvorhabens die größte Hürde. Erst als der Bundesminister der Finanzen die volle Bezuschussung des Neubaus zusagte, wurde vor vier Jahren mit den ersten Arbeiten begonnen. Die sich anschließende lange Bauzeit war bedingt durch die ratenweise Zuweisung der Bundesmittel (jährlich rund 1 Million Mark).

Verdiente Anerkennung

Was sich nun an diesem Tag den Gästen und der Bevölkerung präsentierte, kann sich sehen lassen. Dies brachte dann auch Oberhausens Oberbürgermeister van den Mond in seiner Begrüßungsansprache zum Ausdruck. Er wies nochmals auf die vielen Hindernisse bei der Planung des Projekts hin und meinte rückblickend, alles in allem sei dieses Zentrum ein Beweis für die vorhandene Kooperationsfähigkeit und -bereitschaft. Bei allseits gutem Willen gäbe es auch gute Ergebnisse wie hier.

Van den Mond dankte allen Beteiligten für die langjährige, intensive Unterstützung und Begleitung des Objekts und fuhr fort: „Der Oberhausener Katastrophenschutz hat hier nun endlich für die Ausbildung und den Einsatz optimale Voraussetzungen gefunden. Ich sehe dies auch als eine verdiente Anerkennung für das ehrenamtliche Engagement der vielen Helfer und Führungskräfte im Katastrophenschutz ...“



Oben: Oberhausens Oberbürgermeister van den Mond (links) übergibt das neue Katastrophenschutz-Zentrum an die Hilfsdienste. Hautnah dabei: die Demonstranten. Unten: Die Fahrzeughalle bietet den vielen Gästen Schutz vor dem naßkalten Aprilwetter.



Zu der offiziellen Übergabe des Katastrophenschutz-Zentrums waren auch zahlreiche Demonstranten gekommen, die gegen diese neue Einrichtung protestierten. An ihre Adresse gerichtet meinte der Oberbürgermeister: „Auch dieses Katastrophenschutz-Zentrum hat allein humanitäre Aufgaben zu erfüllen, dient allein der Vorbeugung, der Verhinderung, und wenn der Fall schon mal eingetreten ist, der Begrenzung von Katastrophen oder ähnlichen Ereignissen. Wer in solchen Einrichtungen immer noch Einrichtungen mit militärischer Ausrichtung sieht, möge sich hier umsehen. Möge insbesondere an den Übungen der Katastrophenschutz-Einheiten teilnehmen. Die Organisatoren, das darf ich sicherlich hier zusagen, sind jederzeit gerne bereit, Beobachter einzuladen . . .“



THW-Direktor Hermann Ahrens zeichnet langjährige Helfer aus (Heinz Protz, Arno Irnsperger, Josef Idziasczek).

Gute Ausbildung wichtig

Hermann Ahrens, Vizepräsident des Bundesamtes für Zivilschutz und THW-Direktor, wies in seiner kurzen Ansprache darauf hin, für den Bund sei es wichtig, „daß Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes leistungsfähig und gut ausgebildet sind, so daß sie ihre Aufgaben optimal erfüllen können.“ Diesem Zweck solle auch das neue Katastrophenschutz-Zentrum dienen . . .

Ahrens nahm die Gelegenheit wahr, anlässlich der kleinen Feier verdiente Helfer des THW zu ehren. Er zeichnete Arno Irnsperger, seit 25 Jahren Ortsbeauftragter des Ortsverbandes Oberhausen, mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold sowie die THW-Helfer Heinz Protz und Josef Idziasczek mit Ehrenzeichen in Silber aus.



Auf dem Hof des Katastrophenschutz-Zentrums zeigen die Hilfsorganisationen ihre Einsatzfahrzeuge. Die Halle im Hintergrund nimmt rund 60 Fahrzeuge auf.

Großzügige Schulungs- und Lagerräume

Neben einem ABC- und Fernmeldezug der Regieeinheiten der Stadt und einer Verwaltungsdienststelle des Oberhausener Amtes für Zivilschutz ist im neuen Katastrophenschutz-Zentrum der Ortsverband des Technischen Hilfswerks Oberhausen untergebracht. Die rund 230 THW-Helfer in vier Bergungszügen, einem Instandsetzungszug und einer Versorgungsgruppe finden hier jetzt sehr günstige Voraussetzungen für ihre Arbeit vor. In dem großen Hauptgebäude stehen Schulungs- und Werkräume im Erdgeschoß für die Ausbildung der Helfer zur Verfügung. In der obersten Etage sind die Umkleide- und Waschräume untergebracht, im Keller lagert das umfangreiche Gerät und die persönliche Ausstattung der Einsatzkräfte.



Das Unterkunfts- und Lagergebäude. Auch Schulungs- und Werkräume sind hier vorhanden.

Dem Hauptgebäude gegenüber steht eine große Kraftfahrzeughalle. Hier können rund 60 Fahrzeuge der verschiedenen Fachdienste untergestellt, gewartet und gepflegt werden.

Für die praktische Ausbildung der Helfer steht ein noch nicht ganz fertiggestelltes Übungsgelände zwischen dem Hauptgebäude und der Fahrzeughalle zur Verfügung. In eigener Regie richtete der THW-Ortsverband die Übungsstrecke für seine Zwecke her. Gebaut wurde inzwischen ein Holzturm zum Bergen aus Höhen, eine Stegebaugrube sowie Baugruben für den Instandsetzungsdienst zum Üben von Arbeiten an Versorgungsleitungen (Gas, Wasser, Elektro). Im Aufbau ist noch eine Freileitungsstrecke. Alle Einrichtungen des Übungsgeländes stehen auch den anderen Fachdiensten zur Verfügung.



In eigener Regie richtete das THW die Übungsstrecke her.

Gelungene Lösung

Rundum zufrieden sind Ortsbeauftragter Irnsperger und THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Drogies mit der neuen Unterkunft. „Ich sehe das Katastrophenschutz-Zentrum als vorbildlich an und halte es für die gelungenste Lösung überhaupt“, meinte Drogies. Der Landesbeauftragte wünscht sich noch mehr dieser funktionellen und zweckmäßigen Unterkünfte für seine 144 Ortsverbände in Nordrhein-Westfalen, die zu einem Teil noch in „nicht zumutbaren Gebäuden“ untergebracht sind.



Immer wieder eine Attraktion: die Sauerstofflanze.

Fahrzeug- und Geräteschau

Verbunden mit der Übergabe des Katastrophenschutz-Zentrums war auch ein „Tag der offenen Tür“. Viele Bürger nutzten die Gelegenheit und informierten sich über die Aufgaben und die Ausrüstung der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen.

So zeigte das Deutsche Rote Kreuz die sogenannte „Milchkuh“, eine Anlage zum Aufbereiten und Verpacken von Wasser und Milchpulver, sowie verschiedene Funkgeräte der Fernmeldebereitschaft. Der Malteser-Hilfssdienst war mit einem kleinen Stand vertreten und zeigte auf dem Hof des Zentrums einen Sanitätszug. Übersichtlich aufgebaut hatte die Feuerwehr verschiedene Atemschutzgeräte, Ausstattungsgegenstände des Rettungsdienstes, Schutzanzüge und natürlich die großen Löschfahrzeuge und Rüstzüge. Der ABC-Zug der Regieeinheit präsentierte sein Dekontaminations-Fahrzeug. In der neuen Fahrzeughalle konnte die Bevölkerung die Einsatzfahrzeuge des THW besichtigen.



Moderne Funkgeräte zeigt das DRK.

Größere Vorführungen auf dem Hof und Übungsgelände des Katastrophenschutz-Zentrums ließ das „katastrophale“ Wetter nicht zu. So drängte sich alles in der Halle und dem Unterkunftsgebäude, wo u.a. THW-Filme verschiedener Ausland-Einsätze gezeigt wurden.

Zu besichtigen war auch der Rettungshubschrauber „Christoph 9“ sowie mehrere Funkstationen des Deutschen Amateur-Radioclubs (DARC). Die Mitglieder schafften es, einen Funkkontakt zu dem im Sudan eingesetzten THW-Team herzustellen.

Gemeinsamkeit demonstrierten DRK, THW und Regieeinheiten: Mit vier Feldküchen kochten sie die obligatorische Erbsensuppe. „Viele Köche verderben den Brei“, heißt es. Hier traf es nicht zu. Fast niemand ließ es sich nehmen, das ausgefallene Mittagessen durch einen Schlag schmackhaften Eintopfs aus der „Gulaschkanone“ zu ersetzen. güse



Oben: Das Dekontaminations-Fahrzeug des ABC-Zugs der Regieeinheit.



Links: Sichtlich erfreut ist der Vater über das Interesse seines Sohnes an der Ausstattung der Feuerwehr.

Unten: Was kann da anderes dampfen als die obligatorische Erbsensuppe? Der gute Duft liegt über dem ganzen Gelände. (Fotos: Günter Sers)



Bundesinnenminister dankt THW-Helfern für Auslandseinsatz

In einem persönlichen Schreiben an den Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, hat Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann den Helfern und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die hervorragende Arbeit in Äthiopien und im

Sudan ausgesprochen. Die Instandsetzung von 190 Kraftfahrzeugen in Äthiopien und die Verbesserung der Trinkwasserversorgung für die Flüchtlinge im Sudan hätten das Können des THW erneut gezeigt. Wörtlich heißt es in dem Schreiben des

Ministers u.a.: „Mit Befriedigung können alle Helfer feststellen, daß sie mitgeholfen haben, die Not der hungernden Menschen zu mildern. Sie können stolz darauf sein, durch ihre Arbeit das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland gestärkt zu haben.“

Stichwort: „Gleichwellenfunktechnik“

Der Gleichwellenfunk bringt erhöhte Alarmierungssicherheit und Sprechfunkversorgung – Geringe Störanfälligkeit durch Überreichweiten

Die hohe Belegungsdichte der wenigen den nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zur Verfügung stehenden Sprechfunkkanäle nimmt ständig zu. Die Bereitstellung von Sprechfunkkanälen unter Kanal 400 konnte keine spürbare Entspannung bringen. Deshalb werden allerorts heute Überlegungen angestellt, ob mit den bestehenden Möglichkeiten die bisherige Sprechfunkqualität und Übertragungssicherheit verbessert und die durch das hohe Sprechfunkaufkommen auftretenden Störungen und Beeinträchtigungen mit der bisher praktizierten Technik reduziert werden können.

Das Land Hessen beabsichtigt, sein integriertes Sprechfunknetz für die nichtpolizeilichen BOS in den nächsten Jahren auf Gleichwellenfunktechnik umzustellen. Dies führt bereits in der Vorphase der Umsetzung verständlicherweise zu umfangreichen Spekulationen und Diskussionen. Die nachstehend wiedergegebene Veröffentlichung aus der Zeitschrift FLORIAN HESSEN soll als Beitrag zur Aufklärung dienen. Obwohl der Artikel speziell auf die Gegebenheiten im Land Hessen zugeschnitten ist, dürfte er auch von grundsätzlichem Interesse sein.

Zunächst: die Diskussion um den Gleichwellenfunk bezieht sich auf den 4-m-Wellenbereich.

Dieser ist bisher so erschlossen, daß feste Landfunkstellen in der Regel über eine Relaisfunkstelle mit beweglichen Funkstellen kommunizieren. Zur Sicherstellung der Funkversorgung mit Hilfe dieser Relaisfunkstellen werden topographisch günstige, d. h. oftmals hochgelegene Standorte gewählt und die Relaisfunkstellen mit entsprechend hoher Ausgangsleistung betrieben. Der hohe Standort birgt aber die Gefahr, daß entfernt liegende, auf gleichem

Kanal betriebene Funkverkehrskreise gestört bzw. Störungen aus anderen Funkverkehrskreisen empfangen werden. Bei ungünstigen Wetterlagen, die Überreichweiten hervorrufen, ist es nicht ungewöhnlich, daß über mehrere hundert Kilometer Entfernung „Störer“ empfangen werden, die mitunter den eigenen Sprechfunkverkehr lahmlegen. Hinzu kommt der Frequenzmangel im 4-m-Wellenbereich, der ein Ausweichen auf andere Betriebskanäle nahezu unmöglich macht.

Durch die zunehmende Anwendung der stillen Alarmierung werden Funkversorgungslücken aufgedeckt, die eine technische Verbesserung der Empfangsmöglichkeiten zwingend erforderlich machen. Hilfsrelaisfunkstellen und Alarmumsetzer allein können hier jedoch nicht für Abhilfe sorgen; es müssen grundsätzliche Änderungen überdacht werden.

Im Hinblick darauf, daß ein Großteil der fernmeldetechnischen Einrichtungen des integrierten Sprechfunknetzes für den Brand- und Katastrophenschutz sowie Rettungsdienst einschließlich Krankentransport bereits seit ca. 20 und mehr Jahren in Betrieb ist, bot sich eine Untersuchung der Vorteile der Gleichwellenfunktechnik und ihrer Anwendbarkeit im Bereich der nichtpolizeilichen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) an. Die grundsätzliche Eignung des Gleichwellenfunks wurde festgestellt; jetzt geht es darum, ihn Zug um Zug im Lande Hessen zu installieren.

Was ist Gleichwellenfunk?

Als Gleichwellenfunk wird der gleichzeitige Betrieb mehrerer fester Funkstellen (Gleichwellenfunkumsetzer) auf gleichem Kanal bezeichnet, deren Versorgungsgebiete sich beabsichtigt überlappen. Zur Vermeidung von stehenden Interferenzfeldern werden quasifrequenzgleiche Sender

sowie phasen- und hubgleiche Modulationen verwendet.

Von Gleichwellenfunk spricht man also, wenn für flächen- oder linienförmige Funknetze zur lückenlosen Funkversorgung und zur Vermeidung von Störungen durch Überreichweiten nicht – wie üblich – verschiedene Frequenzkanäle abwechselnd (z. B. Rautenplan), sondern eine einzige Frequenz für alle Sender des zu versorgenden Gebietes benutzt wird.

Wie funktioniert das?

Die gute Funktionsfähigkeit der Gleichwellenfunknetze beruht darauf, daß es heute gelingt, die Interfrequenzen im Überlappungsgebiet eines Gleichwellenfunknetzes so zu beherrschen, daß einwandfreier Funkempfang sichergestellt wird. Mit Überlappungsgebiet bezeichnet man den Flächenbereich, in dem zwei oder mehrere Sender mit annähernd gleicher Feldstärke empfangen werden.

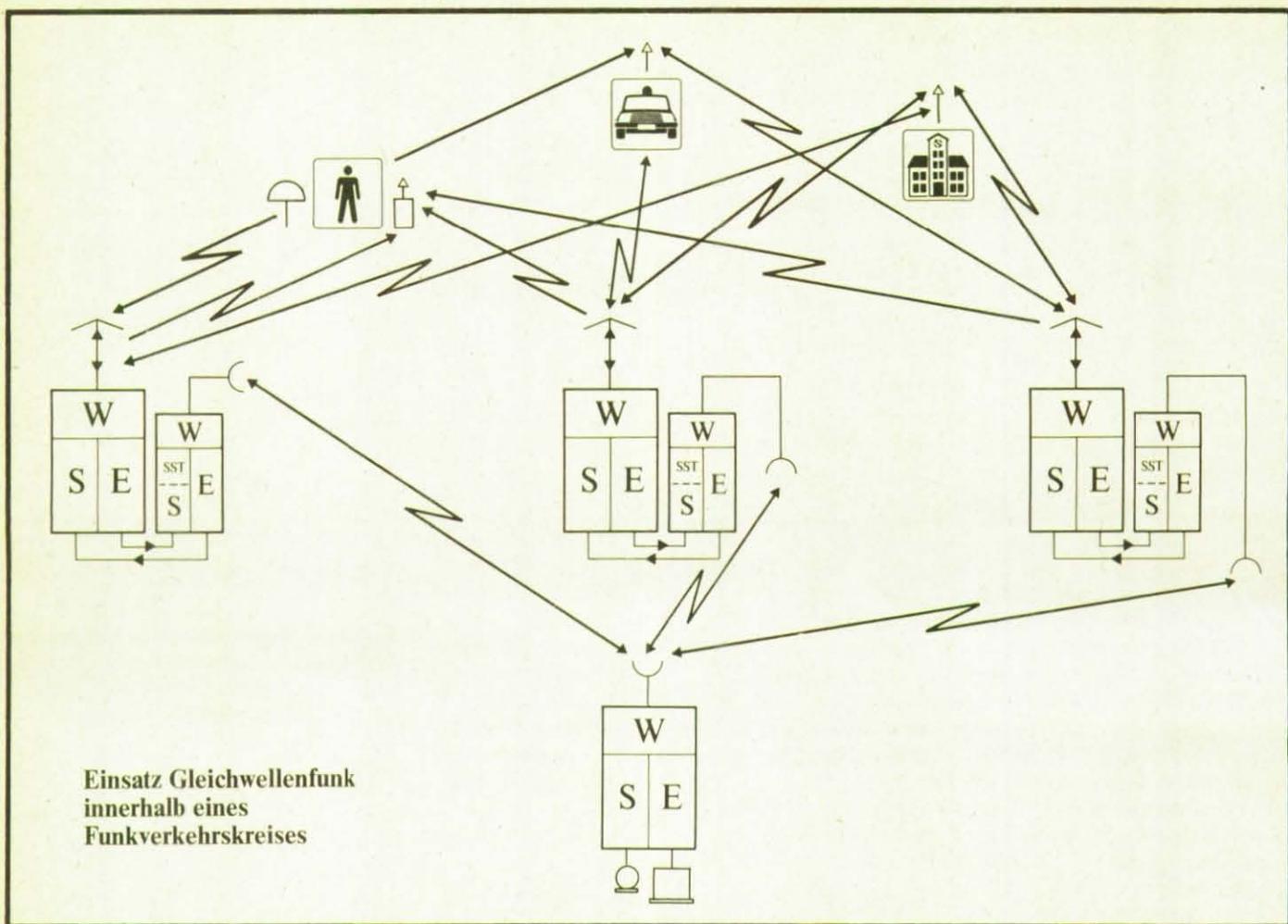
Für die Verwirklichung des Gleichwellenfunks sind drei wesentliche Kriterien zu erfüllen:

1. Man muß danach trachten, die Frequenzunterschiede so klein wie möglich zu halten (höchstens bis zu 50 Hz; Abgleichwerte liegen zwischen 1 . . . 10 Hz), aber auch nicht zu „0“ zu machen.

2. Für einen qualitativ guten Empfang im Überlappungsgebiet ist neben einem geringen Frequenzunterschied der Sender auch der Laufzeitausgleich der Modulationszubringer wichtig, damit die Bedingung der zeitlich gleichen Aussendung der Modulation erfüllt wird.

Für den Beobachter sind Summenlaufzeitdifferenzen bis zu 60° (~ 55 µs) bei der höchsten zu übertragenden Tonfrequenz noch vertretbar.

Der Laufzeitausgleich „verlängert“ die Zu-



bringerstrecken durch Verzögerungsglieder so, daß alle Übertragungswege dem elektrisch längsten Übertragungsweg entsprechen.

3. Für einen sauberen Empfang der Gleichwellensender ist die Einstellung des gleichen Frequenzhubes Bedingung. Hubdifferenzen von ca. 1 dB lassen sich im Übertragungsbereich leicht einhalten.

In der Praxis bedeutet dies: Wenn die Leitfunkstelle bzw. Zentrale Leitstelle ein Fahrzeug ruft, werden vom Zubringersender der Zentralstation alle Zubringerempfänger der Gleichwellenfunkumsetzer belegt. Das Empfangssignal wird nun in den Gleichwellenfunkumsetzern entsprechend dem längsten Funkweg verzögert, so daß damit alle 4-m-Sender der Gleichwellenfunkumsetzer das Modulationssignal gleichzeitig aussenden. Dadurch kann jedes Fahrzeug, das sich an einem beliebigen Ort innerhalb des gesamten Versorgungsbereiches befindet, erreicht werden.

Es ist zweckmäßig, die einzelnen Gleichwellenfunkumsetzer im Versorgungsbereich so zu verteilen, daß z. B. topographisch schwierige Gebiete und eng bebaute Städte gut versorgt werden. Zur sicheren Alarmierung über Meldeempfänger ist eine gleich gute Feldstärke über die gesamte Versorgungsfläche besonders

wichtig. Für die Meldeempfänger ist eine höhere mittlere Versorgungsfeldstärke erforderlich.

Wo liegen die betrieblichen Verbesserungen?

Im integrierten Sprechfunknetz liegen die entscheidenden betrieblichen Verbesserungen in der Erhöhung der Alarmierungssicherheit und der Sprechfunkversorgung (mehr als 95%). Es ist eine deutlich geringere Störanfälligkeit durch Überreichweiten zu erwarten, da die Gleichwellenfunkumsetzer mit geringeren Antennenhöhen betrieben werden können. Die Gesamtsystematik ist ausgelegt auf Frequenzökonomie, d. h. es können Sprechfunkkanäle eingespart und für besondere Aufgaben reserviert werden.

Es ist vorgesehen, den Gleichwellenfunk in den Betriebsarten RS-1 oder RS-3 zu betreiben.

Die technische Bedienung des Gleichwellenfunks erfolgt durch die für die Einsatzabwicklung zuständige Leitfunkstelle/Zentrale Leitstelle. Bei Ausfall der Zentralen Leitstelle bzw. nach Aufforderung durch diese oder im Rahmen der Funküberwachung kann durch die übergeordnete Leit-

funkstelle die Bedienung des Gleichwellenfunkverkehrskreises übernommen werden. Außerdem ist eine Vermittlung von Funkverkehrskreisen durch die Leitfunkstelle möglich (Standort der Funkvermittlungen). Im Regelbetrieb ist die Relaischaltung (RS-1) im künftigen Gleichwellenfunknetz nicht geschaltet und damit eine Funkverbindung zwischen beweglichen Sprechfunkstellen nicht untereinander möglich, sondern nur mit ortsfester Landfunkstelle im Funkverkehrskreis, d. h., bei Gesprächsbeginn muß die Leitfunkstelle/Zentrale Leitstelle angesprochen werden, die dann bei Bedarf RS-1 schaltet.

Bei Einsätzen mit mehreren beweglichen Funkstellen, die auch untereinander Funkverkehr abwickeln müssen, schaltet die Leitfunkstelle/Zentrale Leitstelle RS-1 für die Dauer des Einsatzes.

Bedingt durch die fehlende RS-1-Schaltung im Regelbetrieb können nicht beteiligte Funkstellen den Sprechfunkverkehr von anderen Teilnehmern nicht mehr mithören und diese auch nicht mehr direkt ansprechen, sondern können nur noch die Leitfunkstelle bzw. Zentrale Leitstelle hören. Erst nach Schaltung von RS-1 (von Fahrzeug zu Fahrzeug) durch die Leitfunkstelle bzw. Zentrale Leitstelle ist ein Mithören von beiden Stellen möglich.

Hierdurch wird die Funkdisziplin verbessert und das Fernmeldegeheimnis sicherer gewahrt.

Im Versorgungsgebiet wird die Feldstärke mindestens $5 \mu\text{V}/\text{m}$ (14 dB über $1 \mu\text{V}/\text{m}$) betragen und ein Ansprechen über Meldeempfänger in Alarmierungsfällen durch eine mindestens 95 %ige Abdeckung garantieren.

Bei Ausfall eines Gleichwellenfunkumsetzers wird die Funkalarmierung über Sirenen durch benachbarte Umsetzer gesichert.

Jeder Ausfall eines Gleichwellenfunkumsetzers wird über eine Prüfeinrichtung automatisch in der Leitfunkstelle/Zentralen Leitstelle angezeigt.

Der Einsatz von Hilfsrelaisfunkstellen und Alarmumsetzern ist nicht mehr erforderlich.

Eine Nachalarmierung im Oberband darf nach Inbetriebnahme des Gleichwellenfunks zur Verhütung von Störungen nicht mehr erfolgen.

Die Alarmierung über Alarmgeber außerhalb der Leitfunkstellen/Zentralen Leitstellen ist nicht mehr gestattet.

Die ortsfesten Landfunkstellen senden im Gleichwellenfunk mit reduzierter Sendeleistung.

Welche gerätetechnischen Veränderungen sind damit verbunden?

An den ortsfesten Landfunkstellen und beweglichen Funkstellen ändert sich nichts. Änderungen ergeben sich innerhalb der Leitfunkstellen/Zentralen Leitstellen und durch die Installation der Gleichwellen-

funkumsetzer. Soweit eine Umstellung von Meldeempfängern – bedingt durch Kanalwechsel – erforderlich wird, soll dies im Rahmen der Einführung des Gleichwellenfunks durch das Land geregelt werden.

Anstelle von bisher 1–2 Relaisfunkstellen pro Funkverkehrskreis werden – je nach Topographie und flächenmäßiger Größe des Funkverkehrskreises – bis zu fünf Gleichwellenumsetzer erforderlich sein.

Was ändert sich?

Die langfristigen Planungen sehen vor, für jeden Landkreis bzw. für jede kreisfreie Stadt ein Gleichmaß an sprechfunktechnischen Möglichkeiten vorzusehen:

1. Es sollen an 4-m-BOS-Funkverkehrskreisen über Kanal 400 zur Alarmierung der Einsatzeinheiten und zur Kommunikation eingerichtet werden:

– bei Leitfunkstellen zwei Funkverkehrskreise

– bei Zentralen Leitstellen ein Funkverkehrskreis.

Für diese flächendeckende Funkversorgung soll durch das Land Gleichwellenfunktechnik installiert werden.

2. Es soll ein 4-m-BOS-Funkverkehrskreis unter Kanal 400 für Einsätze im erweiterten KatS sowie für eine Führungsebene im integrierten Sprechfunknetz eingerichtet werden.

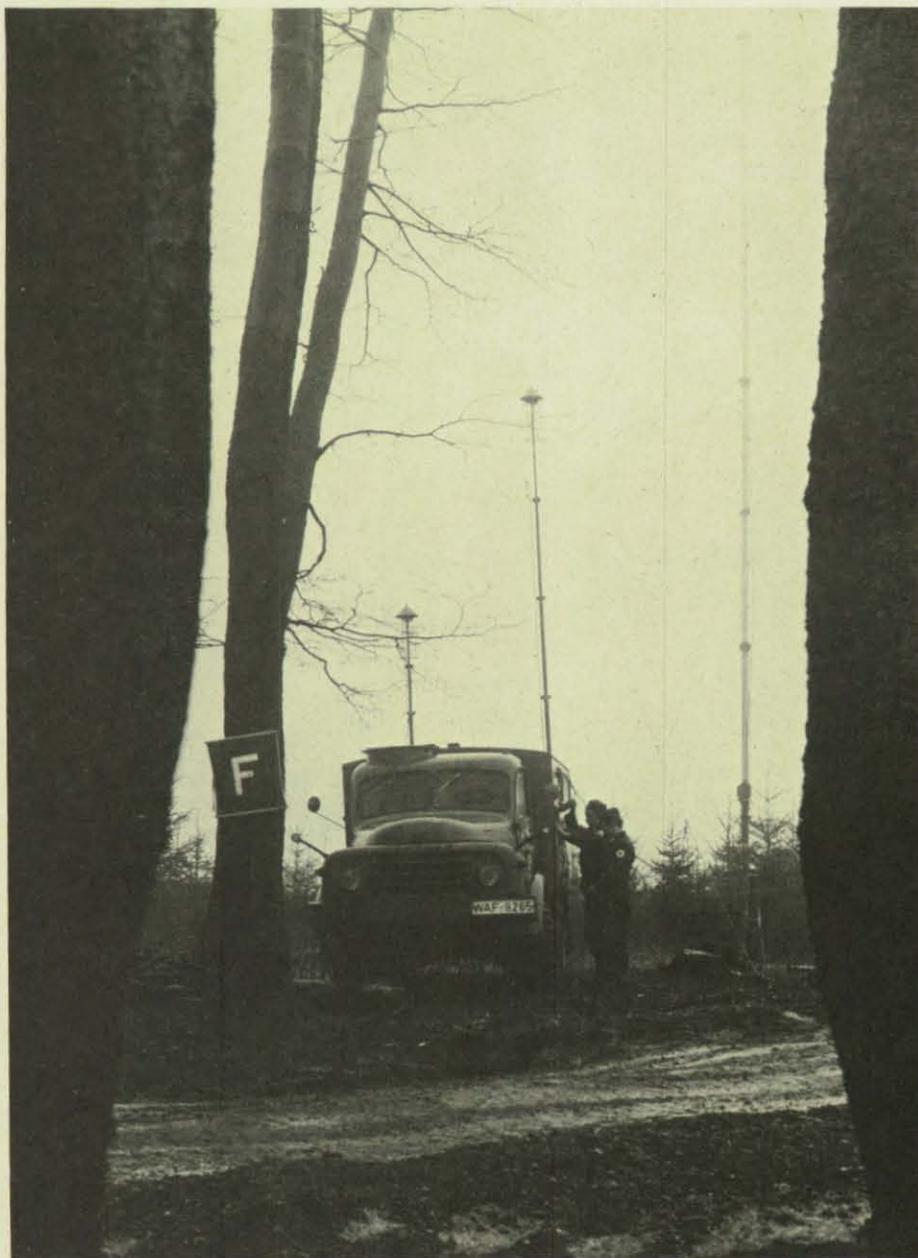
3. Es soll ein 4-m-BOS-Funkverkehrskreis über Kanal 400 als Reserve-Funkkanal zur Sprechfunkabwicklung bei Ausfall des Funkverkehrskreises nach Nr. 1 sowie für Übungszwecke und zum Einsatz in Ausnahmesituationen eingerichtet werden. (Die Nutzung ist jeweils über die zuständige Leitfunkstelle zu beantragen.)

Bereits vorhanden:

– mehrere 4-m-BOS-Funkverkehrskreise über Kanal 400 in der Verkehrsart „WO“ zur Abwicklung des Sprechfunkverkehrs zwischen den beweglichen Einheiten in begrenzten Einsatzgebieten oder mit der zuständigen ortsfesten Landfunkstelle (z. B. Stützpunkt), und wenn eine Sprechfunkabwicklung über einen 2-m-BOS-Funkkanal nicht möglich ist;

– mindestens ein 2-m-BOS-Funkkanal zur Abwicklung des einsatzstellenbezogenen Sprechfunkverkehrs zwischen den Einheiten am Einsatzort in der Verkehrsart „WU“. Hierbei müssen die Funkverkehrskreise räumlich so klein wie möglich gehalten werden, um den parallelen, gleichkanaligen Einsatz der Funkkanäle zu ermöglichen.

Hermann Rose
Manfred Weidemann



Für Einsätze im Katastrophenschutz soll ein separater Funkverkehrskreis eingerichtet werden.
(Foto: Günter Sers)

(Zum Teil wurden Passagen aus einem Referat zum Thema „Gleichwellenfunksystem“ von der AEG-Telefunken [Nov. 1980] übernommen.)

Brandkatastrophe im Fußballstadion und Deckeneinsturz im Hallenbad: 65 Tote

Bislang 53 Tote forderte die bisher schwerste Brandkatastrophe im englischen Fußball-Stadion in Bradford. Ausgelöst wurde die Katastrophe durch Rauchbomben, die von randalierenden Fußballfans entzündet worden waren. In Sekundenschnelle breiteten sich die Flammen auf der mit 3000 Menschen besetzten Haupttribüne aus, brennender Teer tropfte flüchtenden Zuschauern auf Haare und Kleidung. Neben den 53 Menschen, die entweder verbrannten oder vor den Ausgängen von den Menschenmassen zu Tode getrampelt wurden, wurden 211 Personen verletzt. Chirurgen in den benachbarten Krankenhäusern waren pausenlos im Einsatz, das Leben der Schwerverletzten zu retten.

(Fotos: dpa)



Beim Einsturz einer Betondecke in einem Hallenbad in Uster bei Zürich wurden zwölf Menschen getötet und drei verletzt. Rund 40 Personen hielten sich in dem Schwimmbad auf, als die Decke, deren Metallträger vermutlich durchgerostet waren, in die Tiefe stürzte. Mit einem Großaufgebot von Rettungseinheiten des Zivilschutzes, der Polizei und der Feuerwehr, mit Tauchern, Spürhunden und schweren Baumaschinen gelang es, noch Verschüttete aus den Trümmern zu bergen. Für zwölf Menschen kam jedoch jede Hilfe zu spät. Die Toten sind zwischen zwölf und 38 Jahre alt, ein deutscher Lehrling befand sich darunter.



BVS-Präsident Gerhard Widder:

„Wir in den Städten sind verpflichtet, Zivilschutz zu betreiben“

Im Anschluß an ein Briefing über die Organisation und die Arbeit der Landesstelle Baden-Württemberg des BVS beantwortete der Präsident des Verbandes, Gerhard Widder, OB der Stadt Mannheim, Fragen, die sich aus dem Verlauf des Briefings ergeben hatten.

BVS: Herr Präsident, Sie sind als Oberbürgermeister von Mannheim Chef der für den Zivilschutz zuständigen Verwaltung und seit dem 12. 11. 1984 zugleich Präsident des BVS. Sie haben einmal geäußert, Sie seien der Auffassung, selbst wenn es im unwahrscheinlichen Kriegsfall keinen ausreichenden Schutz gebe, sondern nur einen begrenzten, müsse man den Bürgern wenigstens diesen begrenzten Schutz bieten. Was stellen Sie sich darunter vor?

Präsident Widder: Als Oberbürgermeister bin ich für den begrenzten Schutz für die Bürger der Stadt und für diese verantwortlich. Soweit dies in den Möglichkeiten einer Kommune liegt, ist sie verpflichtet, den Bürgern durch Schutzraum die Möglichkeit zu geben, im Verteidigungsfall ihr Leben schützen zu können. Darüber hinaus ist es ein Auftrag, den wir als Stadt unter Zuhilfenahme des BVS umzusetzen versuchen, soviel Menschen wie möglich darauf vorzubereiten, was sie zu tun haben – auch in ihrem privaten Bereich –, um sich in einem Ernstfall zu schützen. – Wer wie ich der festen Überzeugung ist, daß die Politik den Krieg, insbesondere den atomaren Krieg, schlechthin zu verhindern suchen muß, muß sich dennoch darauf einstellen, daß es irgendwann zu Auseinandersetzungen kommen kann, selbst wenn man hofft, daß es dazu nie kommen möge. Wir würden unserer Verantwortung als Politiker nicht gerecht werden, wenn wir nicht alle Möglichkeiten ausschöpfen, dem Bürger im Falle einer solchen Auseinandersetzung auch entsprechenden Schutz zu gewähren. Das muß man einmal ganz deutlich sagen!

BVS: In Mannheim gibt es zur Zeit für etwa 10% der Einwohner Schutzplätze. Ist

daran gedacht, die Schutzraum-Kapazität zu vergrößern?

Präsident Widder: Wir haben zur Zeit Schutzräume reaktiviert. 10% der Bevölkerung können im Ernstfall in einen Schutzraum. Wenn auch noch die Bunker zur Verfügung stehen, die in einem kontinuierlichen Programm instand gesetzt werden, wird es in Mannheim für 20% der Bürger Schutzplätze geben, so wie dies jetzt schon in Bremen der Fall ist.

BVS: Die Aufgaben des BVS sind auf den Verteidigungsfall ausgerichtet. Halten Sie dieses Konzept für ausreichend oder sind Sie der Meinung, es sollte neu definiert werden?

Präsident Widder: In der jetzigen Zuständigkeit, angesiedelt beim Bundesministerium des Innern (BMI), woran sich nichts ändern wird, ist es die originäre Aufgabe des BVS, den Bürger so auszubilden, daß er weiß, was er zu tun hat, um sich im Verteidigungsfall selbst zu schützen. Sonst gäbe es dafür keine Bundeszuständigkeit. Daran darf kein Zweifel entstehen. Insofern wird die Aufgabenstellung auch nicht geändert werden können. Die zweite Frage ist es, ob bei dieser Aufgabenbeschreibung des BVS für den Bürger, ich sage es einmal salopp, nicht noch mehr herauskommen kann; wobei ich unter „noch mehr“ verstehe, daß ihm auch Gelegenheit gegeben wird, sich das notwendige Wissen für den Fall kleinerer oder größerer Katastrophen im Alltag zu erwerben, so daß er lernt, wie er sich selbst zu schützen vermag. Das wäre vielleicht eine Aufgabe, die der BSV mit übernehmen könnte. Aber ihm wird der Auftrag, sich insbesondere auf den Verteidigungsfall zu konzentrieren, nie genommen werden können. Denn wenn dies entfiel, wäre die Zuständigkeit des Bundes auch nicht mehr gegeben.

BVS: Nach wie vor wird immer wieder gegen die Arbeit des BVS das Argument angeführt, im Ernstfall gebe es keinen Schutz gegen atomare Waffen. Betrachten Sie dieses Argument als stichhaltig, um den Sinn der Arbeit des BVS in Frage zu stellen?

Präsident Widder: Ich kann nicht beurteilen, ob es im Ernstfall gegen atomare Waffen einen Schutz gibt. Nach all dem, was man heute weiß, neige ich eher dazu, es zu bezweifeln. Aber wie ich schon gesagt habe: Ich gehe davon aus, daß es gelingen muß, eine atomare Auseinandersetzung zu vermeiden. Das ist die Aufgabe der Politik. Lassen Sie mich hypothetisch einmal annehmen, dies würde gelingen, aber es käme eines Tages – hoffentlich bleiben wir davon verschont – zu einem konventionellen Krieg und es würden Tausende von Menschen in einem kurzen konventionell geführten Konflikt deshalb ums Leben kommen, weil zum Schutz der Bevölkerung in unseren Städten nichts getan worden wäre, – wer will dafür dann die Verantwortung übernehmen? Weil dies so ist, meine ich, daß wir in den Städten verpflichtet sind, Zivilschutz zu betreiben.

BVS: Die finanziellen Mittel des BVS sind ziemlich beschränkt. Die Zahl der ehrenamtlichen Helfer ist in der letzten Zeit erheblich gesunken. Wie stellen Sie sich die Intensivierung der Arbeit im Sinne des Auftrags vor, den der BVS hat?

Präsident Widder: Es ist richtig, daß die Zahl der ehrenamtlichen Helfer in den letzten Jahren rückläufig war. Ich will zuerst einmal mit Respekt anerkennen, daß es noch immer viele ehrenamtliche Helfer gibt, und diesen gehört unser Dank. Ob es möglich sein wird, ihre Zahl wesentlich zu steigern, wird sehr davon abhängen, wie die endgültige, zur Zeit wohl im Wandel begriffene Definition der Aufgabe des BVS lauten wird. Und es wird davon abhängen, wie sehr diese neue Aufgabenbeschreibung dann von der Bevölkerung akzeptiert wird. Ich meine, daß wir uns über die Informationen über den Verteidigungsfall hinaus vielleicht doch etwas mehr als bisher auf die mögliche Gefährdung des Bürgers im Alltag einstellen und ihm eine unmittelbar umsetzbare Information in diesem Bereich geben sollten. Ich kann mir denken, daß davon auch eine stärkere Motivation für ehrenamtliche Mitarbeiter ausgehen könnte.

Zwischen Nord- und Ostsee

Itzehoe. Wahlen und Ehrungen standen im Mittelpunkt einer Arbeitsgemeinschaft mit ehren- und hauptamtlichen BVS-Mitarbeitern am 23. März 1985 in Itzehoe. Erster Tagesordnungspunkt war die Wahl des Helfervertreeters und seiner Stellvertreter. Im ersten Wahlgang wurde der zur Zeit amtierende Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke einstimmig zum Helfervertreter der Dienststelle Itzehoe wiedergewählt. Ulrich Piachnow und Hermann Soltau wurden zu Stellvertretern gewählt.

Dienststellenleiter Ingram Bonny und Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender ehrten anschließend langjährige ehrenamtliche Mitarbeiter. Eine Ehrenurkunde erhielten die Bauberater Hans-Hermann Bockwohldt, Karl-Walter Grahl, Harald Lemcke, Volkert Scheel und Ausbildungshelfer Hermann Reimers. Alle sind seit zehn Jahren für den BVS aktiv. Seit 20 Jahren dabei ist BVS-Fachlehrer Erwin Reimers. Einen Blumenstrauß für 20jährige haupt- und ehrenamtliche Tätigkeit im BVS überreichte Bonny an Fachlehrer Ulrich Weber. Fachbearbeiter Bau und Technik Hermann Soltau und Fachlehrer Uwe Upleger zeichnete Dr. Sahlender mit der Ehrennadel des Verbandes aus.

In seiner Laudatio schilderte Bonny eindrucksvoll den Werdegang der Geehrten. Durch ihr Können, Pflichtbewußtsein und ihren Einsatzwillen hätten sie mit dazu beigetragen, das Ansehen der Dienststelle und des Verbandes in der Öffentlichkeit zu prägen.

Quer durch Niedersachsen

Hamel. Die Ausstellung „Schutz und Wehr“ wurde in der Eingangshalle des Rathauses Hameln gezeigt. Die Dokumente fanden beim Publikum große Beachtung. Insbesondere die Themenbereiche „Der Blanke Hans“, „Der Rote Hahn“ und „Die Wasserkunst“ wurden als sehr ansprechend bezeichnet.

Lüneburg. Auf unerwartet große Resonanz stieß das Angebot der Stadt Lüneburg, zwei Selbstschutz-Grundlehrgänge zu veranstalten. Aus den Stadtteilen Ebensberg und Meerfeld meldeten sich rund 60 Bürger. Die Verwaltung beschloß daraufhin, einen weiteren Lehrgang einzurichten.

Dieses erfreuliche Ergebnis ist auf eine Briefaktion zurückzuführen, in der 3000 Bürger auf das Lehrgangsangebot des BVS aufmerksam gemacht worden waren. Die Stadt will, ermutigt durch diesen Erfolg, weitere Lehrgänge in anderen Stadtteilen anbieten.

Lüchow. Das Ausbildungs- und Informationsangebot der BVS-Dienststelle Lüneburg ist im Landkreis Lüchow-Dannenberg im vergangenen Jahr gut angenommen worden. Mehrere hundert Interessierte haben an Selbstschutz-Grundlehrgängen und Informationsveranstaltungen teilgenommen.

Eine ebenso gute Entwicklung erhofft sich der BVS-Beauftragte für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, Hans-Dieter Müller, auch für das laufende Jahr. In einer Broschüre, die der BVS für die Bürger bereithält, ist das breitgefächerte Vortrags- und Lehrgangsangebot des Verbandes zusammengefaßt.

Nienburg. Anlässlich einer Arbeitsgemeinschaft zeichnete BVS-Dienststellenleiter Klaus Bretz Heinrich Rust für 20jährige Mitarbeit im Verband aus. Für zehnjährige Mitarbeit wurden Rita Nienland, Jan Rech, Hans Saalborn und Christian Schröder geehrt.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Essen. Erfolgreich verlief das Seminar der Jungen Union Essen mit dem Thema: „Zivilschutz – Glaube und Wirklichkeit“, an dem auch Landtagsabgeordneter Dr. Wilfried Heimes teilnahm. Es referierten Dietrich Gottwald vom Bundesministerium des Innern und Gerd Pätzold vom BVS.

Pätzold gab einen Überblick über den Zivilschutz und die zivile Verteidigung. Anschließend erläuterte Gottwald die wesentlichen Inhalte des Entwurfs für ein künftiges Zivilschutzgesetz. Der Entwurf setzt sich zum Ziel, das gesamte Zivilschutzrecht weitgehend in einem Gesetz zusammenzufassen.

Als Schwerpunkte wurden erörtert:

1. Schutzbaupflicht bei Neubauten.
2. Aufnahme einer Ermächtigung zur Heranziehung von Helfern in Krisenzeiten.
3. Umwandlung des BVS in eine nicht rechtsfähige Bundesanstalt.

4. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk.

Ein zentraler Punkt der anschließenden Diskussion war die Schutzraumbaupflicht. Die Mehrheit der Seminarteilnehmer begrüßte eine solche Maßnahme, da in der Bundesrepublik nur für 3,6% der Bevölkerung Schutzräume vorhanden sind.

Halle. Anlässlich einer Wochenendveranstaltung im Vereinshaus des Kyffhäuserbundes (Kreisverband Halle) präsentierte die BVS-Dienststelle Münster die Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“.

In seiner Eröffnungsansprache betonte der Vorsitzende der Kyffhäuserkameradschaft, Werner Bettmann, der Zivilschutz müsse in Zukunft mehr Beachtung in der Öffentlichkeit finden.

Rund 250 Besucher sahen die zweitägige Ausstellung.

In mehreren Informationsveranstaltungen referierte BVS-Beauftragter Hans Faber an diesem Wochenende über die Aufgaben der Gemeinden beim Aufbau des Selbstschutzes.

Oberhausen. Nach einer bereits 1984 erfolgreichen Veranstaltungsserie konnte BVS-Beauftragter Werner Offergeld auch für 1985 Informationsveranstaltungen bei insgesamt acht Stadtbibliotheken in Duisburg vereinbaren. An zwei aufeinander folgenden Wochenenden informierten BVS-Mitarbeiter die Besucher der Bücherei über Fragen des Selbstschutzes und das Ausbildungsangebot des Verbandes.

Leverkusen. Die BVS-Dienststelle Leverkusen zeigte die Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ im Kaufhof Solingen. Schwerpunkt der Veranstaltung war die Lebensmittelbevorratung. Zur Unterstützung der Aussagen wurde ein Computer aufgestellt, der den persönlichen Vorrat für 14 Tage berechnete. Diese Attraktion lockte viele Interessenten an den Stand. Nicht nur Frauen, sondern auch zahlreiche „Hausmänner“ ließen sich über einen sinnvollen Lebensmittelvorrat beraten. Der eine Woche später angebotene Selbstschutz-Grundlehrgang war gut besucht, was nicht zuletzt auf die Ausstellung zurückzuführen war.

Anschließend wurde die Bilderschau in der Gewerblichen Berufsschule in Remscheid gezeigt. Gleichzeitig führte die Dienststelle 16 Informationsveranstaltungen durch, an denen rund 400 Schüler mit ihren Lehrern teilnahmen. Auch hier war das Interesse an der sich anschließenden Computerberatung groß.

Die Informationsvorträge gaben den Schülern Gelegenheit, sich intensiv über den Selbstschutz zu informieren. Rege Diskussionen schlossen sich an.

Paderborn. Mit Informationsständen eröffnete die BVS-Dienststelle Paderborn die diesjährigen Straßenaktionen. Anlaß war die bundesweite Sirenenüberprüfung.

Trotz winterlicher Temperaturen fanden die Stände in den Fußgängerzonen der Kreisstädte Paderborn, Detmold und Höxter regen Zuspruch.

Recklinghausen. Gerhard Merten, seit 1973 Leiter des Fachgebiets „Öffentlichkeitsarbeit“ der BVS-Landesstelle Nordrhein-Westfalen, wurde Ende Februar 1985 in den Ruhestand verabschiedet.

Mit unermüdlichem Tatendrang, neuen Ideen und Gespür für das Wesentliche bei der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes leitete er die Geschicke des Fachgebiets.



Aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) nimmt Gerhard Merten die Dankurkunde entgegen. (Foto: Goll)

Seine Tätigkeit beim BLSV begann 1959 in Wuppertal mit einem Aushilfs-Dienstvertrag. 1960 wurde Merten als Hilfslehrkraft und Geräteverwalter eingestellt. 1965 übernahm er die Aufgaben eines Hilfssachbearbeiters für die Öffentlichkeitsarbeit, wurde 1969 mit der Leitung der BVS-Dienststelle Solingen beauftragt, um dann 1973 zur BVS-Landesstelle überzuwechseln.

In einer kleinen Feierstunde, an der BVS-Dienststellenleiter aus Nordrhein-Westfalen und Mitarbeiter der Landesstelle teilnahmen, wurde Merten von

Landesstellenleiter Eykmann die Dankurkunde und ein Geschenk überreicht.

Wünsche für Gesundheit und Zufriedenheit für den weiteren Lebensabschnitt begleiten ihn.

Essen. Unter dem Motto „Sind wir noch zu retten?“ veranstalteten die Friedensinitiativen des Essener Nordens ein Hearing im „Zentrum Zeche Carl“. Neben Mitgliedern der Friedensgruppen waren Vertreter der Parteien, Kirchen, Ärzte und des BVS eingeladen. Nach einer kurzen Einleitung kam es zur Diskussion über Fragen des Zivilschutzes, an der sich viele Bürger beteiligten.

In seinem Beitrag wies BVS-Mitarbeiter Thomas Spilker auf die Möglichkeiten der Selbsthilfe hin und betonte, der Zivilschutz sei eine humanitäre Aufgabe und diene dazu, die Bürger vor den Gefahren im Katastrophen- oder Verteidigungsfall zu schützen.

Hessenspiegel

Wiesbaden. In Anwesenheit von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, Vertretern der Katastrophenschutz-Organisationen sowie der Behördenselbstschutzleiter der Ministerien und interessierten Bürgern eröffnete Oberbürgermeister Dr. Hans-Joachim Jentsch die BVS-Ausstellung „Zivilschutz – mit dem Bürger für den Bürger“ im Rathaus.



Ausstellungseröffnung in Wiesbaden (von links): BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube, Bürgermeister Dr. Wilhelm Wallmann, Branddirektor Willi Döbbemann, BVS-Fachgebietsleiter Günther Wufka, Stadtverordnetenvorsteher Kurt Lonquich, BVS-Fachgebietsleiter Helmut Kärchner und Oberbürgermeister Dr. Hans-Joachim Jentsch.

In seiner Ansprache setzte sich der Oberbürgermeister mit einigen grundsätzlichen, aktuellen Fragen zum Thema Zivil- und Selbstschutz auseinander.

Dr. Jentsch betonte die Vorsorgefunktion des Zivil- und Selbstschutzes, die sich auch in der Thematik der Ausstellung niederschlägt. Der Oberbürgermeister führte weiter aus: „Es ist falsch, zu behaupten, daß diejenigen, die sich für die Realisierung von Schutz- und Vorsorgemaßnahmen einsetzen, einen Krieg bereits einkalkuliert haben oder billigend in Kauf nehmen. Jeder ist auf-

gerufen, sich täglich für eine Befriedung der Welt einzusetzen. Solange aber Waffenarsenale vorhanden sind und auch im Hinblick auf die Unzulänglichkeit des Menschen, ist es erforderlich, sich auf Ausnahmesituationen einzustellen.“

Bad Orb. „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ lautete der Titel einer Ausstellung, die die BVS-Dienststelle Friedberg im „Haus des Gastes“ in Bad Orb durchführte.

Über 1000 Besucher, unter ihnen viele Kurgäste, erhielten zusätzlich Informationsbroschüren und wurden im persönlichen Gespräch über Maßnahmen der Selbst- und Nächstenhilfe durch BVS-Mitarbeiter beraten.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Mainz. Wie schon in den vergangenen Jahren beteiligte sich die BVS-Dienststelle Mainz auch an der diesjährigen „Rheinland-Pfalz-Ausstellung '85“.



Landtagspräsident Albrecht Martin (rechts) im Gespräch mit BVS-Fachgebietsleiter Ferdinand Euler.

Die Messe, an der sich etwa 500 Aussteller beteiligten, ist weit über das gesamte Rhein-Main-Gebiet bekannt. Neben den Besuchern aus Rheinland-Pfalz kamen auch viele aus den angrenzenden Ländern Hessen und Baden-Württemberg zu der neun Tage dauernden Ausstellung.

Am Eröffnungstag besuchten prominente Politiker den Stand des BVS. Landtagspräsident Albrecht Martin informierte sich eingehend über die Arbeit des BVS im Bereich des Landes Rheinland-Pfalz und war von der Vielfalt der Aufgaben des Verbandes überrascht. Wirtschaftsminister Holkenbrink sowie Bundestagsabgeordneter Gerster und Landespolitiker aus Rheinland-Pfalz schlossen sich dem Rundgang des Landtagspräsidenten an.

In der Veranstaltungswoche besuchten viele Schulklassen der Haupt- und Realschulen mit ihren Lehrern die Ausstellung.

Zahlreiche Besucher, die an Wochenta-

gen als Gruppe besonders aus dem ländlichen Raum anreisen, ließen sich über selbstschutzmäßiges Verhalten sowie die Möglichkeit des nachträglichen Einbaus eines Schutzraums informieren.

Engelstadt. Auf Wunsch der Feuerwehr beteiligte sich die BVS-Dienststelle Mainz am Feuerwehrtag in Engelstadt. Die BVS-Mitarbeiter zeigten Filme und demonstrierten das Ablöschen von brennender Kleidung sowie die Bekämpfung eines Ölbrandes.

Viele Bürger beteiligten sich rege an den praktischen Selbstschutzübungen.

Saarland-Rundschau

Saarbrücken. In einer kleinen Feierstunde ehrte Landesstellenleiter Christian Koch BVS-Beauftragten Ludwig Kliebenstein und BVS-Fachlehrer Dieter Bold für 25jährige Mitarbeit im Verband. Koch hob das Engagement der Geehrten hervor und betonte, beide Mitarbeiter hätten in den letzten 25 Jahren entscheidend dazu beigetragen, den Selbstschutz im Saarland aufzubauen. Der Landesstellenleiter dankte ihnen für die gute Zusammenarbeit und überreichte die Ehrenurkunden.



BVS-Landesstellenleiter Koch (links) ehrt langjährige Mitarbeiter. Von rechts: BVS-Helfervertreter Wolter, BVS-Fachlehrer Dieter Bold, BVS-Beauftragter Kliebenstein. (Foto: Barbian)

Südwest aktuell

Offenburg. Für 30jährige ehrenamtliche Mitarbeit im BVS wurde Hermann Hennig geehrt. In einer kleinen Feierstunde überreichte Fachgebietsleiter Friedrich Zürcher den Ehrenteller des BVS und eine Ehrenurkunde.

Zürcher würdigte den Pioniergeist und die Tatkraft des Jubilars in den zurückliegenden Jahren.

Als Dank und Anerkennung überreichte Dienststellenleiter Fränkle ein Geschenk mit den Glückwünschen aller Mitarbeiter der Dienststelle Offenburg.

Durmersheim. Unter der Schirmherrschaft von Bürgermeister Schumacher

führte die BVS-Dienststelle Offenburg in Durmersheim den ersten Sicherheitswettbewerb durch. BVS, DRK, THW, Feuerwehr, Polizei und die Fernmeldezentrale des Kreises Rastatt hatten um den Festplatz mehrere Stationen aufgebaut, an denen die Teilnehmer ihr Wissen und Können in der Selbst- und Nächstenhilfe unter Beweis stellen konnten.

Von den zahlreichen Teilnehmern schnitt Michael Karg als Bester ab.

In der Schlußveranstaltung überreichte der Bürgermeister den Erstplatzierten Ehrenteller des BVS und der Gemeinde. Auch allen übrigen Teilnehmern konnten Sachpreise, die von Durmersheimer Unternehmen gestiftet worden waren, überreicht werden.

Mannheim. „Zivilschutz – für den Bürger mit dem Bürger“ heißt die neue BVS-Ausstellung, die gemeinsam mit der Stadt Mannheim erstmalig in Baden-Württemberg der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Aus diesem Anlaß hatte die Stadt zu einer Pressekonferenz in das Hauptpostamt geladen. Oberbürgermeister Gerhard Widder, Präsident des BVS, stand den Pressevertretern Rede und Antwort.

Widder erläuterte, was der Bürger zu seinem eigenen Schutz, zur Selbst- und Nachbarschaftshilfe und zur Gefahrenabwehr tun könne. Natürlich, so meinte der Oberbürgermeister, könne man in Europa einen Verteidigungsfall nicht ausschließen, weil wir nicht allein darüber entscheiden könnten. Wesentlicher aber sei die Aufklärung der Bevölkerung über alle Selbstschutz- und Selbsthilfemaßnahmen, um den Gefahren im täglichen Leben besser begegnen zu können. Hierzu gäbe die Ausstellung wertvolle Anregungen. Er wünsche, daß viele Bürger diese Gelegenheit nutzen möchten.

Bayern heute

Landshut. Nach zwölfjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit beendete Ludwig Ammer, BVS-Beauftragter des Landkreises Dingolfing-Landau, seine Arbeit für den Verband.

1973 wurde Ammer zum ehrenamtlichen Dienststellenleiter berufen. Nach der Umstrukturierung des Verbandes übernahm er 1980 die Aufgaben eines Kreisbeauftragten für den Landkreis Dingolfing-Landau.

Durch seine berufliche Tätigkeit beim Landratsamt war er für die BVS-Dienststelle Landshut eine wertvolle Hilfe.



Verabschiedung im Landratsamt (von links): ZS-Sachbearbeiter Taubenböck, BVS-Kreisbeauftragter Schweikl, Landrat Ettengruber, BVS-Dienststellenleiter Seemann und der ausgeschiedene BVS-Kreisbeauftragte Ammer.

Pflichtbewußtsein und immer freundlich knüpfte er Verbindungen, war im Organisationsbereich tätig, war Ansprechpartner der Gemeinden und half mit, an Informationsständen den Bürgern die Aufgaben des Selbstschutzes zu vermitteln.

Landrat Fritz Ettengruber verabschiedete den scheidenden Kreisbeauftragten.

Für seine Treue und erfolgreiche Arbeit, die er für den Aufbau des Zivil- und Selbstschutzes im Landkreis geleistet hat, sprach ihm der Landrat Anerkennung und Dank aus.

Als neuer BVS-Kreisbeauftragter wurde Rudolf Schweikl berufen.

Immenstadt. Immenstadts Bürgermeister Gerd Bischoff sprach in seiner Rede anläßlich der Eröffnung der BVS-Ausstellung „Schutz und Wehr“ die Hoffnung aus, daß die Bilderschau „einen Denkanstoß in einer Diskussion leisten wird, die teils recht kontrovers verläuft“. Er betonte dabei auch, daß Immenstadt eine der wenigen Gemeinden im Oberallgäu sei, die vom Zivilschutz nicht nur gesprochen, sondern auch gehandelt habe. Bischoff wies diesbezüglich auf die 2300 Schutzplätze in der neuen Tiefgarage hin. „Das ist jedoch nur ein Anfang“, meinte der Bürgermeister, für die Zukunft wolle die Stadt ein ausreichendes Konzept entwerfen, um der ganzen Bevölkerung Schutz zu bieten.

Nachruf

Die BVS-Dienststelle Deggendorf trauert um den ehrenamtlichen Mitarbeiter und Helfervertreter

Alfred Bandemer

der im Alter von 59 Jahren unerwartet verstarb.

Als Helfervertreter der ehrenamtlichen Mitarbeiter der Dienststelle vertrat Bandemer die Interessen seiner Kollegen mit großem Engagement. Er war eine geschätzte und von allen anerkannte Persönlichkeit.

Die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

GZS legt Jahresbilanz 1984 vor: Es ging weiter aufwärts

Beim Rückblick auf das Jahr 1984 stellt die GZS fest, daß auch dieses Jahr recht erfreulich und erfolgreich war. Durch neue Veranstaltungen, Selbstschutz-Beratung, Alarm- und Räumungsübungen, inhaltlich auf die Berliner Belange zugeschnitten, konnte die Veranstaltungszahl nicht unerheblich gesteigert werden. Waren es 1983 noch 526 Veranstaltungen, so konnte im Jahr 1984 diese Zahl auf insgesamt 689 angehoben werden. Da es sich überwiegend nur um Kurzzeitveranstaltungen (ein bis zwei Stunden) handelte, ergaben sich keine so krassen Leistungssprünge, wie man dies aus den Zahlen vermuten müßte.

Die Zusammenarbeit mit Behörden und Betrieben sowie den politischen Organisationen und Repräsentanten war im Jahre 1984 ausnahmslos gut und für die Tätigkeit, insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit der GZS, sehr von Vorteil. Nicht zuletzt der Bekanntheitsgrad der Gesellschaft führte zu mehreren Beiträgen im Regionalfernsehen sowie zu entsprechenden Beiträgen des Rundfunks und der großen Tageszeitungen. Von besonderer Bedeutung war die Sendung des ZDF, das in der Sendereihe „Kinder, Kinder“ auch einen Beitrag über den Schutzraumbau brachte. Außerordentliche Werbewirksamkeit hatte die Bauausstellung „Bautec“, über deren Erfolg an dieser Stelle bereits berichtet wurde. Eine der Konsequenzen war die Durchführung eines Schutzbauseminars.

Über einen ehrenamtlichen Mitarbeiter war die GZS während des gesamten Jahres im Bildschirmtextprogramm mit einem eigenen Beitrag vertreten. Inwieweit Betriebe und Behörden über diese Informationen auf die Gesellschaft aufmerksam wurden, läßt sich in konkreten Zahlen nicht ausdrücken.

Um die personellen Engpässe und die hohe Belastung des haupt- und ehrenamtlichen Personals zu mildern, wurden Überlegungen zum rationellen Einsatz

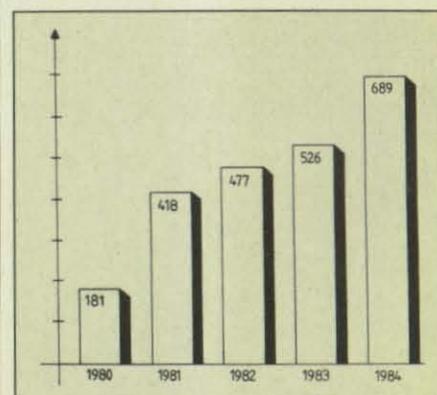
angestellt. Entscheidende Rationalisierungsaspekte ergaben sich aus der Beschaffung von Eurofunk-Empfängern. Die ursprüngliche Absicht, die Fahrzeuge mit Funkgeräten auszustatten, wurde als zu kostenaufwendig und wenig effektiv fallengelassen. Die Eurofunk-Empfänger werden den Mitarbeitern mitgegeben. Sobald sich Veranstaltungen verändern, abgesagt oder neu terminiert werden, ist es möglich, die Mitarbeiter innerhalb von Minuten zu erreichen und die notwendigen Informationen nach deren Anruf per Telefon durchzugeben. Damit lassen sich Geräteengpässe oder überraschende Wünsche Dritter besser auffangen und realisieren.

Eine weitere Möglichkeit rationelleren Einsatzes bestand in der Beschaffung von Kfz-Anhängern. Diese Anhänger, bis zu 500 kg zulässiges Gesamtgewicht, verfügen über entsprechende Einbauten, um das gesamte Brandschutzgerät, das für eine „Fachliche Unterrichtung Brandschutz“ oder zur Durchführung des Selbstschutz-Grundlehrganges benötigt wird, zu transportieren. Damit ist es auch gleichzeitig möglich, die z. T. außerordentlich schmutzigen Brandwanen und Brandübungspuppen aus den Kraftfahrzeugen auszulagern und diese zu schonen. Ein weiterer Aspekt ist, daß diese Kraftfahrzeuganhänger mit Ausbildungsgerät beladen abgestellt und ggf. Tage später vom Ort der Ausbildung wieder abgeholt werden können. Das Gerät ist schonend gelagert und gegen Diebstahl gesichert.

Die bürointerne Rationalisierung hat mit dem Jahresende 1984 eingesetzt. Es wurde ein Textsystem beschafft, das Eingeben und Ausdrucken von Texten erlaubt. Alle notwendigen Informationen – Veranstaltungsart, Zeitpunkt, Ansprechpartner, Art der Einrichtung usw. – können auf Diskette gespeichert und bei Bedarf abgerufen werden. Das mühselige und zeitraubende Bearbeiten von Altakten im Hinblick auf benötigte

Informationen ist damit für die Zukunft fast ausgeschlossen worden. Ein weiterer, nicht unbedeutender Punkt ist, daß jedes Schreiben künftig, bevor es ausgedruckt wird, am Bildschirm auf Fehler überprüft werden kann.

Der Aus- und Fortbildung der Mitarbeiter wurde gebührende Beachtung geschenkt. Dafür wurde nicht der Bundesverband für den Selbstschutz mit seinen Schulungseinrichtungen herangezogen; die Ausbildung im Bereich des schweren Atemschutzes verlief in enger Zusammenarbeit mit der Berliner Feuerwehr, dem Technischen Überwachungsverein und der Firma Auer in Berlin. Ein ehrenamtlicher Mitarbeiter wurde von der Firma Gloria sachkundig unterwiesen, um ggf. eigene Feuerlöschgeräte wiederbefüllen zu können. Ferner erfuhr sowohl haupt- als auch ehrenamtliche Mitarbeiter an der Feuerweherschule eine Ausbildung, wie sie Feuerwehrleute der Freiwilligen Feuerwehr absolvieren. Ein hauptamtlicher Mitarbeiter wurde in einem sechswöchigen Praktikum, das auch den Schichtbetrieb der Berliner Feuerwehr einschloß, mit allen Problemen des Feuerwehralltags konfrontiert und vertraut gemacht. Dieser Mitarbeiter opferte einen nicht unerheblichen Teil des ihm zustehenden Jahresurlaubs für diese Fortbildungsmaßnahme.



Veranstaltungen der GZS in den Jahren 1980 bis 1984 (einschließlich Ausstellungen).



Schleswig-Holstein



Eissprengen erstmalig in Schleswig-Holstein

Schlei b. Schleswig. Im Rahmen einer Katastrophenschutzübung am 23. Februar 1985 demonstrierte das THW das Sprengen von Eis auf der Schlei zur Abwehr von Gefahren durch Eisbarrieren.

Der verantwortliche Ausbilder, THW-Kreisbeauftragter Fritz Kröger, hatte zuvor einen Sonderlehrgang „Eissprengen“ in Obergrainau/Bayern besucht.

Es wurden zwei Sprengungen durchgeführt. Hierzu wurden ins Eis große Löcher geschlagen und kleine gebohrt, je nachdem, ob geballte Ladungen oder Einzelladungen angebracht werden sollten.



Mit einer Axt und der Motorsäge werden Sprenglöcher hergestellt. (Foto: Nagel)

Interessierte Beobachter waren Vertreter der Bundeswehr, unter ihnen der Kommandeur der Pioniere, Oberstleutnant Fries, sowie Mitarbeiter der Abteilung Katastrophenabwehr der Kreisverwaltung und des Amtes für Land- und Wasserwirtschaft, Husum. F. K.

Niedersachsen



Ertrunkenen Segler im Altsee geborgen

Quakenbrück. Am Ostermontag wurden die THW-OV Quakenbrück und Wittlage alarmiert: Auf dem Altsee war ein Segler verunglückt und vermutlich ertrunken. Gemeinsam mit Helfern der Feuerwehr, des DRK und der DLRG sollte der Vermißte gesucht werden.

Mit Hilfe von THW-Booten wurden Taucher der DLRG mit einer Schleppstange durch das Wasser gezogen, in der Hoff-



THW-Helfer bei der Suche nach dem ertrunkenen Segler. (Foto: Zimmermann)

nung, auf diese Weise den Ertrunkenen zu finden. Um 20.00 Uhr wurde die Suche abgebrochen.

Ein Einsatz der Taucher am nächsten Tag blieb ebenso erfolglos.

Am Mittwoch um 12.00 Uhr ging die Suche mit Tauchern und Booten weiter. Es beteiligte sich auch ein Boot der britischen Pioniere.

Da um 16.30 Uhr der Vermißte noch nicht gefunden war, beriet die Einsatzleitung das weitere Vorgehen. Das THW schlug vor, mehr Boote mit Grundhaken geschlossen und versetzt einzusetzen. Dazu sollten Helfer und Boote weiterer Ortsverbände angefordert werden. Dies wurde dann nicht mehr erforderlich, weil der Ertrunkene gegen 18.00 Uhr von den britischen Pionieren geborgen wurde. H. B.

Äthiopienhilfe läuft und läuft und läuft . . .

Hannover. Mit dem hervorragenden Ergebnis von 55 reparierten Lastkraftwagen kehrte das 3. THW-Spezialistenteam am Mittwoch, dem 6. März 1985, aus der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba nach Deutschland zurück.

Allerdings traf eine reduzierte Mannschaft in der Heimat ein. Neben den fünf Helfern, die sich zu einer Verlängerung ihres Arbeitseinsatzes bis Anfang April bereiterklärt hatten, mußten zwei Mann auf den Rückflug verzichten. Sie lagen nach einem Verkehrsunfall mit erheblichen Verletzungen in einem Krankenhaus in Addis Abeba.

Erstmals hatte das 3. Team die bereits mehrfach angekündigten Arbeiten in Regionalwerkstätten im Landesinnern zu verrichten. So waren vier THW-Helfer

eine Woche lang in Kombolcha, 400 km nördlich von Addis Abeba und etwa 10 km von der Provinzhauptstadt Dessie in der Hungerprovinz Wollo, mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Übrigens war dies genau das Gebiet, in dem das THW elf Jahre zuvor unter anderem zum Straßenbau eingesetzt worden war.

Für jeweils eine Woche waren zwei weitere Teams in einer Regionalwerkstatt in Awasa, 350 km südlich von Addis Abeba, tätig. Vom zweiten Einsatz in Awasa zurückkommend, war es passiert: Etwa zwölf Kilometer vor Addis Abeba war die Gruppe abends mit ihrem Geländewagen bei tiefster Dunkelheit auf ein unbeleuchtet auf der Straße abgestelltes Militärfahrzeug aufgefahren, obwohl noch in letzter Sekunde vom



Die THW-Helfer beim Reparieren der dringend benötigten Lkw.



Ein moderner Bildschirmarbeitsplatz im Lager der Zentralwerkstatt in Addis Abeba. (Fotos: Dunger)

Fahrer Heiko Gerecke ein Ausweichmanöver, das noch Schlimmeres verhinderte, vollzogen werden konnte.

Siegfried Dille, Ralf Harms und Horst Schomaker erlitten dabei Prellungen und Schnittwunden. Schomaker zog sich zusätzlich mehrere doppelte Rippenbrüche zu, so daß für ihn bei der späteren Einlieferung ins Krankenhaus eine mehrwöchige Behandlung mit absoluter Bettruhe notwendig wurde.

Der Unfall platzte mitten in den Wechsel bei der Einsatzleitung von Ralph Dunger zu Jochen Rohwedder, so daß die Arbeitsübergabe und Einarbeitung beeinträchtigt wurden.

In der Zwischenzeit wurde jedoch von Rohwedder aus Addis Abeba der gute

weitere Verlauf der Arbeiten durch das am 5. März abgeflogene IV. THW-Einsatzteam mit insgesamt zwölf in der ersten Woche fertiggestellten Lkw gemeldet. Aber was noch erfreulicher war: Der Heilungsprozeß von Dilley und vor allem von Schomaker – die übrigens in einem von russischem Personal geleiteten Krankenhaus gut versorgt wurden – machte sichtbare Fortschritte und hat ihren Rückflug in die Heimat ermöglicht.

R. B.

Hessen



THW transportierte Flugmodell

Darmstadt. Einen Spezialtransport für die Technische Hochschule Darmstadt führte vor kurzem Helmut Werner vom THW-Landesverband Hessen durch: Das im Dornier-Zentrum auf dem Flughafen Rhein-Main erstellte „Hibriedes Flugmodell“ mußte zur weiteren technisch-elektronischen Ausstattung nach Darmstadt transportiert werden.



Das Flugmodell wird auf den Lkw verladen.
(Fotos: Schwepfinger)

Hierbei handelt es sich um ein im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) entwickeltes Transportflugzeug für den Einsatz in der Dritten Welt. Das zeppelinartige Flugzeug soll wie ein Hubschrauber starten und landen, aber wie ein Flächenflugzeug weite Strecken zurücklegen können. Neueste und wartungsfreie Techniken ermöglichen eine relativ einfache Handhabung und den Einsatz dieses neuen Flugobjektes in unwegsamen Notstandsgebieten.

J. Sch.

Hilfe nach Explosion

Offenbach. Donnerstag, 17. Januar 1985. Es ist „langer“ Banktag, in der Schalterhalle der Filiale einer Offenbacher Bank herrscht gegen 16.00 Uhr reger Betrieb. Keiner ahnt, daß wenige Minuten später eine Explosion das Haus erbeben lassen wird.

16.27 Uhr zeigt die große Uhr an der Stirnseite der Schalterhalle, als eine De-



25 THW-Helfer sind an den Bergungsarbeiten in der Bank beteiligt.

tonation im Keller erfolgt. Minuten später ist die Offenbacher Berufsfeuerwehr an der Unglücksstelle. Den Einsatzkräften bietet sich ein schreckliches Bild: zerfetzte Deckenverkleidungen, zerstörte Fußböden und eine Unmenge von Glassplittern, dazu einige Verletzte und von Schock gezeichnete Kunden und Angestellte.

Wie durch ein Wunder war zum Zeitpunkt des Unglücks nur wenig Betrieb in der Bank. Das DRK versorgte die Verletzten und transportierte zwei Personen in das nahegelegene Krankenhaus.

Über Funkalarmempfänger wurden um 17.06 Uhr Helfer des THW-OV Offenbach zum Einsatz gerufen. Zwölf Minuten später rückten 25 Helfer mit Fahrzeugen und Abstützmateriale zur Schadensstelle aus. Bis Mitternacht waren die Einsatzkräfte der Feuerwehr und des THW beschäftigt.

J. Sch.

Nachruf

Am 3. März 1985 verstarb im 87. Lebensjahr unser Althelfer und Freund

Ernst Puth

Die Helferschaft nimmt Abschied von einem Mann, der durch sein langjähriges Wirken als hauptamtlicher Geschäftsführer und als Ortsbeauftragter des THW-OV Hanau den Ortsverband entscheidend geprägt hat.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte und die Helfer des Ortsverbandes Hanau

Baden-Württemberg



Erneuter Wintereinbruch brachte Einsätze für das THW

Pforzheim. Plötzlich einsetzender Schneefall ließ Mitte März in ganz Baden-Württemberg den Verkehr zum zweiten Male in diesem Jahr zum Erliegen kommen. Bereits am Montag, zwei Tage vor Frühlingsanfang, wurde der

Kranwagen des THW-OV Pforzheim nach Büchenbronn gerufen, um einen Lastzug zu bergen. Gemeinsam mit dem Kran der Feuerwehr wurden Zugmaschine und Anhänger wieder aufgerichtet.

Kurze Zeit später kam der nächste Einsatzauftrag für die beiden Kranwagen. In Unterreichenbach/Kreis Calw kam ein Schulbus auf abschüssiger Straße von der Fahrbahn ab, durchbrach die Leitplanke, überschlug sich und blieb vor einem Wohnhaus liegen. Drei Insassen, zwei Mädchen im Alter von elf und zwölf Jahren sowie eine ältere Frau, wurden unter dem Bus eingeklemmt. Für sie kam jede Hilfe zu spät. Der Notarzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Fahrer wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

Von den Schneefällen besonders stark betroffen waren die Gefällstrecken der Autobahn bei Nöttingen. Der THW-OV Pforzheim setzte fünf schwere Fahrzeuge und 25 Helfer ein, um von der Fahrbahn abgekommene Lkw zu bergen und liegengebliebenen Fahrzeugen Anfahrhilfe zu leisten.



Gemeinsam mit der Feuerwehr bergen THW-Helfer einen Lkw.
(Foto: Winterfeldt)

Da auch in den Abendstunden die Schneefälle unvermindert anhielten, wurde ein Nachtbereitschaftsdienst in der THW-Unterkunft eingerichtet.

Immer wieder mußten die Helfer ausrücken, um liegengebliebene Fahrzeuge wieder flottzumachen. Die schnelle Hilfeleistung des THW trug dazu bei, größere Staus und Auffahrunfälle zu verhindern.

F. W.

Bayern



Ein Einsatz bei eisiger Kälte

Pfaffenhofen. Es ist Montag, 7. Januar 1985, 18.45 Uhr. Draußen ist es eisig kalt. Ich sitze im warmen Zimmer, im Ofen flackert das Feuer.

Plötzlich ein vertrautes Geräusch – der Funkwecker geht los: Also rein in die warme Unterwäsche, Hose und Jacke

an, Schlüssel eingesteckt, ins Auto und die elf Kilometer nach Pfaffenhofen zur Unterkunft fahren. „Hab' ich auch nichts vergessen?“ Doch ja, natürlich; die Zigaretten liegen wieder mal zu Hause.

In der Unterkunft sind schon einige Kameraden. In der Garage wird gerade der Gerätekraftwagen gestartet. Dahinter stehen wir und ziehen uns um. Es ist kalt, die Heizung reicht nicht für den großen Raum. Ich denke mir, „Zeit wird's für die neue Unterkunft“ und laufe zum Büro – mal erkundigen, was los ist.

Der Ortsbeauftragte murmelt zwischen zwei Telefonaten etwas von Überschwemmung – Ilm – Stauwehr – Florian Geisenfeld und Kanal 468. Also wieder zu den Fahrzeugen, Funk einstellt und bei Florian Geisenfeld nachfragen. Antwort: „An der Ilm bei Geisenfeld muß das Wehr des Triebwerkkanals geschlossen werden.“

Unsere Mannschaft ist angetreten: Kurzer Vorbefehl, auf Gerätekraftwagen und Kombi aufsitzen, und ab geht die Post. Die beiden Mannschaftskraftwagen bleiben in der Unterkunft, mit ihnen sollen weitere Helfer, die inzwischen telefonisch alarmiert werden, nachkommen.

Am Ortseingang von Geisenfeld erwartet uns ein Rüstwagen der Freiwilligen Feuerwehr und lotst uns über Feldwege zur Einsatzstelle. Dort warten bereits der KatS-Sachbearbeiter des Landratsamtes, ein Mitarbeiter des Wasserwirtschaftsamtes und der Bauamtsleiter der Stadt Geisenfeld. Die meisten Feuerwehrkameraden sind beim Kellerauspumpen. „So schlimm ist's also schon.“

Die Beleuchtung wird aufgebaut, das Aggregat springt trotz der Kälte sofort an. Schon ist die Schadensstelle grell ausgeleuchtet.

Die Ilm ist fast zugefroren – am Wehr staut sich Eis, die Schleuse läßt sich nicht mehr öffnen, das Wasser sucht sich seinen Weg über den Triebwerkkanal und tritt weiter hinten über die Ufer – überschwemmt ca. 30000 qm Baugebiet, Wiesen sowie einige Keller. In kürzester Zeit hat sich bei minus 22°C das ganze Gebiet in eine einzige Eisfläche verwandelt.

Also nichts wie ran an die Arbeit. Nach genauem Ausmessen werden die Holzbalken zugeschnitten und in den Zulauf zum Triebwerkkanal eingepaßt. Nach einer Stunde ist die Absperrung dicht, das Wasser im Kanal sinkt schnell.

Erst jetzt bemerken wir die eisige Kälte, die sich inzwischen unter der Kleidung breit gemacht hat – Füße und Hände sind taub, die Bärte vereist.

Inzwischen ist auch die Nachhut eingetroffen. Die Helfer erhalten den Auftrag,

vom Ufer aus die Eisplatten vom Wehr zu lösen und so den Wasserablauf noch weiter zu erleichtern. Die erste Schicht wärmt sich im Gerätekraftwagen etwas auf. Kaum sind jedoch die Bärte abgeleitet, die Füße etwas warm, geht's schon wieder raus – die Kameraden unterstützen.

Um 22.30 Uhr ist auch diese Arbeit geschafft. Mit klammen Fingern und völlig durchgefroren fahren wir zurück zur Unterkunft. Dort werden noch die vereisten und steifen Leinen zum Trocknen aufgehängt – dann gibt's heißen Tee. Das tut gut!

Unser Ortsbeauftragter hat noch eine „freudige“ Überraschung: Am nächsten Tag soll's um 8.00 Uhr an anderer Stelle weitergehen. Also nichts wie heim, und rein ins warme Bett.

Am Dienstag um 8.00 Uhr stehen wir in der Unterkunft bereit. Im kurzen Lagebericht heißt es nur: „Stauwehr an der Paar bei Hohenwart mit dickem Eis überzogen, das Wehr läßt sich nicht mehr öffnen – Überschwemmungen größeren Ausmaßes werden befürchtet.“

An der Einsatzstelle stellen wir fest, daß die Wehrklappen teilweise mit bis zu 80cm dicken Eisschichten überzogen sind. Zum Entfernen des Eises müssen wir zeitweise sogar ins knietiefe, eiskalte Wasser steigen.

Mit der Motorsäge werden zunächst die dicken Brocken abgeschnitten. Dann geht es, unterbrochen von kurzen Aufwärmepausen, mit Äxten, Spitz- und Kreuzhacken weiter. Gott sei Dank hat uns der Koch heißen Tee mitgegeben.

Nach neun Stunden ist auch diese Arbeit geschafft, eine der sechs Wehrklappen läßt sich wieder öffnen; die akute Überschwemmungsgefahr ist gebannt.

Jetzt sind wir aber endgültig alle durchgefroren.

Die beiden Einsätze haben die gute Einsatzfähigkeit des noch jungen Ortsverbandes Pfaffenhofen deutlich bewiesen. Den Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr Geisenfeld ein herzlicher Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.

W. H.

Ein Bild des Schreckens

Ingolstadt. Am Samstag, dem 9. Februar 1985, verunglückte ein Viehtransporter auf der Autobahn nahe der Anschlußstelle Holledau. Der mit Schweinen beladene Lkw war auf der glatten Fahrbahn ins Schleudern geraten und umgekippt. In Folge rasten weitere 50 Fahrzeuge in die Unfallstelle. Sechs

Tote und rund 20 Schwerverletzte waren zu beklagen.

Um 9.30 Uhr wurden die THW-OV Pfaffenhofen und Ingolstadt durch die Einsatzzentrale der Landespolizei alarmiert. Um 10.00 Uhr waren die ersten Einsatztrupps an der Unfallstelle. Dort bot sich ihnen ein Bild des Schreckens. Viele der Schwerverletzten und Toten konnten nur mit Hilfe von hydraulischen Rettungsgeräten aus ihren Fahrzeugen geborgen werden.



Der völlig ausgebrannte Bus wird auf einen Tieflader gehievt und mit einer Plane abgedeckt. (Foto: Wolf)

Schon am Montag, dem 11. Februar 1985, forderte die Landespolizei Ingolstadt das THW erneut zum Einsatz auf. Auf der Autobahn nahe der Anschlußstelle Langenbruck war ein Bus mit englischen Militärmusikern auf einen Tankzug aufgefahren. Das Fahrzeug fing sofort Feuer. 19 Businsassen verbrannten, viele Verletzte mußten in nahegelegene Krankenhäuser gebracht werden.

Nach den Absperrmaßnahmen begannen die Aufräumarbeiten unter der Leitung der Polizei. Das Wrack des Busses wurde abgedeckt und mit den verkohlten Leichen nach Oberstimm transportiert.

Das Ausleuchten und die Reinigung der Unfallstelle übernahm das THW. Gegen 21.00 Uhr konnten die Helfer der Ortsverbände Ingolstadt und Pfaffenhofen in ihre Standorte zurückkehren.

Einen Tag später unterstützten neun Helfer des THW-OV Ingolstadt unter der Leitung von Zugführer Lang die kriminalpolizeilichen Ermittlungen. Sie bargen die verkohlten Leichen und persönliche Gegenstände aus dem Wrack. D. S.

Hilfe für Wasservögel

Starnberg. Das Jahr 1985 feierte mit eisigem Frost Einstand. Im Landkreis Starnberg begannen auch die großen Seen zuzufrieren.

Der THW-OV Starnberg erhielt deshalb den Auftrag, in der Herrschinger Bucht des Ammersees und am Starnberger See eine Fläche offenen Wassers für die Schwimmvögel zu schaffen. An einem Samstagmorgen, nur die Wasservögel bevölkerten das Eis, erscholl der Lärm

von Motorsägen über die weiße Ebene: Helfer des Instandsetzungszuges durchschnitten die etwa 25cm dicke Eisdecke und legten einige Quadratmeter offenes Wasser frei.



Die Eisschollen werden mit Hilfe einer Leiter aus dem Wasser gehoben. (Foto: Mendheim)

Anschließend wurde die Wasserfläche mit Hilfe der Brechstange vergrößert. Mit einer Leiter als Hebel wuchteten die Helfer die Eisschollen aus dem Wasser und schufen so in Schwerstarbeit Futterplätze für die Vögel. C. D. M.

Tödliches Chaos auf der Autobahn

Miesbach. Auf der Autobahn Salzburg – München waren am Freitagmorgen, dem 18. Januar 1985, kurz vor 8.00 Uhr im dichten Nebel bei Holzkirchen 23 Autos und sieben Lastwagen ineinander gefahren. Ein Großteil der Fahrzeuge fing sofort Feuer und brannte vollständig aus. Sieben Menschen kamen in der Flammenhölle ums Leben, 17 wurden zum Teil schwer verletzt.



Auch die einsatzgewohnten THW-Helfer stehen fassungslos vor dem Chaos, das sich innerhalb weniger Minuten auf der Autobahn entwickelte.

Ausgelöst wurde der Massenunfall durch den Fahrer eines Kleinwagens, der bei Sichtweiten unter 20 Metern unter den Anhänger eines Sattelschleppers raste.

Zusammen mit Helfern der Feuerwehren des ganzen Landkreises, Sanitätern, Notärzten und der Polizei waren 25 Helfer des THW-OV Miesbach über acht Stunden lang damit beschäftigt, Tote aus den Trümmern zu schneiden, glimmende Ladung von Sattelschleppern abzuladen und Verdecke von Lastwagen mit Trennschleifen zu entfernen.

Mit Schaufeln wurde die zum Teil noch glimmende, aus Sonnenblumenkernen und Obst bestehende Ladung zweier Lastwagen an den Straßenrand geräumt, um die Löscharbeiten der Feuerwehren zu erleichtern. Anschließend wurden die ausgebrannten Autowracks mit der Vorbau-Seilwinde des Gerätekraftwagens auseinandergezogen und für die Abschleppunternehmen zurechtgerückt.

Als die THW-Helfer nach über acht Stunden wieder in ihre Unterkunft abrückten, waren sie erschöpft, abgekämpft und erschüttert. Erst eine Woche zuvor waren sie ebenfalls zu einem Unfall auf die Autobahn Salzburg – München gerufen worden. Am berüchtigten Irschenberg war ein mit acht Personen besetzter Transporter auf einen stehenden Lastzug geprallt. Bei dem Unfall, bei dem der Fahrer des Transporters ums Leben kam und sieben weitere Menschen schwer verletzt wurden, leuchteten die THW-Helfer die Unfallstelle aus. J. H. N.

Katastrophenalarm in Augsburg

Augsburg. Die langanhaltende extreme Kälteperiode brachte dem THW-OV Augsburg vom 9. bis 11. Januar 1985 den größten Einsatz seiner 33jährigen Geschichte. Als durch einen Großbrand in einer Diskothek der Stadt die Berufsfeuerwehr und einige Freiwillige Feuerwehren und Werkfeuerwehren bereits seit Stunden im Einsatz standen, löste der städtische Ordnungsreferent, Dr. Wolfgang Spreitler, am Mittwoch gegen 18.00 Uhr Katastrophenalarm aus. Grund: Vereiste Bäche überall im Stadtgebiet, die über die Ufer zu treten drohten und dann Straßen, Wohnhäuser und Industrieanlagen überflutet hätten.

Die ganze Nacht hindurch waren rund 200 Helfer des Katastrophenschutzes bei Temperaturen zwischen minus 25 und 30 Grad Celsius im Einsatz gegen die gewaltigen Eismassen.

Am Mittwochabend wurde wegen der Hochwassergefahr, und da der Großbrand noch nicht gelöscht war, Katastrophenalarm gegeben.

THW-Helfer sollten sich in der Hauptfeuerwache bereithalten, wo bereits provisorische Übernachtungsmöglichkeiten für sie eingerichtet worden waren. Zur Benutzung dieser Feldbetten kam es dann allerdings gar nicht mehr: Eisschollen stauten sich an Brücken, vereisten Rohren und anderen Hindernissen, wie provisorischen Baustellenabdeckungen. Außerdem ließ Grundeisbildung den Wasserspiegel ansteigen. In der Hauptfeuerwache wurden die eintreffen-

den THW-Gruppen mit „Spezialgerät“ zur Eisbekämpfung – lange Stangen, Schieber und Enterrhaken – ausgerüstet und an die verschiedenen Einsatzorte geschickt. In der THW-Unterkunft ging mittlerweile die Alarmierung bis nach Mitternacht weiter, aus den ursprünglich 30 angeforderten Männern wurden schließlich 60 Helfer, deren Einsatz THW-Ortsbeauftragter Norbert Rother vom Katastrophenschutzzentrum aus leitete.

Das THW war an drei Gefahrenpunkten mit so poetischen Namen wie „Schwibogengasse“, „Schwallech“ oder „Beim dünnen Ast“ eingesetzt.

Am Schwallech stauten sich die Eisschollen zunächst an einem vereisten Kabelrohr und gleich 50 Meter weiter an Abdeckungen, auf denen Bauhütten standen. Schalttafeln wurden entfernt und größere Eisbrocken unter den Hindernissen hindurchgeschoben. Beleuchtet wurde die nächtliche Szenerie inmitten der Altstadtwinkel von Petromax-Lampen, denen auch 25 Minusgrade nichts anhaben konnten.

Weniger abgelegen war der zweite Einsatzort: Am Kaufbach ging es „lediglich“ darum, heranschwimmendes Eis an einer Gabelung in einen weniger gefährdeten Kanal zu dirigieren und nicht in den Zufluß zur Altstadt gelangen zu lassen. Mit Kanthölzern und Bindeleinen sowie dem erwähnten „Spezialgerät“ wurde auch dies bewerkstelligt.

Mehr Arbeit gab es im Augsburger Süden am Lochbach. An einem mehrere Kilometer langen Abschnitt kämpften bereits seit Stunden die Männer der Freiwilligen Feuerwehr Haunstetten gegen das Eis auf dem langsam fließenden Bach, der bereits auf mehreren hundert Metern zugefroren war. Das bedeutete für stromaufwärts gelegene Wohnhäuser und Industriebetriebe akute Wassergefahr. Das THW konnte hier die wohlverdiente Ablösung bringen.

Erst mit einem Bagger konnte die Eisdecke wirksam gebrochen werden, einige Kubikmeter Eis wurden herausgeschaufelt. An weniger zugänglichen Stellen mußte das gefrorene Naß weiterhin von Hand bewegt werden, um ein Festfrieren der Eisbrocken zu verhindern. Dem Stromerzeuger vom GWK-Beleuchtungssatz – immerhin älter als die Mehrzahl der eingesetzten Helfer – war zwar deutlich anzumerken, daß er bei solcher Kälte noch nie gearbeitet hatte, aber doch leistete er treu wie immer seine Dienste.

Nach stundenlanger, harter Arbeit entspannte sich die Lage, ein Teil der Helfer konnte ihre Betten ansteuern. Im Morgengrauen wurden die letzten THW-Männer von Eiswachen der Feuerwehr



Die unterirdisch fließenden Bäche werden immer wieder von Eisschollen befreit, um Überflutungen zu vermeiden.

abgelöst, so daß auch für sie gegen 9.00 Uhr am Donnerstagmorgen der Einsatz beendet war.

Freitagmorgen. Beim Ortsbeauftragten Norbert Rother und Geschäftsführer Wilhelm Nittmann gehen gerade die Meldungen über die Bereitschaftseinteilung am Wochenende ein, als die Anforderung der Einsatzleitung kommt: „Sofort alle verfügbaren Kräfte alarmieren!“ Eine Stunde später steht die erste Gruppe mit Zugtruppführer Horst Richel bereits wieder am Lochbach im Einsatz.

Draußen am Lochbach herrschen die bereits bekannten Verhältnisse – kilometerlange Vereisungen, akute Überschwemmungsgefahr. Von der Einsatzleitung werden bereits Sandsäcke bereitgestellt.

An einem Abschnitt wird sogar zu ganz harten Maßnahmen gegriffen: Hans Breu vom Zivilschutzamt macht sich mit Sprengmeister Hoyer daran, die Eisdecken mit einigen Sprengstoffladungen „aufzulockern“. Nachdem der Sprengmeister dabei auch noch ein unfreiwilliges Bad genossen hat, wird die Unterstützung des THW angefordert: Zugführer Norbert Hartig vom Instandsetzungszug macht sich mit Schlauchboot und Wasserausrüstung auf den Weg; nachdem nämlich die offizielle Badesaison noch nicht eröffnet ist, sollen die weiteren Sprengladungen vom Boot aus unter das Eis gebracht werden.

Nach erfolgter Sprengung zeigten sich jedoch nur verstärkte Schwierigkeiten beim unterstrom gelegenen Lochbachwasserwerk, wo die losgesprengten Eisschollen angetrieben wurden.

Als bei Einbruch der Dunkelheit immer

noch keine deutliche Veränderung der Lage zu erkennen war, entschloß sich die Stadtverwaltung, die Wassermenge im Lochbach zu reduzieren. Für die meisten der inzwischen eingesetzten 102 THW-Helfer bedeutete dies das Ende des Einsatzes um 17.00 Uhr. Lediglich 30 Mann blieben am Einsatzort, um den Erfolg der Wasserreduzierung abzuwarten, der dann auch lange Zeit nicht eintreten wollte. Nachdem die Durchflußmenge von ursprünglich 4,3 cbm/sec über – wirkungslos – Zwischenstufen von 2 und 1 cbm/sec auf nur 0,5 cbm/sec abgesenkt worden war, trat ein sichtbarer Erfolg ein. Die Eisdecke senkte sich langsam, ohne auseinanderzubrechen oder weiterzutreiben. Gegen 21.00 Uhr löste sich die Katastropheneinsatzleitung auf, die weitere Leitung vor Ort wurde der Berufsfeuerwehr überlassen. Eine Stunde später konnte dann auch auf die restlichen THW-Männer verzichtet werden. Lediglich die von der Elektrogruppe erstellte Beleuchtung sollte bleiben, so daß sich Gruppenführer Rudolf Pecher entschloß, zusammen mit seinem Truppführer Franz Schöffel und Helfer Andreas Fatelli die Nacht bei seinem Gerät zu verbringen – zu diesem Zeitpunkt lagen bereits ca. zwölf Stunden Einsatz hinter den „Elektromännern“!

Am Samstagmorgen ging dann auch der 24stündige Dauereinsatz der Elektrogruppe zu Ende. Beim Abbau der Geräte kam Hilfe von einer Ausbildungsgruppe des 3. Bergungszuges, deren regulärer Samstagsdienst gerade begann. Am Samstag um 9.00 Uhr waren dann auch die letzten Aktiven wieder in die Unterkunft zurückgekehrt.

Durchaus positiv beurteilte Ortsbeauftragter Norbert Rother die Einsätze im nachhinein: Eine reibungslose Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, insbesondere der Berufsfeuerwehr sei hervorzuheben; die Helfer und Führungskräfte hätten große Einsatzbereitschaft bewiesen – Unterstützung kam sogar von einem Helfer vom Ortsverband Konstanz, der sich, nachdem er von dem Alarm erfahren hatte, spontan in der Unterkunft meldete, um mitzuhelfen.

Es zeigte sich, daß der THW-Ortsverband als schlagkräftige Truppe für Notfälle bereitsteht und daß solche Notfälle, in denen eine größere Anzahl freiwilliger Helfer benötigt wird, auch in einer Großstadt eintreten können, die über eine moderne Berufsfeuerwehr für (fast) alle Fälle verfügt. Außerdem bot sich die willkommene Gelegenheit, die Arbeit des THW der Öffentlichkeit aufzuzeigen, da die Eiseinsätze in der Presse ausführlich dargestellt wurden.

Unschätzbar wertvoll sind auch die Er-

fahrungen, die mit der Durchführung der Einsätze gewonnen werden konnten. Eine Übung dieser Größenordnung und unter solchen Bedingungen wäre alleine aus finanziellen Gründen kaum vorstellbar.

Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang natürlich auch, daß es trotz der „Katastrophe“ keine schweren Schäden, Verletzte oder gar Tote zu beklagen gab.

Bleibt zu hoffen, daß es auch gelingen wird, die gewonnenen Erfahrungen zukünftig in die Praxis umzusetzen, und daß aufgetretene Ausrüstungsmängel in Zusammenarbeit mit vorgesetzten Stellen behoben werden können. R. A.

THW-Ehrenzeichen für den Hauptgeschäftsführer der Münchner Messgesellschaft

München. Für seine über 15 Jahre andauernde, nachhaltige Förderung des THW wurde der Hauptgeschäftsführer der Münchner Messgesellschaft, Dr. Werner Marzin, mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet.



Aus der Hand von THW-Landesbeauftragten Reiner Vorholz (rechts) nimmt Dr. Werner Marzin das Ehrenzeichen entgegen. (Foto: Delle)

Marzin, in München kein Unbekannter, verwendet sich in uneigennütziger Weise für eine noch stärkere Einbindung des THW vor allem in den Handwerks- und Industriebereich. Außerdem unterstützt er das THW auch beim Bundeswettkampf 1985 bei der Unterbringung der Wettkampfmannschaften. Dies war mit einer der Voraussetzungen für die Standortwahl München als herausragender Wettkampfort. J. D.

Nachruf

Der THW-OV Bayreuth trauert um seinen langjährigen Helfer

Karl Oetter

Der Ortsverband dankt seinem Kameraden für seine Treue und seinen Einsatz für das THW.

Wir werden ihn in unserem Gedächtnis behalten.

Die Helfer des Ortsverbandes Bayreuth

Die Zusammenarbeit zwischen den Warndiensten der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark

Seit Jahren arbeiten die beiden Warndienste u. a. bei Übungen sowie in Fragen der Ausbildung eng und erfolgreich zusammen. Nicht zuletzt ist das auch auf die persönliche Bekanntschaft der Mitarbeiter zurückzuführen.

Seit 1976 haben Bedienstete des dänischen Warndienstes regelmäßig – vorher gelegentlich – während der internationalen Warndienstübungen als Verbindungskräfte im Warnamt I teilgenommen. Kräfte des bundeseigenen Warndienstes waren in früheren Jahren gelegentlich, in den letzten Jahren dagegen nicht mehr als Verbindungskräfte in Dänemark vertreten.

Verbindungskräfte haben u. a. folgende Aufgaben:

- Beobachtung der Lageentwicklung,
- Melden von Angriffen,
- Berichterstattung über die Lage und ihre Entwicklung
- Übermittlung von sonstigen Informationen.

Der dänische Warndienst ist auch deshalb ein wichtiger Partner, weil in seiner Zentrale bei Kopenhagen Verbindungskräfte aus Großbritannien und Norwegen ihren Sitz haben und diese Mitarbeiter über gute Fernmeldeverbindungen zu ihren Ländern verfügen.

Somit bestände u. a. die Möglichkeit, unter Einschaltung einer deutschen Verbindungskraft in Kopenhagen bei Bedarf wichtige Informationen aus Norwegen und Großbritannien und dem angrenzenden Seegebiet zu erhalten.

Der nachfolgende Beitrag über den Warndienst in Dänemark und die Zusammenarbeit mit dem Warnamt I ist

von der langjährigen Verbindungskraft J. Krog (Sektionschef) für die Leser des Zivilschutz-Magazins verfaßt worden.

Der Warndienst in Dänemark

Dem staatlichen Zivilschutz in Dänemark obliegt u. a. die Warnung der Bevölkerung gegen drohende Luftangriffe, radioaktiven Niederschlag und den Einsatz von chemischen Kampfstoffen. In den folgenden Zeilen werde ich einen kurzen Bericht über den heutigen Stand des dänischen Warndienstes geben und außerdem die Zusammenarbeit mit den NATO-Nachbarstaaten (vor allem der Bundesrepublik Deutschland) darstellen.

Als Offizier der Reserve im dänischen Zivilschutzkorps beschäftige ich mich seit Jahren mit dem Warndienst und war mehrmals im Warnamt I als Verbindungskraft tätig. Eingangs ist zu erwähnen, daß die Warnung gegen chemische Kampfstoffe noch im Planungszustand ist. Das dänische Parlament hat aber bereits diesen Planungen den Vorrang gegeben.

Luftalarm

Die Luftlage wird vor allem durch Radarbeobachtungen der Luftwaffe in einer militärischen Warnzentrale festgestellt. Hier ist der Warndienst des Zivilschutzes vertreten, und hier entscheidet der Zivilschutzvertreter über die Auslösung und die Aufhebung von Luftalarm in den acht verschiedenen Warngebieten. Im Gegensatz zu den deutschen Warnämtern gibt es also in den dänischen Zivilschutzwarnämtern kein Luftlagebild, sondern nur den aktuellen Stand der Luftwarnung. Die Luftlage wird also zentral ausgewertet, und Luftalarm wird entsprechend zentral befohlen, aber dezentral in den einzelnen Städten durch Sirenen ausgelöst. Dabei ist zu bemerken, daß nur Stadtgebiete mit Sirenen ausgestattet sind; auf dem Lande wird zur Zeit kein Luftalarm mit Sirenen gegeben. Die Sirenen sind bis jetzt von der öffentlichen Stromversorgung abhängig. In den kommenden Jahren werden aber neue Sirenen aufgestellt, die mit eigener Stromversorgung ausgestattet sind.

Um das Bild zu vervollständigen, ist hinzuzufügen, daß die Luftlage bis zu 2000 Meter Höhe zusätzlich in regionalen „Luftmeldezentralen“ festgestellt wird. Dies wird durch Beobachtungsstellen der Luftwaffenheimwehr durchgeführt. Auch in den Luftmeldezentralen ist der Zivilschutz vertreten, und es besteht die Möglichkeit, Luftalarm anzuordnen,

wenn nicht bereits durch den Zivilschutzvertreter in der militärischen Warnzentrale Luftalarm angeordnet sein sollte.

ABC-Alarm

Für die Warnung gegen radioaktiven Niederschlag ist der Warndienst in den acht Zivilschutz-Regionszentralen zuständig. Eine Zivilschutz-Regionszentrale entspricht etwa einem Warnamt – eine Region ist allerdings etwas kleiner als ein deutsches Warnggebiet.

Wie es bei Luftalarm der Fall ist, gilt auch für die Warnung gegen radioaktiven Niederschlag, daß die für die Warnung notwendige Grundlage von militärischen Stellen ermittelt wird.

Die Windvorhersagen werden in den ZS-Regionszentralen in Effektivwinde umgesetzt.

Die Beobachtungsdaten der atomaren Detonation werden von den schon erwähnten Luftmeldestellen in die jeweiligen ZS-Regionszentralen weitergegeben.

Wie in den deutschen Warnämtern entscheidet die ZS-Regionszentrale dann – nach der Beurteilung von Wind- und Waffendaten –, wo und wann ABC-Alarm auszulösen ist.

Die kleinste geographische Einheit zur Auslösung des ABC-Alarms ist die Gemeinde. In den Städten wird Alarm durch Sirenen gegeben. Auf dem Lande durch das Durchfahren vorgegebener Strecken mit Sirenenwagen der Polizei.



Die dänischen Verbindungskräfte Krog (rechts) und Jøllerup während einer Übung im Warnamt I.

Außerdem wird die Warnung durch den Rundfunk übertragen. Warnstellen wie in der Bundesrepublik gibt es bei uns nicht. Information über die tatsächliche Verstrahlung und damit die Grundlage des Aufhebens des ABC-Alarms bekommt die ZS-Regionszentrale teils von den Luftmeldestellen, teils von Einheiten des Zivilschutzes in den betroffenen Gemeinden. Das Aufheben von ABC-Alarm wird nur über den Rundfunk bekanntgegeben.

Auslandsverbindungen

Der radioaktive Niederschlag berücksichtigt bekanntlich keine Staatsgrenzen. Deshalb ist auch ein Austausch von Meldungen über atomare Ereignisse und die Ausbreitung von radioaktivem Niederschlag zwischen den NATO-Nachbarstaaten vorgesehen. Diese Informationen sind in WD-(Warning and Detection)Forms schematisch festgelegt. In Dänemark werden die WD-Forms mit Norwegen, Großbritannien und der Bundesrepublik ausgetauscht. Die wichtigsten WD-Forms übermittelten Informationen über Effektivwind, Detonationsdaten, Niederschlagsvorhersagen, Warnungen in Grenzgebieten und Verstrahlungsmessungen.

Jährlich wird eine internationale Warnübung (INTEX) durchgeführt. An dieser Übung nehmen auch die Bundesrepublik und Dänemark teil. Ziel dieser Übung ist es u.a., die internationalen Meldeverfahren zu überprüfen. Bei diesen Übungen habe ich als Verbindungskraft beim Warnamt I ständig Fernsprech- und Bildübertragungsverbindungen mit der ZS-Regionszentrale Jütland-Süd und der ZS-Landeszentrale bei Kopenhagen gehabt.

Aufgabe der Verbindungskraft ist es, die WD-Forms abzugeben und zu empfangen. Darüber hinaus übermittelt die Verbindungskraft durch Gespräche mit den Behörden im Heimatland ein genaues Bild über die Ereignisse und die Entwicklung im grenznahen Warngebiet im gegenseitigen Interesse der Warndienste der beiden Staaten.

1984 nahmen Teile des dänischen Warndienstes auch an der deutschen Übung NATEX teil. Es ist vorgesehen, daß dies auch in Zukunft der Fall sein wird. Dadurch wird unterstrichen, daß der dänische Warndienst großes Gewicht auf das Zusammenwirken mit dem Ausland legt.

Darf ich zuletzt zum Ausdruck bringen, daß ich bei meinem Dienst im Warnamt I immer sehr freundlich und hilfsbereit aufgenommen worden bin.

Warndienst der neunziger Jahre

Im Warnamt V trafen sich die Leiter der Warnämter und WD-Verbindungsstellen zu einer Arbeitstagung, an der auch Mitarbeiter der Abteilung „Warndienst“ im Bundesamt für Zivilschutz teilnahmen.

Nachdem die Leiter der Warnämter und WD-Verbindungsstellen den ersten Tag für einen internen Erfahrungsaustausch nutzten, wurde die Tagung offiziell vom Abteilungsleiter Warndienst, Ltd. Baudirektor Dr. August-Jürgen Maske, eröffnet. Durch die zahlreichen Themen, die die gesamte Palette des Warndienstes abdeckten, zog sich wie ein roter Faden die Diskussion über den Warndienst der neunziger Jahre. Bereits jetzt werden die Weichen gestellt für eine Erneuerung des Warndienstes. Neue Techniken und geänderter Einsatz von Medien bieten zahlreiche Möglichkeiten, einen ef-

fektivern Warndienst zu schaffen. In diesen Rahmen fügte sich gut ein Besuch der Basis des AWACS-Geschwaders in Geilenkirchen ein. Hier wurde das Modernste auf dem Gebiet der Luftraumüberwachung und Aufklärung durchgeführt. Wegen des hohen Stellenwertes, den diese Informationen auch für eine Verwendung zur Warnung der Zivilbevölkerung haben, war das allgemeine Interesse sehr reg.

Nicht minder wichtig ist bei den Arbeitstagungen der gemeinsam verbrachte Feierabend. Hier wird Gelegenheit gegeben, anstehende Probleme in kleinem Kreis ungezwungen zu erörtern. Dabei werden Grundlagen geschaffen, die im späteren Dienstbetrieb und bei einem eventuellen Einsatz von unschätzbarem Wert sind.

H. B.



Die Teilnehmer der Arbeitstagung im Warnamt V.

Eine besondere Anerkennung

Das ausgezeichnete Ergebnis, mit dem der Leiter der WD-Verbindungsstelle 81, Udo Eschmann, einen Lehrgang an der Technischen Schule der Luftwaffe 2 in Erndtebrück abschloß, veranlaßte den Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Ltd. Baudirektor Dr. Maske, an Eschmann ein besonderes Schreiben zu richten. Er brachte darin seine Anerkennung über den erfolgreichen Abschluß zum Ausdruck und sprach die Hoffnung aus, daß das hohe Engagement von Eschmann Vorbild und Ansporn zugleich auch für andere Mitarbeiter im Warndienst sein werde.

Nachruf

Durch einen tragischen Unglücksfall verloren wir am 8. März 1985 unseren langjährigen Mitarbeiter, Kollegen und ehemaligen freiwilligen Helfer

Ludwig Erhart

Er verpflichtete sich 1962 zur freiwilligen Mitarbeit im Warndienst und wurde am 1. Oktober 1965 hauptberuflicher Kraftfahrer im Warnamt X.

Wir verlieren mit ihm einen lieben Mitarbeiter, Kollegen und Freund und werden gerne seiner gedenken.

Die Mitarbeiter und Helfer des Warnamtes X



Hilfen des Deutschen Roten Kreuzes in Afrika

Eine Arbeit der kleinen Schritte

Notleidenden Menschen eine Überlebenschance geben – Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen in Afrika müssen sich verbessern

Bereits seit 1980 bemüht sich das Rote Kreuz – im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten – gemeinsam mit seinen Schwestergesellschaften in Afrika, notleidenden Menschen eine Überlebenschance zu geben und Strukturen aufzubauen, die ihnen auf Dauer zugute kommen.

Dies ist eine Arbeit der „kleinen Schritte“, die sich nicht spektakulär darstellt, aber sie wird permanent und systematisch geleistet in der Hoffnung, daß sie sich schlußendlich auszahlen wird. Voraussetzung dazu ist allerdings die Verbesserung wirtschaftlicher und politischer Strukturen, auf die das Rote Kreuz jedoch keinen Einfluß nehmen kann.

Nach dem Fernsehbeitrag von W. Koruhn „Gesucht wird... eine 100-Millio-

nen-Mark-Spende“ vom 28. März 1985 (ARD/WDR) und einer späteren Podiumsdiskussion zu dieser „Dokumentation“ erscheint es angebracht, auf die seit 1980 erbrachten Leistungen des DRK hinzuweisen und zukünftige Projekte beispielhaft darzustellen.

Das Deutsche Rote Kreuz hat z. Z. 34 Helfer in Afrika im Einsatz, davon acht in Äthiopien (Ärzte, Schwestern, Logistiker, Landwirtschafts- und Ernährungswissenschaftler sowie Kfz-Mechaniker).

Allein in Äthiopien unterstützen rund 1 000 ehrenamtliche Helfer des Äthiopischen Roten Kreuzes die Arbeit der DRK-Delegierten.

Einige nachfolgende Projektbeispiele sollen die Arbeit des Roten Kreuzes in afrikanischen Notstandsgebieten verdeutlichen.

1980–1983

wurden Hilfen des Deutschen Roten Kreuzes im Wert von DM 71 000 000 geleistet.

1984

hat das DRK mit Unterstützung von Bundesregierung und Europäischer Gemeinschaft Hilfen in Höhe von DM 48 000 000 bereitgestellt.

1985

Die ARD-Sendung „Ein Tag für Afrika“ ergab ein Spendenaufkommen für das Deutsche Rote Kreuz von rund DM 20 Millionen. Für Soforthilfemaßnahmen hat das DRK in diesem Jahr DM 9 850 000 (also rund 50%) verwendet.

1980 bis März 1985 DM 128 850 000

Die in diesem Jahr bis Ende März erbrachten Hilfen wurden wie folgt geleistet:

Äthiopien	Fahrzeuge	DM 725 000
Äthiopien	Speiseöl	DM 2 310 000
Äthiopien	Medikamente	DM 58 000
Äthiopien	Wolldecken, Gerätschaften, Kücheneinrichtungen	DM 1 750 000
Afrika	Zuschuß zur IKRK-Arbeit	DM 1 000 000
Angola	Zelte, Nahrungsmittelhilfe, med. Versorgung	DM 2 600 000
Niger/Ruanda	Nahrungsmittelhilfe	DM 240 000
Sudan	Nahrungsmittelhilfe, med. Versorgung	DM 900 000
Sudan	Nahrungsmittelhilfe	DM 270 000
Gesamt		DM 9 850 000

Nahrungsmittelhilfe

Tschad

Zielsetzung des Projekts:

Soforternährungsprogramm für 193 000 der am stärksten betroffenen Personen in 235 Ernährungszentren der Regionen Guerra, Kanem, Biltine, Quaddi, „Wall of N'Djamena“, Südlicher Tschad.

Kurzbeschreibung:

Die Situation im ganzen Land ist alarmierend, denn die diesjährige Dürre im Tschad ist die schlimmste seit Beginn des Jahrhunderts. Internationale Organisationen weisen auf ein Getreidedefizit von 285 000 t hin. Die Folge der Situation ist der Tod von Tausenden von Kindern und Erwachsenen. Etwa 80 000 Menschen halten sich allein in einem Umkreis von 40 km um N'Djamena auf. Das Hilfsprogramm des Deutschen Roten Kreuzes erstreckt sich auf folgende Regionen:

Region Guera:

In 22 Ernährungszentren werden 26 100 Personen versorgt.

Region Kanem:

In 13 Ernährungszentren werden 12 450 Personen versorgt.



Auch bei der Feststellung des Ernährungszustandes arbeiten Spezialisten des IKRK und ehrenamtliche einheimische Helfer zusammen.

Region Biltine:

In 22 Ernährungszentren werden 18 600 Personen versorgt.

Provinz Quaddi:

In 24 Ernährungszentren werden 20 850 Personen versorgt.

Region „Wall of N'Djamena“:

Das Rote Kreuz versorgt 40 000 Flüchtlinge in einem Umkreis von 40 km im N'Djamena in 20 Ernährungszentren mit Nahrungsmitteln.

Region Süd-Tschad:

In 134 Ernährungszentren werden 75 000 betroffene Menschen mit Nahrungsmitteln versorgt. Die Fortsetzung der Hilfe wird auf mindestens ein Jahr geplant.

Zur Versorgung der o. a. Betroffenen werden für das Gesamtjahr 1985 5000 Tonnen Weizen und Mais sowie 7500 Tonnen Weizenmehl, Milchpulver, Zucker und Speiseöl benötigt.

Es werden 24 Delegierte im Internationalen Rotkreuz-Verband und 555 einheimische Helfer eingesetzt.

Medizinisches Programm

Äthiopien

Zielsetzung des Projekts:

Verbesserung der Gesundheitssituation in den Regionen Wollo, Kobo, Sidamo.

Kurzbeschreibung:

Region Wollo:

in Korem:

Entsendung von medizinischem Hilfspersonal zur Zusammenarbeit mit Medecins sans Frontières; Ausgabe von Medikamenten; kurative medizinische Hilfen in improvisierten Unterkünften.

in Mille und in Bati:

Verbesserung des Gesundheitswesens unter Mitwirkung des einheimischen Sanitätspersonals; kurative medizinische Hilfen in improvisierten Unterkünften.

Region Sidamo:

in Wolaita:

Weiterführung der Rotkreuz-Ernährungszentren (Zusatznahrung für Kinder bis fünf Jahre, werdende und stillende Mütter, Kranke und Schwache) und der medizinischen Versorgung.

Zur Durchführung des Programms werden im internationalen Rotkreuz-Verband 16 medizinische Delegierte entsendet, die mit 80 einheimischen Helfern im Sanitätsdienst zusammenarbeiten.

Strukturhilfen, die längerfristig wirken

Sudan

Zielsetzung des Projekts

Verbesserung des Basisgesundheitsdienstes in Dürreregionen mit besonderer Gewichtung auf Fragen der gesunden Ernährung und unter Einbeziehung integrierter Landwirtschaftsprojekte. Gleichzeitig soll der Fortschreitung der Desertifikation durch angepaßte Maßnahmen entgegengewirkt werden. Durch Aufklärung ist auf die Beziehung zwischen menschlichem Verhalten und Auswirkungen auf die ökologische Veränderung im Lande hinzuweisen. Gegenmaßnahmen sind einzuleiten.

Kurzbeschreibung:

Bereits während der letzten zehn bis zwölf Jahre waren Regenfälle im Sudan äußerst selten. Die Ernteerträge 1984 waren noch geringer als im Vorjahr, und die nächste mögliche Ernte kann erst im November 1985 erwartet werden.

Eine große Zahl von Beja-Nomaden hat ihre Gebiete verlassen und sammelt sich in Lagern in der Red Sea Region. Auch nördlich davon wird durch Ernteauffälle verursachte akute Not gemeldet.

Das Gebiet Nord-Dafur im Westen des Landes ist ebenfalls von der Dürre betroffen und hat größere Abwanderungen der Betroffenen aus ihren Gebieten nach sich gezogen.

Das Hilfsprogramm des Roten Kreuzes in Zusammenarbeit mit seiner Schwestergesellschaft Sudanesischer Roter Halbmond soll nun zusätzliche operative Kapazitäten auf verschiedenen Organisationsebenen schaffen.

In Absprache mit nationalen und regionalen Behörden sind in den betroffenen Regionen vorhandene Einrichtungen des Basisgesundheitsdienstes zu renovieren, neu auszustatten und die Zahl auszuweiten.

Ergänzend zu den Basisgesundheitsdiensten werden zur praktischen Anleitung von Ernährungsschulungen Modellgärten angelegt und bebaut, die Wasserversorgung sichergestellt und eine Rehabilitation der örtlichen Landwirtschaft auf breiter Ebene bis hin zu ökologischen Maßnahmen eingeleitet.

Die Vereinbarung mit der nationalen Schwestergesellschaft, dem Sudanesischen Halbmond, umfaßt zunächst eine Projektdauer von drei Jahren, es wird jedoch bereits die Finanzierung für eine Laufzeit von fünf Jahren sichergestellt.

Zur Führung der Maßnahmen und der einzuleitenden materiellen und personellen Leistungen werden gleichzeitig die regionalen Verwaltungen des Sudanesischen Roten Halbmondes gefördert und die Mitarbeiter geschult.

Neben der Schulung von Führungskräften wird parallel Breitenausbildung in Gesundheitsfragen betrieben, den Teilnehmern der Kurse wird verdeutlicht, daß Dürrekatastrophen auch von Menschen verursacht werden, d. h. daß ihr persönliches Verhalten wichtig ist, um die verfügbaren Wasserressourcen, das verfügbare landwirtschaftliche Potential und den vorhandenen pflanzlichen Bestand zu erhalten oder zu rehabilitieren.

Was kostet die Hilfe für hungrige Menschen in Afrika?

Basisdaten	Kosten
Weizenmehl	0,65 DM/kg
Reis, polierter	1,30 DM/kg
Zucker	1,- DM/kg
Speiseöl, pflanzlich	2,60 DM/kg

Zusammensetzung einer Vollration (Quelle: Liga der Rotkreuzgesellschaften)

15 kg Weizenmehl pro Kopf und Monat
1 kg Zucker
1 l Speiseöl

Kosten der Vollration pro Kopf und Monat in DM

A) Ration mit Weizenmehl in DM

15 kg × 0,65 DM = 9,75 DM
1 kg × 1,00 DM = 1,00 DM
1 kg × 2,60 DM = 2,60 DM

Gesamtkosten: DM 13,35

B) Ration mit Reis in DM

15 kg × 1,30 DM = 19,50 DM
1 kg × 1,00 DM = 1,00 DM
1 kg × 2,60 DM = 2,60 DM

Gesamtkosten DM 23,10

Aus Vergleich A mit B ergibt sich, daß Weizenmehl dem Reis sowohl aus ernährungsphysiologischen Gründen (höherer Proteingehalt) als auch aus Kostengründen vorzuziehen ist, soweit bei den Ernährungsgewohnheiten vertretbar.

13,35 DM: 30 Tage = 0,45 DM

(Kopf/Tag)

13,35 DM: 4 Wochen = 3,34 DM

(Kopf/Woche)

Mit 15,- DM kann man einen Menschen einen Monat lang ernähren.

Mit 20,- DM kann man drei Menschen zwei Wochen lang ernähren.

Mit 100,- DM kann man zehn Menschen drei Wochen lang ernähren.

35. Ordentliche Bundesversammlung des Deutschen Roten Kreuzes in Augsburg

Vom 20. bis 22. Juni 1985 veranstaltet das Deutsche Rote Kreuz in Augsburg seine 35. Ordentliche Bundesversammlung. Zu dieser alljährlich stattfindenden Bundesversammlung, die das höchste Beschlußorgan des DRK darstellt, treffen sich Delegierte aus den 14 Landesverbänden des DRK und dem Verband der Schwesternschaften vom Deutschen Roten Kreuz.

Auf dem Programm stehen u. a. die Neuwahlen der Mitglieder des Präsidiums und der Fachausschüsse.

Neben zahlreichen Ehrengästen wird der Schirmherr des Deutschen Roten Kreuzes, Bundespräsident Richard von Weizsäcker, auf der Kundgebung am 22. Juni Grußworte an die Teilnehmer richten. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Norbert Blüm, hält auf dieser Kundgebung die Festansprache.

Holger Eschert

ASB schickte Hilfslieferungen in den Ostsudan

Überlebenshilfe für hungernde Menschen

Nahrungsmittel, Decken, Zelte
und medizinisches Gerät für das Notstandsgebiet um Kassala



Das ASB-Team aus dem Kreisverband Hannover-Land brachte die Lkw nach Hamburg zur Verschiffung.

Im Hochseehafen Port Sudan am Roten Meer macht in der letzten Märzwoche der schwedische Frachter „Butterfly“ fest. Der Ladekran am Kai hievt einen Lastwagen vom Schiff. In kurzen Abständen folgen zwei weitere Fahrzeuge, beladen mit Röntgengeräten. Die Arbeit ist beendet, als ein Anhänger mit Feldküche und ein leistungsstarkes Notstromaggregat auf dem Hafengelände stehen.

24 Stunden nach der „Butterfly“ geht das deutsche Motorschiff „Dorothee“ in

der sudanesischen Stadt vor Anker. Von Bord schweben fünf Stahlcontainer. Ihr Inhalt: 15000 Woldecken, säuberlich gestapelt, und 50 Tonnen Lebensmittel.

Das Szenario wiederholt sich in Port Sudan derzeit mehrmals in der Woche: Internationale Katastrophenhilfe wird angelandet, diesmal aus der Bundesrepublik. Die Hilfsgüter, die im Sudan ankommen, sind für die Flüchtlingslager längs der sudanesisch-äthiopischen Grenze bestimmt – Überlebenshilfe für hungernde Menschen.

Absender der Fracht, die mit der „Butterfly“ und der „Dorothee“ eintrifft, ist der Arbeiter-Samariter-Bund. Die karitative Organisation hatte die Spenden drei Wochen zuvor in Hamburg auf die Reise geschickt. Um die Notleidenden zumindest mit dem Nötigsten zu versorgen, arbeitet der ASB gemeinsam mit anderen Hilfsdiensten aus Westeuropa und den USA im flächengrößten Staat Afrikas.

Die Aktionen sind nicht spektakulär, eher ein Mosaikstein in der weltweiten

Auslandshilfe der Arbeiter-Samariter. Und nicht der letzte: Ende April sollten erneut acht Lastwagen in Port Sudan ankommen. Im Lande fehlt es an Transportkapazitäten, um genügend Nahrungsmittel, Decken, Zelte und medizinisches Gerät in die improvisierten Flüchtlingscamps im Ostsudan zu bringen.

Vor Eintreffen der ersten Hilfslieferungen entsandte der ASB vier Mitarbeiter, darunter zwei Mechaniker, in das ostafrikanische Land. Mit eigenen Leuten vor Ort, so der Bundesverband in Köln, sei die Kontrolle über die Soforthilfe besser gewährleistet. Auf diese Weise werde verhindert, daß Nahrungsmittel in den Häfen liegenbleiben, ohne die Sammel-lager je zu erreichen. Oder, daß Decken und Arzneimittel in falsche Hände geraten und später auf dem Schwarzmarkt auftauchen.

Deshalb nehmen Ende März ASB-Helfer die Schiffsladung selbst in Empfang. Sie erledigen die Zollformalitäten, die vor der Fahrt ins Landesinnere stehen. Neun Tage dauert es diesmal, bis die Frachtlisten kontrolliert und der Transport freigegeben wird. Zollgebühren erhebt der Sudan nicht, da die prowestliche Regierung in Khartum die internationale Nahrungsmittel-Hilfe stillschweigend duldet.

Der Konvoi, verstärkt durch elf Lastwagen, die bereits vor Monaten geliefert wurden, verläßt die Hafenstadt gen Süden. Ziel des Transports ist das Notstandsgebiet in der Region um Kassala, eine Provinzstadt unweit der äthiopischen Grenze.

Mehrere hundert Kilometer liegen vor den Fahrern – mit den ersten Schwierigkeiten: Es fehlt an Straßen. Nur bis ins 70 Kilometer südlich gelegene Suakin ist die Verbindung befestigt. Dann mühen sich die geländegängigen Laster weiter über staubige Schotterpisten.

Den Mangel an ausgebauten Straßen beklagen auch andere Hilfsorganisationen. Zudem fehlen Tankstellen, Werkstätten und vor allem Treibstoff.

Erst vor Wochen sagte die amerikanische Regierung Finanzmittel in Höhe von 40 Millionen Dollar zu, um Benzin für Lastwagen, Busse und Traktoren zu kaufen.

Für die ersten elf ASB-Fahrzeuge war Anfang März zunächst im Hafen Port Sudan Endstation: Benzinmangel. Nur mit einer Tankfüllung voll hätte man die Sammel-lager zwar anfahren können, die Lkw dann aber stehen lassen müssen. Probleme, die der Bundesverband von Köln aus aus der Welt schaffte.

Eine amerikanische Ölgesellschaft in New York dirigierte nach Anfrage einen Tanker aus Saudi-Arabien nach Port Sudan – mit Benzin.

Nach mühsamer Fahrt rollen die ASB-Laster in ein Flüchtlingslager ein. Etwa 700000 Menschen aus den Norden des benachbarten Äthiopiens haben in einem der zehn Camps Unterschlupf gefunden. Seit Sommer 1984 kommen sie aus den Provinzen Eritrea und Tigre, wo Aufständische gegen die Zentralregierung in Addis Abeba kämpfen. Der Treck reißt nicht ab.

Zehntausende haben oft wochenlange Fußmärsche hinter sich, barfuß, zerlumpt und unterernährt. Sie wandern gen Westen – auf der Flucht vor einer schlimmen Hungersnot.

Rund sechs Millionen Eritreer und Tigrinya sind im äthiopischen Hochland von drei Plagen gleichzeitig heimgesucht: Dürre, Unterernährung und vor allem Bürgerkrieg.

Seit Jahren führt die Militärregierung in Addis Abeba einen Kleinkrieg gegen die Rebellenprovinzen im Norden. Den Konflikt erben die Machthaber aus der Kaiserzeit. Negus Haile Selassie hatte den Bürgerkrieg 1962 angefacht, als er die autonome Nordprovinz Eritrea gewalt-sam und gegen Völkerrecht annektierte.

Am 12. September 1974 entmachteten Militärs den greisen Kaiser, setzten den Krieg gegen die Rebellen noch blutiger fort als zuvor. Die Guerilla zog sich in unzugängliche Gebiete zurück.

Im bewaffneten Widerstand kämpft die Volksbefreiung EPLF, die in Eritrea einen von Äthiopiens unabhängigen Staat fordert. In Tigre will die Befreiungsfront TPLF Autonomie für die Provinz in einem demokratischen Staat.

Mehrere Hilfsorganisationen werfen dem Linksregime von Staats- und Parteichef Mengistu Haile Miriam heute vor, die nördlichen Landstriche mit der Hungerwaffe zur Loyalität zwingen zu wollen. Denn: Nahrungsmittelhilfe wird nur in den staatlichen Verteilerstellen ausgegeben, die unter Kontrolle der Armee stehen. Rund Dreiviertel des Hochlandes, das von den Aufständischen beherrscht wird, ist für Lieferungen gesperrt. Addis Abeba verweigert den karitativen Organisationen den Zutritt.

Um den Widerstand nach 23 Jahren ohne militärischen Sieg zu brechen, läßt Mengistu die Bevölkerung aus der Hochebene umsiedeln. „Operation Neue Heimat“ – wie es in der Hauptstadt amtlich heißt. Eine halbe Million Menschen sollen im Süden und Südwesten Äthiopiens angesiedelt werden, auf lange Sicht fünf Millionen. Viele Kritiker halten das für eine Maßnahme der politischen Unterdrückung. Unstrittig ist gleichwohl, daß die Böden im Süden fruchtbarer sind als in Eritrea, Wollo und Tigre.

Umsiedlungs-Politik, Blockade der Hilfs-lieferungen und Bürgerkrieg sind neben der Dürre die wesentlichen Gründe für die Flucht der Bevölkerung gen Westen. Die Katastrophe verlagert ihren Schwerpunkt aus dem Norden Äthiopiens in den Sudan.

Schon die Regierung von Staatspräsident Dschaafar el-Numeiri hatte alle Mühe, die eigene Bevölkerung zu ernähren. Neben den Äthiopiens-Flüchtlingen suchen auch Tausende aus dem Tschad im Nachbarstaat Sudan Zuflucht.

Nach dem Putsch von General Suwar el-Dahab bleiben die alten Probleme, die Khartum mit den Flüchtlingsstrecks hat. Angewiesen auf ausländische Hilfe, sagten die neuen Machthaber bereits zu, Soforthilfe weiter über Port Sudan ins Land zu lassen.

Der ASB-Bundesverband in Köln sieht sein Sudan-Projekt vorerst nicht gefährdet. Allerdings warten weitere Helfer auf ihren Flug nach Khartum, da die sudanesishe Botschaft in Bonn nach dem Putsch keine Visa ausstellt. Wie lange, weiß keiner.

Dafür entschieden, neben Togo und dem Tschad auch Überlebenshilfe für die Flüchtlinge im Ostsudan bereitzustellen, hatten sich die Arbeiter-Samariter im vergangenen Herbst. Als die Hilferufe immer lauter wurden, beschloß die karitative Organisation, gemeinsam mit Partnern aus dem Internationalen Arbeiterhilfswerk Geld für materielle Unterstützung zu geben: Zunächst eine Million Mark, die aller Voraussicht nach im August zu Ende geht.

Neue Finanzquellen sind nach Angaben des ASB noch nicht erschlossen. Trotzdem soll der Einsatz im Sudan weiterlaufen.

Auf Dauer soll die Soforthilfe in langfristige Projekte übergehen. Denn in Köln ist unstrittig: Nahrungsmittel-Lieferungen an sich stellen noch keinen Ersatz für sinnvolle Entwicklungshilfe dar. Kostenlose Lebensmittel verleiden es den Bauern, ihre heimische Scholle zu beakern. Gegen Gratis-Nahrung können sie nicht konkurrieren. Als Folge verlassen viele ihre Felder, machen sich auf den Weg in die „Feeding-Camps“. Der Hunger vervielfacht sich.

„Hilfe zur Selbsthilfe“ ist seit langem das Zauberwort für internationale Hilfe in die dritte Welt. Auch für den ASB.

Er will gemeinsam mit der Eritrean Relief Association (ERA), der eritreischen Hilfsorganisation, landwirtschaftliche Projekte im umkämpften Eritrea aufbauen. Was der Norden Äthiopiens zuvor jedoch braucht: Frieden!

Für 80 Kilometer vier Stunden gebraucht

Weiterer Bericht über den Hilfeinsatz von Walter Stadlmeir im Sudan – Fortsetzung aus ZS-Magazin 2/85



10. Januar, der achte Tag: Ich sitze im Büro der ORA/OLF (Oroma Relief Association) und warte auf den Aufbruch nach Yabbus. Um 13.30 Uhr kann die Reise beginnen. Keine hundert Kilometer von Khartoum entfernt haben wir die erste Panne. Der Lkw hat einen totalen Stromausfall. Die Reparatur dauert ungefähr eine Stunde, dann geht es weiter. Auf dem Weg von Khartoum nach Sedija, das ist eine Strecke von 307 Kilometern, sind wir durch zehn Polizeikontrollen gekommen. Das konnte unseren Fahrer allerdings nicht erschüttern, er sagt, das sei hier durchaus üblich.

11. Januar, der neunte Tag: Wir sind um 4 Uhr aufgestanden und haben uns fertiggemacht, um die nächste Teilstrecke zu bewältigen. Der Ort, den wir erreichen wollen, heißt Damassin und liegt bereits in der Region des Blauen Nils. Es ist zwar nur eine Strecke von 160 Kilometern, aber sie führt allein über unbefestigtes Gelände. Bis 8.30 Uhr geht alles gut. Die Strecke ist für uns und das Fahrzeug eine Qual, denn wir kommen nur im 20-Stundenkilometertempo vorwärts. Plötzlich kommt uns ein vollbesetzter Bus entgegen. Er befindet sich auf unserer Seite der Straße und weicht erst im letzten Moment aus. Dadurch kommt er ins Schleudern und erwischt uns noch mit seinem Heckteil. Wir haben einen Unfall. Nach einer Stunde Diskussion ist man sich endlich einig.

Aber ein Unglück kommt selten allein: Der Wagen springt nicht an. Nachdem

unser Fahrer alle Leitungen geprüft hat, stellt er fest, daß eine Leitung verstopft ist. Nach zwei Stunden können wir weiterfahren.

Um 14 Uhr erreichen wir Damassin. Hier herrscht noch tiefstes Mittelalter. Keine befestigten Straßen, die Häuser sind durchweg aus Stroh, und das Wasser wird aus einem Dorfbrunnen geschöpft. Inmitten dieses Ortes befindet sich das ORA/OLF Büro. Unser Lkw scheint noch mehr abbekommen zu haben, als es zunächst aussieht. Er muß in die Werkstatt.

Wir haben Pause, und ich kann meine erste Malaria-Patientin behandeln. Sie ist mit einer Schar Flüchtlinge gekommen. Morgen werde ich mir auch die anderen ansehen. Ich muß zur Sicherheitspolizei, denn ich will ja weiter ins Landesinnere. Ich hoffe nur, daß der Lkw schnell repariert wird, damit wir weiter können.

12. Januar, der zehnte Tag: Nach dem Wecken um 7.30 Uhr und einer Tasse Tee gehen mein Begleiter und ich zur Sicherheitspolizei, um die Erlaubnis zur Weiterreise zu bekommen. Der Beamte stellt uns zwar in Aussicht, weiterfahren zu können, aber er will erst auf eine Nachricht warten.

Das bedeutet im Klartext, daß ich noch ein bis zwei Tage hier bleiben muß. Ich kümmere mich zunächst um das Lazarett der ORA/OLF. Am Mittag kommen dann zwei Flüchtlinge in unser Büro. Einer von ihnen, der ein paar Brocken Englisch spricht, bittet mich, in ihr Camp

zu kommen, weil dort Flüchtlinge sind, die dringend medizinische Hilfe benötigen. Ich gehe mit beiden bis zum anderen Ende der Stadt. Es ist ein Fußmarsch von ungefähr einer Stunde.

Hier liegen 300 bis auf das Skelett abgemagerte Menschen. Über den englisch sprechenden Flüchtling erfahre ich einiges über ihre Schicksale. Ein Mann, der erst kürzlich hier im Camp eingetroffen ist, zeigt mir seinen Sohn, den er vor drei Monaten verloren und nun hier wiedergefunden hat. Ein anderer erzählt mir, daß noch weitere 380 Flüchtlinge in Kurmuk sind, die nur noch auf einen Transport nach Damassin warten. Die meisten Menschen hier leiden an akuter Unterernährung, Durchfallerkrankungen, Malaria, infizierten Wunden und vielem mehr. Es gibt hier bereits so viel zu tun, daß ich schon ganz dankbar für diesen Zwangsaufenthalt sein kann.

13. Januar, der elfte Tag: Um 10 Uhr werde ich abgeholt. Man hat schon alles für mich vorbereitet. Ein Tisch und zwei Stühle und die Kranken nach Dringlichkeit sortiert. Bis 15 Uhr schaffe ich die ersten 30 Patienten.

Abgemagert und in zeretzter Kleidung warten sie geduldig. Fast alle gängigen Erkrankungen kommen vor. Ich mache eine kleine Pause und falle total fertig in einen tiefen Schlaf. Bis zum Abend kann ich aber noch weitere 30 Patienten behandeln. Danach werde ich von einem Fahrer der Sicherheitspolizei abgeholt, um in deren Büro zu kommen. Es ist Besuch aus Khartoum gekommen: ein Mitarbeiter des UNHCR (Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) und der Beauftragte für Flüchtlingsfragen aus dem Sudan. Eine amerikanische Journalistin löchert mich den ganzen Abend mit Fragen. Gegen 22 Uhr falle ich dann todmüde in mein Bett.

14. Januar, der zwölfte Tag: Eigentlich wollten wir schon in Yabbus sein, aber wir müssen noch Lebensmittel einkaufen, was uns den halben Tag gekostet hat. Die Situation ist so ernst, daß wir den Lkw mit $\frac{2}{3}$ Lebensmittel beladen und den Rest der Medizin ein anderes Mal holen werden.

15. Januar, der dreizehnte Tag: Gegen fünf Uhr morgens geht es endlich weiter nach Yabbus. Es sind noch 230 Kilometer. Die ersten 80 Kilometer gehen noch relativ schnell, wir brauchen nur vier Stunden. Aber die Straße wird noch schlimmer.

Nach 15 Stunden Fahrt kommen wir in Yabbus an. Es ist stockfinster. Das

Camp gleicht einem Heerlager. Uns bereitete man einen großen Empfang, aber nicht einer, der uns hier begrüßt, ist ohne Gewehr. Unsere Unterkunft besteht aus einer Lehmhütte, einen Meter hoch mit einem großen Rundloch. Eine Tür gibt es nicht. Wir schlafen hier mit vier Leuten auf fünf Quadratmetern, und das ist noch sehr komfortabel.

16. Januar, der vierzehnte Tag: Ich besichtige das Camp. Die Zahl der Flüchtlinge liegt bei 400. Aber ihr Zustand ist im Vergleich zu den Flüchtlingen in Damassin besser. Hier scheint mir außer der medizinischen Versorgung der Problemschwerpunkt in der Bekleidung zu liegen, denn die meisten haben entweder nur Lumpen oder gar nichts an, bei den kalten Nächten ist das schon ein Problem. Am schlimmsten aber sind davon die Kinder und die Babys betroffen.

Das Hospital ist sehr spärlich eingerichtet, alles ist zusammengezwimmert.

17. Januar, der fünfzehnte Tag: Vor dem Hospital warten schon 30 Menschen auf eine Behandlung. Gewiß, einige sind auch aus Neugierde gekommen, um den weißen Doktor zu sehen, aber die meisten sind ernsthaft krank. An diesem Morgen behandle ich 38 Patienten. Darunter mehrere Kleinkinder mit aufgequollenen Bäuchen (Hungerbauch) und durchscheinenden Knochen. Viele Kinder haben chronische Bronchitis, Durchfall und Wurmbefall; dann fast schon selbstverständlich unzählige Malariafälle und vereiterte Wunden. Am Nachmittag habe ich nochmals 28 Patienten und alle mit den sich wiederholenden Krankheiten. Das wird wohl jetzt jeden Tag so ablaufen, da Yabbus ein Durchgangslager ist und ein ständiges Kommen und Gehen herrscht.

18. Januar, der sechzehnte Tag: Ich behandle wieder ungefähr 50 Menschen, aber ich glaube, statt mit Medikamenten könnte man hier mit Woldecken mehr erreichen.

19. Januar, der siebzehnte Tag: Heute war eigentlich nicht mehr viel Neues los, was ich nicht schon beschrieben hätte. Ich hatte 61 Patienten mit den üblichen Krankheitssymptomen.

20. Januar, der achtzehnte Tag: Wir beginnen gleich mit der Verteilung der Trockenmilch, die der Lkw gestern gebracht hat. So habe ich nur Zeit für ungefähr 25 Patienten. Dafür haben aber 60 Kleinkinder einen Becher Milch bekommen.

21. Januar, der neunzehnte Tag: Es kommen immer noch 40 bis 50 Flüchtlinge am Tag. Die Milchausgabe an die Kinder erfolgt jetzt zweimal täglich. Langsam können wir nach einer Woche



schon die ersten Erfolge verzeichnen. Wenigstens die Kinder sind in einem besseren Zustand.

22. Januar, der zwanzigste Tag: Heute morgen hatte ich nur noch 29 Patienten und am Nachmittag zehn. Bei den meisten muß nur noch der Verband gewechselt werden.

23. Januar, der einundzwanzigste Tag: Heute hatte ich eine Reihe von Patienten mit Jodmangelerscheinungen. Seltsamerweise haben die Frauen kaum Krankheiten oder gar Schmerzen. Dafür kommen sie mit ihren Säuglingen und Kleinkindern und wollen Medikamente. Wenn ich ihnen dann eine Tablette, etwas Saft gebe oder einfach nur einen guten Rat, sind sie enttäuscht und unzufrieden.

24. Januar, der zweiundzwanzigste Tag: Ich habe jetzt zwei Helfer im Hospital, von denen einer wenigstens etwas Englisch spricht und mir assistiert. Der andere kümmert sich um die Milchverteilung. Es hat heute für das erste Mal sehr gut geklappt.

25. Januar, der dreiundzwanzigste Tag: Nachdem ich am Morgen die Patienten behandelt hatte, war eine Schwangere in Behandlung, die behauptete, im fünften Monat zu sein. Sie hat große Probleme und Schmerzen. Ich gab ihr etwas gegen die Blutungen und warte bis morgen. Wenn es dann nicht besser wird, muß sie mit dem Lkw nach Damassin.

26. Januar, der vierundzwanzigste Tag: Langsam werden die Patienten weniger. Es ist sehr heiß, es juckt mich am ganzen Körper. Zuerst dachte ich, mich hätten wieder sämtliche Moskitos heimgesucht, aber als ich abends unter die Dusche wollte, wurde ich eines Besseren belehrt. Mein Körper ist übersät mit Pickeln und Rötungen. Ich habe die Röteln. Jetzt falle ich bestimmt zwei bis drei Tage aus.



27. Januar, der fünfundzwanzigste

Tag: Natürlich war es nicht so einfach, den Müttern mit ihren Kindern zu erklären, daß ich selbst krank bin und die Kinder auf keinen Fall untersuchen kann. Erstaunlich, wie einsichtig die Menschen hier doch sein können. Trotzdem hatte ich 15 Patienten, die ich nicht wegschicken konnte. Meine Röteln jucken wie der Teufel, aber das Fieber ist schon geringer geworden.

28. Januar, der sechszwanzigste

Tag: Mehr als 40 Patienten am Morgen und 18 am Nachmittag. Aber mir geht es schon wieder besser. Ich sehe immer noch wie ein Krebs aus, aber das Fieber ist fast weg.

29. Januar, der siebenundzwanzigste

Tag: Am Morgen kamen Lkw mit neuen Flüchtlingen aus verschiedenen Camps im Sudan. Sie machen hier nur Zwischenstation. An einem der nächsten Tage fahren sie weiter.

Nur 30 Patienten heute. Man kann das Unternehmen langsam als einen Teilerfolg bezeichnen.

30. Januar, der achtundzwanzigste

Tag: Mein Gesundheitszustand bessert sich zusehends.

31. Januar, der neunundzwanzigste

Tag: Heute hatte ich außer den täglichen 40 Patienten eine Frau mit starken Blutungen aus der Scheide, nachdem sie letzte Nacht ein Baby zur Welt gebracht hatte. Die Nachgeburt ist noch nicht ganz ausgeschieden und es besteht die Gefahr einer Entzündung. Ich habe ihr blutstillende Medikamente und eine Spritze gegeben. Das reicht natürlich nicht, denn sie muß in ein Krankenhaus zum Ausschaben.

Am Nachmittag brachten sie mir einen 18jährigen Jungen. Er hat hohes Fieber, ein akutes Abdomen, das zudem noch stark druckempfindlich ist, einen schnellen fiebrigen Puls und einen sehr niedrigen Blutdruck. Ich nehme stark an, daß er eine Blinddarmentzündung hat oder, was noch schlimmer wäre, ein aufgebrochenes Magengeschwür. Er hat alle Anzeichen einer Anämie. Ich habe ihm eine Infusion angelegt und einige entzündungshemmende Mittel gespritzt. Ich werde ihn morgen auf den Transport nach Damassin in das dortige Hospital schicken.

Ich habe auch noch zwei neue Helfer mit „Englisch-Kenntnissen“ bekommen: Yes und no, das ist doch schon etwas für den Anfang, oder? Jetzt stehe ich in meinem vier Meter durchmessenden „Hospital“ mit vier Helfern da, von denen einer leidlich übersetzen kann.

1. Februar, der dreißigste Tag: Der Junge von gestern ist mit dem Transport nach Damassin gegangen, da ich ihm nicht mehr helfen konnte.

MHD-Jahresbilanz 1984

Mitglieder und Gruppen

Ordentliche Mitglieder: 66389
(+ 2442 gegenüber 1983)
Fördermitglieder: 124924 (+ 67318)

Aktive Helfer in Gruppen: 28129
(- 695)

davon:
- Helfer: 20300
- Helferinnen: 7829
Helfergruppen insgesamt: 2661 (+ 16)

Katastrophenschutz-Einheiten: 464
(+ 6)

davon:
- Verstärkungseinheiten: 233
- Ergänzungseinheiten: 231

Ausbildungen

Mitarbeiter des Malteser-Hilfsdienstes bildeten aus:

- in Erste Hilfe: 179954 (+ 2148)
- in Sofortmaßnahmen am Unfallort - Kurse für Führerscheinbewerber: 125160 (+ 1537)
- zu Schwesternhelferinnen: 6362 (- 65)
- zu Pflegedienst Helfern: 1317 (+ 346)
- in häuslicher Krankenpflege: 2032 (- 215)
- zu Rettungssanitätern: 306 (- 212)
- zu Rettungshelfern: 780 (+ 635)

Rettungswesen

Transporte/Einsätze insgesamt: 268871
(+ 19266)

dabei zurückgelegte Kilometer:
8724382 (+ 1854291)

Hauptamtliche Rettungssanitäter: 406
(+ 12)

Ehrenamtliche Rettungssanitäter:
ca. 2100 (+ ca. 100)

Der Malteser-Hilfsdienst vertritt die Meinung, daß die gegenwärtig durch das

Personenbeförderungsgesetz gegebene Rechtslage nicht den Erfordernissen entspricht, die an einen sachgerechten Rettungsdienst zu stellen sind. Durch eine Novellierung des Gesetzes ist ein Ausgleich zwischen dem öffentlichen Interesse an einem leistungsfähigen Rettungsdienst und dem Interesse privater Unternehmer an den Durchführungen des Verkehrs mit Krankenkraftwagen zu suchen.

Rückholdienst

Der 1981 eingerichtete Rückholdienst bewältigte im Berichtsjahr 1482 Krankenrückholungen aus dem In- und Ausland (+ 74,76%). Die weiteste Entfernung wurde für einen Rücktransport aus Hiroshima zurückgelegt.

Seit Oktober 1984 arbeiten Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe und Arbeiter-Samariter-Bund in diesem Bereich unmittelbar zusammen.

Sanitätsdienst

Anzahl der Einsätze bei Veranstaltungen (Sport- und Volksfeste, Messen u. a. m.):
39228 (+ 9,51%)

Anzahl der Hilfeleistungen: 106758
(- 3,08%)

Soziale Dienste

Die wesentlichen Aufgaben- und Einsatzbereiche der freiwilligen Helfer sind:

- Behindertenfahrdienste,
- Mobile Hilfsdienste (z. B. Hilfen im Haushalt),
- Mahlzeitendienste („Essen auf Rädern“),
- Betrieb von Hausnotruf-Zentralen,
- Pflegehilfsdienste in Krankenhäusern, Altenpflegeheimen, Sozialstationen,

- Allgemeine Hilfe für Krankenhauspatienten und Heimbewohner (Besuchsdienste, Behördengänge, Patientenbegleitedienst, Mitarbeit bei Informations- und Unterhaltungssendungen durch hausinterne Krankenhaus-Rundfunksender),

- Betreuung von Behinderten und alten Menschen bei Veranstaltungen aller Art,
- Betreuung von Ausländern und Asylanten.

Behindertenfahrdienste

- Anzahl der Fahrten: 1893178
(+ 243428)

- Zurückgelegte Kilometer: 16779077
(+ 1734153)

Mahlzeitendienste

- Betreute Personen: 6191 (+ 623)
- Zugeteilte Portionen: 786284
(+ 14887)

Mobile Hilfsdienste

- Betreute Personen: 23545 (- 821)
- Dienststunden: 75939 (- 13077)

Krankenhausdienste

- Betreute Krankenhäuser: 202 (- 3)
- Dienststunden: 194426 (+ 44994)

Alten- und Behindertenhilfe

- Betreute Personen: 48280 (- 1423)
- Dienststunden: 142486 (+ 14824)

Die Leistungen im Rahmen der Sozialen Dienste werden von den MHD-Gliederungen im Sinne eines „Verbund-Systems“ erbracht, d. h. viele Einzelmaßnahmen sind zu einem Gesamtleistungsangebot zusammengefaßt. Erst so bieten sie älteren, kranken und behinderten Menschen die Möglichkeit, nicht nur Konsumenten von Hilfeleistungen zu sein, sondern voll respektierte und in die Gesellschaft integrierte Menschen zu bleiben.

Malteser-Jugend

Mitglieder: 4148 (+ 470)

Gruppen: 337 (+ 42)

Gruppenleiter: 497

(+ 209 im Vergleich zu 1982)

Mit dem Jahr 1984 endete die erste Aufbauphase der Malteser-Jugend.

Auch in den Diözesen, in denen bis dahin keine Jugendarbeit betrieben wurde, entstanden Jugendgruppen. Die Verabschiedung der neuen Jugendordnung schaffte die Grundlage für notwendige strukturelle Verbesserungen. Die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland sprachen der Malteser-Jugend die Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe aus. Schließlich vollzog sich mit der zum Jahresende begin-

nenden Vorbereitung der Aktion „Aufbruch '85“ eine Hinwendung zu den konkreten Aufgaben der Jugendarbeit.

Zivildienst

Beschäftigte Zivildienstleistende: 1030 (+ 194) (Stichtag: 31. 12. 1984)

Ihre Einsatzbereiche: Krankentransport- und Rettungsdienst, Pflegehilfs- und Betreuungsdienste, Mobiler Hilfsdienst u. a. m.

Die anerkannten Zivildienstplätze (1578) konnten nur zu 65% besetzt werden.

Auslandsdienst

Der MHD-Auslandsdienst war 1984 u. a. in folgenden Ländern tätig:

1. Algerien: Zum Jahresende waren alle 25 Häuser fertiggestellt, die ein Handwerker-Team für ein Behindertenzentrum in Oran seit 1983 aufgebaut hat. In diesem Zentrum finden 135 Behinderte, die durch das Erdbeben von El Asnam 1980 obdachlos wurden sowie eine entsprechende Zahl von Betreuern Unterkunft.

2. Äthiopien: Im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes startete der MHD eine Hilfsaktion in der nordäthiopischen Stadt Makalle. Zwei mit Fachpersonal besetzte Teams führen dort ein „feeding-technisches Programm mit medizinischer Betreuung“ durch (stationär und ambulante medizinische Versorgung, Intensivernährungs-Programm für Kinder unter fünf Jahren, Impfprogramm).

3. Polen: In unvermindertem Maße führte der Malteser-Hilfsdienst 1984 seine Hilfsgütertransporte nach Polen fort. 1182,6 Tonnen Lebensmittel, Bekleidung, Babynahrung und Medikamente einschließlich medizinischer Geräte und Krankenhausbetten wurden mit 97 Transporten in die Volksrepublik gebracht (Wert: rund 5 Mio. DM).

4. Thailand: Im Flüchtlingslager Kao-I-Dang betreut ein MHD-Team rund 200 Leprapatienten – die Arbeit wird fortgesetzt.

5. Vietnam: für die beiden Hospitäler in Da Nang konnten weitere Ersatzteile – vorwiegend für medizinische Geräte – geliefert werden.

Weitere Informationen erteilt:

Malteser-Hilfsdienst e. V.
Generalsekretariat
Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit
Leonhard-Tietz-Str. 8
5000 Köln 1
Tel.: (0221) 203080
Telex: 8882337 mhdk

Beispiel: Essen auf Rädern

„Das ist halt schlimm, wenn man alt ist. Man kann sich nicht mehr selbst helfen und ist auf die jungen Leute angewiesen, sonst ist man verloren.“ So schildert die fast 80jährige Luise Kraus ihre Situation; dabei hält sie sich mühsam am Tisch fest. Sie klagt über Schmerzen, seit ihr Ischiasnerv eingeklemmt ist. Währenddessen stellt Manfred den Essensträger aus Aluminium zum Aufwärmen auf die Herdplatte. Manfred, 25 Jahre, diplomierter Theologe, ist Zivildienstleistender und Fahrer bei der Aktion „Essen auf Rädern“ in Bamberg; Luise Kraus ist eine der fast 150 Empfänger von Warmverpflegung, die werktags mit „Essen auf Rädern“ versorgt wird.

Nach Großversuchen des Caritasverbandes in anderen Städten sind seit August 1975 auch in Bamberg Fahrzeuge im Einsatz. Sie werden vom Malteser-Hilfsdienst und von der Arbeiterwohlfahrt gestellt. Derzeit sind es fünf Transportbusse auf festgelegten Routen.

Die Ausfahrt beginnt an der Küchenrampe der Fachschule für Altenpflege, in der die Speisen zubereitet werden.

„Unsere Köchinnen und Diätassistentinnen kochen nach den für ältere Menschen vorteilhaften Ernährungsgrundsätzen: viel Vitamine und Eiweiß, wenig Kohlehydrate und Fette“, erläutert der Verwaltungsleiter der Fachschule, Norbert Görtler. Die Mahlzeiten sollen etwa 800 Kalorien haben, zwei Drittel der Menü sind sogenannte Normalkost, ein Drittel Diät- und Schonkost. Heute steht Rinderherz „süß-sauer“ beziehungsweise Schweinefilet in Rahmsoße mit Eiereinlaufsuppe als Vorgericht und Johannisbeerdessert als Nachspeise auf dem Essensplan.

Manfred und ich verpacken die Essensträger in Wärmeboxen und verstauen diese mit den Plastikschälchen für Salat und Nachtschüssel im Mercedes-Bus. Die Tour von Manfred umfaßt 40 Personen, eigentlich zuviel Leute für zwei Stunden, aber in der Fahrbereitschaft sind zur Zeit zwei Zivildienststellen nicht besetzt.

Problemfälle

An der ersten Tür, an der wir läuten, erscheint ein schätzungsweise siebzigjäh-

riger Mann. Sein verkatertes Gesicht läßt darauf schließen, daß er soeben erst aufgestanden ist. Das Schlafanzughemd ist aufgeklopft, nur der linke Fuß mit einem Strumpf überzogen. Auf dem Küchentisch stehen die Sünden der Nacht: leere Bier- und Schnapsflaschen. Wortlos reicht er Manfred den Essensträger vom letztenmal und nimmt den neuen in Empfang. „Der nächste“, sagt Manfred, als wir wieder im Auto sitzen, „ist ein noch größerer Problemfall.“ Dieser nämlich verleiht seinem Nachmut über die Beilagen schon einmal Nachdruck durch den gezielten Wurf eines Salat-schälchens auf den Essensüberbringer. Als wir im vierten Stock eines alten Mietshauses ankommen, wartet er schon an der halbgeöffneten Wohnungstür. Mißtrauisch begutachtet er den Endviensalat und reicht dann wortlos die alten Essensträger herüber.

„Im großen und ganzen sind unsere Kunden mit dem angebotenen Essen zufrieden“, erklärt mir Norbert Görtler. Durch regelmäßige Fragebogenaktionen werden die besonderen Wünsche der älteren Leute ermittelt und nach Möglichkeit auch erfüllt. Der Essenspreis beträgt sechs Mark pro Mahlzeit, dazu kommt noch eine Mark für den Transport. Wer bedürftig ist, kann eine finanzielle Unterstützung durch das Sozialamt beantragen.

Sinnvolle Arbeit

Später stehen wir bei einem alleinstehenden, taubstummen Rentner im Zimmer. Sein rechter Arm ist gelähmt und so muß Manfred ihm das Fleisch zerteilen. Die beiden Fenster sind zugenagelt, dafür ist auf der Konsole eine Batterie von Raumspraydosen aufgereiht, in den Duftnoten Lavendel, Veilchen und Rosen. Auf einer provisorisch zusammengeagelten, windschiefen Anrichte steht ein Farbfernsehgerät, in dem gerade ein amerikanischer Spielfilm läuft: eine Liebeszene in einem luxuriösen Apartment über dem Lichteermeer von Manhattan. „Bei diesem Menschen sehe ich noch voll den Sinn meiner Arbeit“, meint Manfred auf der Heimfahrt, „daß überhaupt noch einer kommt ist für ihn genauso wichtig wie die Nahrungsaufnahme. Aber es gibt auch Fälle, da wohnt die Großmutter in der Familie und trotzdem wird sie von uns versorgt.“

Luise Kraus hat zwar einen Pflegesohn in Bamberg, aber der kümmert sich nicht um sie. Deshalb kommt Manfred in seiner Freizeit regelmäßig zu ihr. Soviel Zuwendung erfahren die anderen nicht. „Pro Tag höchstens fünf Minuten, und das nicht bei jedem“, rechnet Manfred aus.

Alexander Kähler

125 Jahre Bodensee-Feuerwehr-Bund

Jubiläumsfeierlichkeiten am 1. Juni 1985 in Meersburg

Seit 125 Jahren besteht nun der „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ und ist damit die älteste bekannte internationale Vereinigung von Feuerwehren. Gleichzeitig ist der „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ aber auch eine der ältesten Vereinigungen überhaupt, die die Menschen der drei Uferstaaten um den Bodensee zusammengeführt hat. Herr Hofrat Arnulf Benzer von Bregenz hat 1967 in einem Vortrag mit dem Titel „Der Bodensee als geistige Mitte“ ausgeführt, daß die Mittelpunktstellung des Bodensees von Natur gegeben sei. Er verwies dabei auf die reichhaltige Geschichte des Bodenseeraumes und vermerkte, daß der Bodensee zu einem Tisch geworden sei, an dem man inter- und übernational zusammensitzt, wobei er auf die verschiedenen Verbände und Vereinigungen kultureller, wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Natur hinwies, die in der Bodenseeregion tätig sind. Aus diesem Geiste heraus, aber auch aus der Erkenntnis, daß der Bodensee nicht trennend zwischen den Ländern liegt, sondern diese verbindet, daß wir um den Bodensee wie an einem großen Tisch zusammensitzen dürfen, wurde im Jahre 1860 der „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ gegründet.

Wenn man bedenkt, daß 1853 in Überlingen die erste Freiwillige Feuerwehr im Bodenseeraum gegründet wurde – kurze Zeit später erfolgten dann die

Gründungen weiterer Feuerwehren in den Städten rund um den See –, ist es schon erstaunlich, daß sich diese bereits im Jahre 1860 zu dieser internationalen Vereinigung zusammenschlossen.

Es war die Freiwillige Feuerwehr Konstanz, die zu ihren Jahreshauptübungen die benachbarten Wehren aus der Schweiz, aus Österreich und dem Deutschen Reich eingeladen hatte. Und bei einer dieser Zusammenkünfte wurde beschlossen, sich über die Grenzen hinweg zu einem Bund zu vereinigen. Es waren die Feuerwehren von Konstanz, Friedrichshafen, Lindau, Bregenz, Rorschach und St. Gallen, die anno 1860 die Gründung des „Bodensee-Feuerwehr-Bundes“ vornahmen; 1861 folgten dann Überlingen und 1867 Meersburg. Es waren also Feuerwehren aus den Ländern Österreich, der Schweiz, aus Bayern, Württemberg und Baden. Deshalb wird auch heute noch in Belangen des „Bodensee-Feuerwehr-Bundes“ „von den fünf Ländern rund um den Bodensee“ gesprochen. Es waren zunächst also nur Feuerwehren aus Städten, die direkt am Bodensee lagen, außer St. Gallen. St. Gallen wurde vermutlich deshalb mit einbezogen, weil die Stadt schon zur damaligen Zeit über eine einer Berufsfeuerwehr ähnlichen Bereitschaft verfügte und eine der größten Feuerwehren dieses Raumes war (ca. 500 Mann).

Eine wichtige, ja dominierende Rolle spielten damals die Verkehrsverbindungen, denn es war doch schwierig, allen Mitgliedswehren zu ermöglichen, an einem Tage zu einer Versammlung zusammenzukommen und auch wieder heimkehren zu können. Im wesentlichen war man doch noch auf die Schiffsverbindungen angewiesen. In diesen Versammlungen wurden, und dies war die eigentliche Zielsetzung des Bundes, Erfahrungen ausgetauscht. Es gab noch ganz wenige „Fachzeitschriften“, von Feuerweherschulen ganz zu schweigen, man war also auf eigene Erfahrungen angewiesen.

Welches ist die am besten geeignete kerzenbestückte Feuerwehrlaterne, war eine lang besprochene Frage; wie heize ich das Spritzenlokal, um das Einfrieren derselben zu verhindern, eine andere. Hierbei spielte auch die Kostenfrage eine große Rolle. Auch die Alarmierung war ein endlos diskutiertes Thema. Es gab kaum ein Telefon, und der Funk hielt erst 100 Jahre später Einzug bei den Feuerwehren. Das Schlauchmaterial, die Uniformen und Versicherungsfragen standen immer wieder im Mittelpunkt der Beratungen.

Aus diesen wenigen Fragen ist zu ersehen, mit welchen für uns heute „banalen“ Kleinigkeiten sich die Kommandanten damals befassen mußten. Auch wurde stets über die Brandfälle und die dabei gemachten Erfahrungen berichtet. Ein reichhaltiges Thema war, daß am 21. September 1890 in Rüthi-Moos (bei St. Gallen) bei einer Brandkatastrophe nicht weniger als 294 Häuser abbrannten, wobei zwei Frauen den Tod fanden und 157 Familien mit 672 Personen obdachlos wurden. Wie notwendig dieser „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ war, zeigen diese wenigen Ausführungen. Man war auf die Hilfe und die Erfahrungen des Nachbarn angewiesen, denn wo sonst sollte man sich Ratschläge holen. Bittere Zeiten für den „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ brachten die beiden Weltkriege, doch auch diese wurden überwunden. Als 1922 der erste Bundestag der Feuerwehren in Überlingen abgehalten werden sollte, war es den Kameraden aus Österreich finanziell nicht möglich, dem Fest beizuwohnen. Da sprangen die von Kriegslasten verschont gebliebenen Schweizer Kameraden ein. Jede dem Bund angehörende Schweizer Wehr erbrachte einen Sonderbeitrag und die Österreicher konnten von Unkosten freigehalten werden. „In prächtiger Weise haben die Schweizer Wehren den Wahlspruch der Feuerwehren: ‚Einer für



Der heutige Vorstand
des Bodensee-Feuerwehr-Bundes.
(Bild: Foto-Hütter,
Tettngang)

Alle, Alle für Einen' in die Tat umgesetzt", schrieb eine Tageszeitung in ihrem Bericht über diesen Bundestag. Die größte Bewährungsprobe bestand der „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ aber vor und nach dem letzten Weltkrieg. Am 22. 6. 1939 wurde dieser Bund auf Veranlassung der Machthaber aufgelöst. Im Protokollbuch lesen wir: „Da im neuen deutschen Reichsfeuerwehrgesetz keine Grundlage mehr gegeben ist für einen weiteren Bestand des ‚Bodensee-Feuerwehr-Bundes‘, erklären die Führer der anwesenden reichsdeutschen Wehren als Mehrzahl der im Bunde organisierten Wehren den ‚Bodensee-Feuerwehr-Bund‘ für aufgelöst.“

Nach Beendigung des Krieges traf man sich schon 1949 zur ersten Vorbesprechung, aber erst 1951 fand die erste Delegiertenversammlung statt. Nach anfänglichem Zögern der Schweizer kam es dabei zur Wiedegründung des „Bodensee-Feuerwehr-Bundes“. Der verständnisvollen Haltung der Feuerwehren der Schweiz war es zu danken, daß man sich wieder die Hand reichen konnte.

So hat der „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ in den 125 Jahren seines Beste-

hens alle Stürme und Kriege, alle Weltanschauungen und alle politischen Systeme überstanden. Heute gilt es zwar nicht mehr, gemachte Erfahrungen auszutauschen, aber die Sorge und die Gefahren um den Bodensee verbinden immer noch. Insbesondere die Erhaltung des Bodensees als Trinkwasserspeicher ist eine Aufgabe, die nur gemeinsam gelöst werden kann. In gemeinsamen Übungen aller Anliegerstaaten wird auch heute noch das Zusammenspiel der Kräfte um den Bodensee „für den Ernstfall“ geprobt. Dies ist aber nur möglich, wenn man sich kennt, wenn man verbunden ist, und wenn man sich der gemeinsamen Verantwortung bewußt ist.

125 Jahre „Bodensee-Feuerwehr-Bund“ heißt auch 125 Jahre Kameradschaft und Freundschaft zwischen den Feuerwehren und den Feuerwehrmännern aus diesen „fünf Ländern“ rund um den Bodensee. Die großartige Landschaft am Bodensee, die gleiche alemannische Mentalität seiner Anwohner, die Liebe zur Heimat, nicht zuletzt aber auch die gegenseitige Hilfe in der Not sind die Fundamente dieses „Bodensee-Feuerwehr-Bundes“. Paul Fischer



VÖCKLABRUCK

8. Internationale
Feuerwehrwettkämpfe
5. Internationale
Feuerwehrjugendwettkämpfe
XIV. Internationales
Symposium 1985 des CTIF

Eine Stadt lädt ein

Die Stadt Vöcklabruck wurde erstmals 1134 urkundlich erwähnt. Die Brücke über die Vöckla war für den Handelsweg Wels-Salzburg von großer Bedeutung. Außerdem wurde in Vöcklabruck das erste Spital Oberösterreichs errichtet. Die Stadterhebung dürfte sich im 14. Jahrhundert vollzogen haben; genaue Daten sind nicht überliefert. Die Wahrzeichen der Stadt Vöcklabruck, die beiden Türme am Nord- und Süden des Stadtplatzes, zeigen Wappenfresken aus der Zeit Maximilians I. um 1500. Mehrere Male, so unter der Zeit Napoleons, war die Stadt unter bayerischer Verwaltung. Erst beim Wiener Kongreß im Jahr 1816 wurde die endgültige Rückkehr nach Österreich besiegelt. Die Wirren der beiden Weltkriege gingen auch an der Stadt Vöcklabruck nicht spurlos vorbei. Besonders im Zweiten Weltkrieg waren Teile der Stadt, durch die Lage an der Bahnlinie Wien-Salzburg, zerbombt worden. Nach dem Weltkrieg blühte die Stadt Vöcklabruck wieder auf und entwickelte sich zu einem wichtigen Handels-, Schul- und Kulturzentrum in Oberösterreich. Die 11000 Einwohner der Kleinstadt – dem Tor zum Salzkammergut – genießen die Nähe zu dem Seengebiet, dem Naherholungszentrum für die Stadt. Die modernen Kultur- und Sportstätten der Stadt Vöcklabruck bieten ideale Voraussetzungen für die Abwicklung der großen internationalen Feuerwehrveranstaltungen.

Stadtsaal – ideal für das Symposium

Der moderne Stadtsaal bietet für über 1000 Personen Platz und liegt zentral am Stadtplatz. Für die Abwicklung des internationalen Symposiums des CTIF sind das ausgezeichnete Voraussetzungen. Zur Übersetzung der Referate der Brandschutzexperten in die fünf offiziellen CTIF-Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Russisch und Italienisch wird im Stadtsaal eine Simultanübersetzungsanlage installiert. Die Themen des

Im Blickpunkt der Feuerwehren: Vöcklabruck

Vom 15. bis 21. Juli 1985 finden hier die Feuerwehrwettkämpfe, die Jugendwettkämpfe und das Symposium des CTIF statt

Die Vorbereitungsarbeiten für die internationalen Feuerwehrveranstaltungen im Juli in Vöcklabruck (Oberösterreich) laufen auf Hochtouren. Die Höhepunkte der Veranstaltungen sind zweifellos die Eröffnung des internationalen Wettkampflagers, die Eröffnung des internationalen Symposiums des CTIF, die Fei-

erlichkeiten zu Beginn und die Abwicklung der Internationalen Feuerwehrwettkämpfe sowie die Einrichtung eines Sonderpostamtes mit einer Briefmarkenschau. Die große Schlußveranstaltung am Sonntag wird ein würdiger Abschluß der Woche des internationalen Feuerwehrwesens in Vöcklabruck sein.



Das Zentrum der oberösterreichischen Stadt Vöcklabruck.
(Bild: Voßmeier)

Symposiums drehen sich um die Probleme bei Unfällen in unterirdischen Verkehrsanlagen, z.B. „Brandentwicklung im Untergrundverkehr“, „Probleme der Sicherung von Einsatzkräften“, „Maßnahmen der Feuerwehr zur Rettung von Menschen in unterirdischen Verkehrsanlagen“ u.v.m. Das Sonderthema der Brandschutzkonferenz: Einsatz der Feuerwehren bei Großunfällen auf Verkehrsanlagen. Führende Fachreferenten auf dem Gebiet des Feuerwehrwesens und der Brandschutztechnik werden diese Themen erörtern.

Jugendforum der Jugendfeuerwehr

Die Jugendfeuerwehr ist in einem Zeltlager im Schulzentrum Vöcklabruck untergebracht. Neben den hervorragenden Leistungen der Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren beim Wettkampf sollen hier besonders das Spiel und die Völkerverbundenheit zum Tragen kommen. Außerdem wird ein Jugendforum unter dem Motto „Feuerwehrjugend in Europa – alle machen das gleiche, nur in der Organisation bestehen kleine Unterschiede“ veranstaltet.

Die Ziele des Jugendforums:

- Vorstellen und Bekanntmachen der Jugendgruppen und ihrer Heimat.
- Erkennen, daß die Jugendfeuerwehr international die gleichen Aufgaben bewältigt und lediglich kleine nationale Unterschiede bestehen.
- Formulierung der Vorstellungen der Jugendführer bezüglich Erziehung, gesellschaftspolitischer und feuerwehrtlicher Bildung der Mitglieder der Jugendfeuerwehren sowie ihrer eigenen Ausbildung für die Jugendarbeit.
- Selbstdarstellung der Jugendfeuerwehr, Vermittlung der Vorstellungen der Jugendführer für die Funktionäre des internationalen Feuerwehrverbandes und der Öffentlichkeit.

Das Jugendforum findet im Saal der Arbeiterkammer Vöcklabruck statt. Dieses Ereignis sollte man sich nicht entgehen lassen. Hier wird ganz besonders die Verbundenheit aller Völker im Feuerwehrgedanken deutlich dokumentiert.

Voralpenstadion – Zentrum der Wettkämpfe

Im Voralpenstadion, dem insgesamt sechs Fußballfelder angeschlossen sind, werden die gesamten sportlichen Bewerbe der internationalen Wettkämpfe abgewickelt. Die Feuerwehrwettkämpfe gliedern sich in:

- Internationale Feuerwehrwettkämpfe,
- Internationale Feuerwehrsportwettkämpfe (Wertung für Berufsfeuerwehren und Freiwillige Feuerwehren).

Bei den Internationalen Feuerwehrwettkämpfen können nur Freiwillige Feuerwehren teilnehmen. Sie müssen einen Löschangriff (trocken) und einen Staffellauf – mit den Hindernissen Kriechrohr, Hinderniswand und Schwebebalken – absolvieren.

Die Teilnahme bei den Internationalen Feuerwehrsportwettkämpfen ist für Berufsfeuerwehren und auch – erstmals – für Freiwillige Feuerwehren möglich. Die Sieger bei den Freiwilligen Feuerwehren werden aber in einer eigenen Wertung ermittelt. Bei den Sportwettkämpfen sind folgende Bewerbe zu bewältigen:

- 100-m-Hindernislauf,
- Aufstieg mit der Hakenleiter,
- Feuerwehrhindernisstaffel,
- Löschangriff (naß).

Die Disziplin „Zweikampf“ ist eine Wertung der Ergebnisse aus den Disziplinen „100-m-Hindernislauf“ und „Aufstieg mit der Hakenleiter“.

Die Jungfeuerwehrmänner messen sich bei den gewohnten Hindernis- und Staffelläufen.

Schlußveranstaltung – Höhepunkt der Feuerwehrwoche

Die große Schlußveranstaltung am Sonntag beginnt mit einem Feldgottesdienst im Voralpenstadion, zelebriert von Prälat Wilhelm Neuwirth (Abt des Stiftes St. Florian). Anschließend bringt die Feuerwehrjugend Österreichs Darbietungen im Stadion, die mit einem Ballonstart, als Gruß von Vöcklabruck an die weite Welt, ihren Abschluß finden. Der Höhepunkt wird aber die eigentliche Überreichung der Medaillen an die Wettkämpfer sein. Zu der Siegerehrung hat auch der österreichische Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger sein Kommen zugesagt.

*

Zeitplan

Montag, 15. Juli 1985

- 9 Uhr: Sitzung des Exekutiven Rates des CTIF im Wappensaal (intern)
- 15 bis 19 Uhr: Sitzung des Permanenten Rates des CTIF im Stadtsaal (intern)
- Bis 18 Uhr: Anreise der teilnehmenden Wettkampfgruppen
- 19 Uhr: Auslosung für die Internationalen Feuerwehrsportwettkämpfe, Kampfrichterbesprechung (intern)
- 20 Uhr: Begrüßungsabend für Permanenten und Exekutiven Rat (intern)

Dienstag, 16. Juli 1985

- 8 Uhr: Stadtbesichtigung der Jugendgruppen

8.30 Uhr: Sitzung des Permanenten Rates des CTIF am Atterseeschiff „Stadt Vöcklabruck“ (intern)

11 Uhr: Feierliche Eröffnung des internationalen Wettkampflagers im Schulzentrum Vöcklabruck

13 Uhr: Beginn des Wettkampftrainings

14 Uhr: Feierliche Eröffnung des internationalen Symposiums des CTIF im Stadtsaal

14 Uhr: Training Hindernislauf und Staffellauf (Stadion)

15 Uhr: Symposium im Stadtsaal

Ab 19 Uhr: Blasmusik im Festzelt

20 Uhr: Kameradschaftsabend im Festzelt

Mittwoch, 17. Juli 1985

6 Uhr: Fortsetzung des Wettkampftrainings (Stadion)

8 Uhr: Ausflugsfahrt für die Jugendgruppen in das Salzkammergut

9 Uhr: Fortsetzung des Symposiums

11.30 Uhr: Sendung „Autofahrer unterwegs“ aus dem Czerwenka-Haus

14 Uhr: Fortsetzung des Symposiums

20 Uhr: Lagerfeuerabend für die Jugendgruppen mit Spiel, Musik, ...

20 Uhr: Tanzabend im Festzelt

Donnerstag, 18. Juli 1985

6 bis 12 Uhr: Fortsetzung des Wettkampftrainings (Stadion)

8 Uhr: Training Hindernislauf und Staffellauf (Stadion)

8.30 Uhr: Eröffnung des Sonderpostamtes und der Briefmarkenschau mit dem Feuerwehrmusikzug Hannover im Lebzelterhaus (Öffnungszeiten: Do 8.30 bis 17 Uhr, Fr 8.30 bis 17 Uhr, Sa 8 bis 19 Uhr)

9 bis 12 Uhr: Fortsetzung des Symposiums

14 Uhr: Feierliche Eröffnung der VIII. Internationalen Feuerwehrwettkämpfe im Stadion, Durchführung der Wettkämpfe laut Zeitplan

18 Uhr: Jugendwettkampf

20 Uhr: Forum mit der Jugend (Generalprobe)

20 Uhr: Treffen der Feuerwehren der Bezirke mit den Gästen und dem Feuerwehrmusikzug Hannover im Festzelt

Freitag, 19. Juli 1985

7.30 Uhr: Fortsetzung der Wettkämpfe laut Zeitplan

9 Uhr: Sitzung der „Ärztelkommission“ im Wappensaal

9 Uhr: Jugendforum im Saal der Arbeiterkammer

14 Uhr: Sitzung der Kommission „Brandschutz auf Flughäfen“ im Wappensaal

14 Uhr: Jugendwettkampf

16.30 Uhr: Lagerolympiade der Jugendfeuerwehren

20 Uhr: Festbankett, Ehrungen und Auszeichnungen, Übergabe von Erinnerungsgeschenken im Czerwenka-Haus (intern)

20 Uhr: Treffen der oberösterreichischen Feuerwehren im Festzelt

Samstag, 20. Juli 1985

8 Uhr: Besuch der Jugendgruppen bei den oberösterreichischen Feuerwehrjugendgruppen

Ab 9 Uhr: Betreuung der Wettkampfteilnehmer bis ca. 17.30 Uhr durch die Feuerwehren des Bezirkes Vöcklabruck

10 Uhr: Generalversammlung des CTIF im Stadtsaal (intern)

18 Uhr: Folkloristische Veranstaltungen am Stadtplatz

20.30 Uhr: Unterhaltungsabend im Festzelt

Sonntag, 21. Juli 1985

8.30 Uhr: Feldgottesdienst im Voralpenstadion

9.15 Uhr: Vorführungen der Feuerwehrjugend Österreichs, Ballonstart im Stadion

10 Uhr: Siegerehrung und Abschlußveranstaltung im Beisein von Bundespräsident Dr. Kirchschräger



Themen und Referenten des Symposiums

Dienstag, 16. Juli 1985, 15 bis 18 Uhr

● Fachgebiet „Wissenschaft und Forschung“

Leitung: Vizepräsident Obuchov (Moskau)

„Brandentwicklung in unterirdischen Verkehrsanlagen und Brandbeanspruchung der Umschließungsbauwerke“

Hauptreferat: Nat. Komitee Polen

Koreferate: Nat. Komitee Niederlande, E. H. Whitaker (Großbritannien), Nat. Komitee UdSSR

● Fachgebiet „Feuerwehren und ihre Mitglieder“

Leitung: Vizepräsident Funck (Luxemburg)

„Probleme der Sicherung von Einsatzkräften in unterirdischen Verkehrsanlagen“

Hauptreferat: B. L. Fuller (Großbritannien)

Koreferate: Nat. Komitee ČSSR, Chefarzt Noto und Julien (Frankreich), Dipl.-Ing. Klaus Birth (BRD)

Mittwoch, 17. Juli 1985, 9 bis 12 Uhr

● Fachgebiet „Brandbekämpfung“

Leitung: Vizepräsident Varga (Budapest)

„Notwendige und mögliche Maßnahmen der Feuerwehr zur Rettung von Menschen und zur Brandbekämpfung in unterirdischen Verkehrsanlagen“

Hauptreferat: SenR Dr. Otto Wide (Österreich)

Koreferate: Generalmajor Károly Varga (Ungarn), Nat. Komitee DDR, T. Schaub (Schweiz), Dipl.-Phys. BD Günter Julga (BRD), Ing. Franz Kaida (Österreich), A. B. C. Hogg, Chief-Fire-Officer (Großbritannien), Nat. Komitee ČSSR

14 bis 18 Uhr

● Fachgebiet „Vorbeugender Brandschutz“

Leitung: Vizepräsident Tiezzi (Rom)

„Bauliche und betriebliche Brandschutzmaßnahmen in unterirdischen Verkehrsanlagen“

Hauptreferat: B. Diethelm (Schweiz)

Koreferate: Generalmajor Károly Varga (Ungarn), Dott.-Ing. Alberto D'Errico (Italien), Nat. Komitee Schweden, Nat. Komitee Niederlande, Nat. Komitee Rumänien, M. Cortet und M. Monzet (Frankreich), BD Dipl.-Ing. Kuno Peter Günther (BRD), Michel Maillot (Frankreich)

Donnerstag, 18. Juli 1985, 9 bis 12 Uhr

● Sonderthema „Einsatz der Feuerwehren bei Großunfällen auf Verkehrsanlagen“

Leitung: Vizepräsident OBD Dipl.-Ing. Gebhardt (Hamburg)

„Einsätze der Feuerwehren bei Verkehrsunfällen größeren Ausmaßes“

Hauptreferat: Lieutenant Colonel Biquand (Frankreich)

Koreferate: LBD Ing. Harald Ribitsch (Österreich), LFI Dipl.-Ing. Geraald Kubiza (Österreich), OBR Wilfried Weißgärber (Österreich), OBR Dr. Friedrich Palischek (Österreich), Verwaltungsinsp. Peter Juster (Österreich), OBD Rainer Alho (Finnland), Dott.-Ing. Marcello Pandolfi (Italien)

Deutsche Delegation 1985 in Vöcklabruck

Nach den Richtlinien des CTIF entsendet der Deutsche Feuerwehrverband als „Nationales Komitee des CTIF“ der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der deutschen Delegation 15 Mannschaften (à 10 Teilnehmer) und 30 Wettkampfrichter.

Folgende Mannschaften haben sich bei den Bundesausscheidungen des DFV im Jahre 1984 für diese internationalen Wettkämpfe qualifiziert:

Internationale Feuerwehrwettkämpfe

Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren (ohne Alterspunkte)

1. Nidderau-Eichen I (Hessen)
2. Nidderau-Eichen II (Hessen)
3. Wolferborn (Hessen)
4. Grünberg-Lardenbach I (Hessen)
5. Heldenbergen (Hessen)
6. Rodgau/Nieder-Roden (Hessen)

Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren (mit Alterspunkte)

1. Olpe (NRW)
2. Wadgassen/Differten (Saarland)
3. Friedrichstahl (Saarland)
4. Löhne (NRW)

Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren (Frauengruppen)

1. Bienenbüttel (Niedersachsen)
2. Asendorf (Niedersachsen)

Internationaler Feuerwehrsportwettkampf

Wertungsgruppe Freiwillige Feuerwehren

1. Beselich-Obertiefenbach (Hessen)

Internationaler Wettbewerb für Jugendfeuerwehren

1. Gruppe 1
 2. Gruppe 2
- (Namen standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest, da Bundesausscheidung erst am 5. 5. 1985)

Unser „Urlandsland“ als Gastgeber

Österreich ist als „kleines Land“ 83846 km² groß. Es zählt 7,5 Millionen Einwohner, und das Land, das aus einer Mark Karls des Großen hervorgeht, leitet seinen Namen von „Ostarrichi“, so wurde im Jahr 996 das Land zwischen Enns und Traisen bezeichnet, ab. „Ostarrichi“ heißt schlicht Reich im Osten. Doch das stimmt nur aus der Sicht Karls des Großen, denn es gibt noch viele Länder, die weit östlicher liegen als dieses. Die Österreicher fühlen sich ganz und gar nicht als Angehörige eines Oststaates, aber immer schon als ein Bindeglied vom Westen zum Osten und vom Osten zum Westen. Aber auch vom Norden zum Süden hin und umgekehrt. Konkreter formuliert: Österreich liegt im Schnittpunkt mehrerer Kulturen.

Das Land wird von den Alpen mit ihren klassischen Pässen durchzogen. Das Wort „Paß“, sowohl als Berg wie als Dokument, leitet sich nicht von ungefähr von „passieren“ ab. Und Österreich ist auch effektiv, wie kaum ein anderer Staat in Europa, ein Durchzugsland. An einem Tag im Sommer ist die „Völkerwanderung“ von heute, Tourismus genannt, größer als die Massenbewegung der Antike war während der klassischen Völkerwanderung.

Kommen wir zum Thema, und das ist der Brand- und Katastrophenschutz in Österreich: Im Österreichischen Bundes-Feuerwehrverband sind 4895 Feuerwehren erfaßt, in denen rund 270000 Feuerwehrmänner im Dienst am Nächsten stehen. Diese Feuerwehrmänner sind stolz auf ihre Organisation, eine Körperschaft öffentlichen Rechts – und nicht etwa ein Verein. Aus der Not ungezählter Feuersbrünste setzte die Gründung der österreichischen Feuerwehren vor hundert Jahren ein. Sie sind hervorgegangen aus dörflichen Hilfsgemeinschaften, die mit Baumaterial, Futter fürs Vieh und Arbeitsleistung (Robot) den bedrängten Mitmenschen geholfen haben. In den Städten und Märkten waren vielfach die Turnerverbände die Vorläufer der Feuerwehren, wobei einmal mehr und einmal weniger auch das Sanitätswesen im Vordergrund der Aktivitäten gestanden ist. Freiwillige Feuerwehren und Rotes Kreuz haben demnach eine gemeinsame Wurzel und eine parallel verlaufende Entwicklung.

In Österreich ereignet sich alle 20 Minuten ein Brand, das ergibt etwa 24000 Brände im Jahr. Legt man dem Bau eines Einfamilienhauses die Summe von drei Millionen Schilling zugrunde, so ergibt der Wert der von den Feuerwehren vor der Vernichtung bewahrten Güter pro Jahr einen Betrag von zirka zwölf

Milliarden Schilling. Das entspricht den Kosten für den Bau von 12000 Einfamilienhäusern! Dennoch gibt das Schadensausmaß von ca. 3 Milliarden Schilling auch in Österreich zu denken. Die Zahl der Schadensfälle sinkt zwar, doch das Schadensausmaß steigt dennoch von Jahr zu Jahr und trotz der hervorragenden Ausbildung der Feuerwehrmänner und der aufwendigen Ausstattung mit Geräten und Löschfahrzeugen. Weil der Brandschutz die Gewähr für sichere Arbeitsplätze und der Garant für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ist, ist auch in Österreich der vorbeugende Brandschutz eine Herzensangelegenheit. Mehr noch, ein Faktor für das Wohl der Wirtschaft und die angestrebte Vollbeschäftigung.

Berichteten wir zuvor über Österreicher, so nachstehend noch einiges zum Gastgeberland Oberösterreich. Oberösterreich ist eines der neun österreichischen Bundesländer. Mit 11978 km² (1,25 Millionen Einwohner) das zweitgrößte der Republik. In Oberösterreich versehen eine Berufs-, 43 Betriebs- und 903 Freiwillige Feuerwehren den Brand- und Katastrophenschutz. Der Brandschaden 1982: 354 Millionen Schilling oder mehr als der Gegenwert von 117 neuen Einfamilienhäusern. Etwa 1200 Einfamilienhäuser hätte man von dem Geld bauen können, das in Form von Sachwerten vor der Vernichtung gerettet wurde.

*

Hinweise an Besucher:

1. Den Teilnehmern am CTIF-Symposium wird empfohlen, sich umgehend beim Organisationsbüro anzumelden

und auch die Quartierbestellung abzugeben.

Der Tagungsbeitrag für das kpl. Symposium einschl. der mehrsprachig gedruckten Referate beträgt 1000 ÖSchilling (ca. 143 DM). Weitere Auskünfte erteilt das Organisationsbüro.

2. Den Besuchern an den Wettkämpfen wird ebenfalls eine rechtzeitige Quartierbestellung empfohlen. Ein Besuch der verschiedenen Bewerbe lohnt sich.

Für Anmeldungen und Auskünfte ist zuständig:

Landesfeuerwehrverband Oberösterreich
– Organisationsbüro CTIF –
Petzoldstraße 43
A-4020 Linz
Tel. (aus d. BRD)
0043 – 732 – 2701220.

Der Deutsche Feuerwehrverband hofft aus der Bundesrepublik auf eine zahlenmäßig große Beteiligung am Symposium und bei den Wettkämpfen der Feuerwehren; im Sinne des Aufrufes der österreichischen Organisatoren, der da u.a. lautet: „Wir würden uns freuen, Sie in Vöcklabruck begrüßen zu können, damit Sie sich ein Bild von unserem Feuerwehrwesen, der bei uns gepflegten Feuerwehr-Kameradschaft und von Österreich im allgemeinen und Oberösterreich im besonderen machen können. Glück auf und auf Wiedersehen in Vöcklabruck!“

R. Voßmeier, BGFü des DFV

Quellen:

1. Feuerwehrzeitung „brennpunkt“
2. Werbeprospekt des Organ.-Komitee OÖ

Jugendfeuerwehren für Bremen

Der Senator für Inneres schlug der Deputation für Inneres in der Sitzung am 21. März 1985 die Einrichtung von Jugendfeuerwehren vor. Die Deputation für Inneres nahm die beabsichtigte Einrichtung von Jugendfeuerwehren einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Bremen war bisher das einzige Bundesland, das noch keine Jugendfeuerwehren hatte, die der „Deutschen Jugendfeuerwehr (DJF)“, einem Zusammenschluß aller Jugendfeuerwehren im Deutschen Feuerwehrverband (DFV), angehörten. Nunmehr sollen bei den drei Freiwilligen Feuerwehren Huchting, Leherdeich, Obervieland je eine Jugendgruppe mit bis zu 15 Jugendlichen eingerichtet werden. Diese drei Gruppen werden sich auch der DJF anschließen.

Die Errichtung von Jugendfeuerwehren

im Lande Bremen ist erst durch die hohe Freiwilligenzahl möglich geworden. Bisher existierte seit 1974 eine Jugendgruppe der Freiwilligen Feuerwehr Huchting, die aber nicht der DJF angeschlossen war. Dieses Novum für Bremen zeigt, daß das Interesse an freiwilligen humanitären Aufgaben zugenommen hat.

Senator Volker Kröning: „Ich freue mich über das Interesse der jungen Generation an dieser wichtigen Tätigkeit zum Wohle der Allgemeinheit. Nach der Bereitstellung von 30000,- DM im Haushalt 1985 ist nun auch die Konzeption von drei Jugendfeuerwehren beschlossen. Als Nachwuchsorganisation der 21 Freiwilligen Feuerwehren im Lande Bremen stärken sie die ‚zweite Säule‘ des Feuerweschutzes in Bremen.“

Caravan-, Boot- und Reisemarkt '85
in München

Viele Gäste am Stand der DLRG

Der Landesverband Bayern
informierte über die Arbeit
seiner Gliederungen

Auf über 50000m² übersichtlich geordnet zeigten 561 Aussteller aus 39 Staaten alles, was Caravaner, Globetrotter, Reiselustige, Freizeitkapitäne und nicht zuletzt auch Wassersportler begehren. Die DLRG war dabei: Bei der internationalen Messe „Caravan und Boot – Internationaler Reisemarkt“ informierte der Landesverband Bayern in Halle 15 an seinem Stand über „Lebenshilfe aus dem Wasser“, zeigte Rettungs- und Wiederbelebungsgeräte, vermittelte einen Einblick in die Aufgaben und die Arbeit der DLRG, verteilte vielfältiges Informationsmaterial, knüpfte Kontakte und hieß so manchen fachkundigen wie auch befreundeten Gast willkommen. Mit von der Partie war wiederum die Barmer Ersatzkasse, die die Messebesucher zu einem Computer-Fitneß-Test einlud.

Der DLRG-Stand war durch 15 Aktive aus den Bezirken Oberbayern und Alpenland vorbereitet worden. Die ersten Arbeiten waren schon im Oktober letzten Jahres mit der Planung des Standes, mit der Materialprüfung und dem Entwurf neuer Buttons begonnen worden.

Im Mittelpunkt des im Vergleich zu den letzten Jahren neugestalteten Messe-



Buttons mit dem eigenen Namen gab es für die Sieger beim DLRG-Bild-Puzzle.



Ein Nachbau einer Wachstation gab Einblick in die DLRG-Arbeit „vor Ort“.

standes, dessen Rohbau von der Münchener Messgesellschaft kostenlos erstellt worden war, stand eine Ausstellung von Rettungsgeräten. Dazu gehören u.a. ein Wiederbelebungsgerät, eine Herz-Lungen-Wiederbelebungs-Puppe, eine Tauchergrundausrüstung, von der Atemluftflasche bis zur Flosse, des weiteren Gurtretter und Rettungsball. Alle Materialien waren von den Ortsverbänden München-Mitte und München-Oberföhring sowie von einer Firma zur Verfügung gestellt worden.

Gleich „nebenan“ informierte die Faltwand des DLRG-Präsidiums mit Bild und Text über die Aufgaben und Leistungen der DLRG, in den Vitrinen wurden „DLRG-Souvenirs“ – vom Swimmy bis zum Aufkleber – vorgestellt. Kinder durften das Traditionselement der DLRG, den spähenden Adler, als Puzzle zusammensetzen und erhielten als Lohn dafür eine Schirmmütze oder einen Wasserball, schließlich gab es Broschüren und Informationsschriften über Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen, Jugend- und Frauenarbeit in der



Der DLRG-Stand wurde an den neun Messtagen von vielen tausend Besuchern frequentiert. (Foto: Tresselt)

DLRG, Tips für Freizeitkapitäne, DLRG-Kalender, Sonnenblenden, Fähnchen und . . . und . . . und. Das Werbematerial war – in 2000 DLRG-Tragetaschen gefüllt – vom DLRG-Präsidium und der BEK zur Verfügung gestellt worden. Und wer zu den Tips für die Sicherheit beim Wassersport auch Empfehlungen für seine Gesundheit erhalten wollte, hatte dazu am Stand der Barmer Ersatzkasse Gelegenheit, wo jedem Messebesucher auf Wunsch ein individuelles Fitneß-Programm per Computer ausgearbeitet wurde.

„Die Messebeteiligung der DLRG darf erneut als ein großer Erfolg bewertet werden, trug er doch sowohl zur Information über die DLRG-Arbeit im allgemeinen und im Land Bayern insbesondere, als auch zur Repräsentation in Ge-



Gern gesehene Gäste: Der Matrosenchor München gab zahlreiche „Gastspiele“ auf dem DLRG-Stand.

meinschaft mit den anderen großen Hilfsorganisationen bei!“ So Wolfgang Nowotnicks Resümee nach den insgesamt neun Messtagen.

„Treffpunkt Bad“

Die DLRG als Partner einer landesweiten Aktionswoche des Kultusministers von Nordrhein-Westfalen

„Impulse für eine noch intensivere Nutzung der über tausend Bäder in Nordrhein-Westfalen auslösen“, möchte Nordrhein-Westfalens Kultusminister Hans Schwier mit der „Aktionswoche Treffpunkt Bad“. Vom 25. Februar bis zum 3. März fanden dann in fast allen NW-Bädern entsprechende Aktivitäten statt. Unterstützung fand der Minister mit seiner Idee bei den kommunalen Spitzenverbänden, dem Landessportbund, der DLRG und dem Westdeutschen

Schwimmverband. Die BEK als Sponsor sorgte für Plakate, Handzettel, Aufkleber und Spielbälle. Große Unterstützung kam auch von den meisten Zeitungen, vom Fernsehen und vom Rundfunk.

So zeigte das Fernsehen am Eröffnungstag der Aktionswoche den vielleicht noch nicht ganz schlüssigen Gemeinden und Vereinen, welche Möglichkeiten sich die Paderborner für ihre Wasserfreunde hatten einfallen lassen. Riesige aufblasbare Kraken und andere Gebilde wurden besonders von der Jugend angenommen, Familien standen gegeneinander im Wettbewerb, und ein Wassertrampolin diente den Springern

als Sportgerät. Von Schwimmvereinen wurden die verschiedenen Schwimmtechniken demonstriert, Übungen in der „Badeanstalt von anno dunneal“ wurden geboten, und Kanuten zeigten neben der obligatorischen Eskimorolle sogar den Sprung von 5-m-Turm.

Im Prominenten-Wasserballspiel kämpften Mitarbeiter der Stadt Paderborn gegen Angehörige des Kultusministeriums. Anerkennung der letzten Gruppe, die mit einem Nichtschwimmer in ihren Reihen, allerdings getragen von Schwimmflügeln, sogar ein Unentschieden schaffte.

Ja, Spaß gemacht hat die Aktion Treff-

punkt Bad der Bevölkerung sicher. Das sollte allerdings die Gemeinden nicht zu dem Gedanken verleiten, alle Bäder in sogenannte „Spaßbäder“ umzubauen. „Die Verbesserung der Badersituation muß vielmehr im Bereich der Nutzung und des Betriebes liegen“, so Minister Schwier. Der DLRG und den Schwimmvereinen sollte weiterhin die Möglichkeit für Training und Wettkampf bleiben. Daneben ist es in den meisten Orten sicher denkbar, sich in „Badezeiten“ mehr den heutigen Bedürfnissen der Badbesucher anzupassen. Dadurch wird es gelingen, die Besucherzahl in den Bädern zu steigern.



In Paderborn am Eröffnungstag der Aktionswoche: Hunderte von Bällen fallen ins Wasser.

LV Niedersachsen sucht Mitwirkung im Katastrophenschutz des Landes

Höchst unterschiedlich bietet sich das Bild von der DLRG, wenn es um ihre Mitwirkung im Katastrophenschutz geht. Hier ist der Grad der Mitwirkung und der Einbindung von Land zu Land verschieden. In Niedersachsen ist bisher die DLRG allenfalls auf örtlicher Ebene in die Katastrophenschutzorganisation eingebaut, wobei es bislang ausschließlich auf den Grad der Kontakte zwischen dem jeweiligen Oberkreisdirektor/Stadtdirektor und den Vertretern der örtlichen Gliederung oder der Bezirke ankam. Jetzt will sich auch der LV-Vorstand in diesem Bereich engagieren.

Dazu Dietrich Irrgang, als Beisitzer im LV-Vorstand Ressortleiter für den KatS: „Wir müssen als DLRG eine neue Strategie verfolgen; es bedarf der Anerkennung der Länderregierungen für die KatS-Aufgabe ‚Retten aus Wassergefahr‘ für den friedensmäßigen KatS. Hier muß die DLRG eine eigenständige Säule im Team der anderen Hilfsorganisationen werden. Wir sollten uns allein auf ‚Wasserrettung‘ beschränken, um Personal und Mittel der DLRG sinnvoll einsetzen zu können. Unser Rettungswachdienst gehört zum Einsatzdienst und ist somit Verbindung zum Katastrophenschutz. In Abstimmung mit dem LV Braunschweig werden wir uns um eine akzeptable Lösung für Niedersachsen bei der Landesregierung einsetzen.“



Aktionen auf dem Wassertrampolin.



In Witten: Wiederbelebungsversuche an der Puppe „Anne“.
(Foto: Gotthardt)



Der Informationsstand der DLRG in Gevelsberg.

DLRG informierte sich bei der Feuerwehr

Rund 1200 Brandtote, etwa 10000 Brandverletzte und Sachschäden in Milliardenhöhe gibt es jährlich in der Bundesrepublik. Um sich darüber zu informieren, wie man sich auf einen möglichen Brandfall vorbereiten kann, folgte die DLRG in Fürth einer Einladung der Berufsfeuerwehr. Zunächst wurden die



Die DLRG-Rettungsschwimmer informierten sich über den Gebrauch eines Feuerlöschers. (Foto: Valz)

„Wasserretter“ über alles Wissenswerte in einer Diaserie informiert. So wurde auch u.a. die Wichtigkeit der Feuerlöschers betont, die von den in der Nähe befindlichen Personen auch bedient werden können müssen. Dies ist nur möglich, wenn man sich mit der Handhabung vertraut macht. Die DLRG-Gäste

erfuhren ebenfalls, daß man Feuerlöscher auch einsetzen kann, um sich oder anderen einen Fluchtweg freizukämpfen oder zum Sichern bei feuergefährlichen Arbeiten.

Der Umgang mit Wandhydranten und Löschdecken war ebenso Thema der dreistündigen Information wie z.B. die Gefährlichkeit des Brandrauches. Wiederum zeigten eindrucksvolle Dias, daß es auch für Laien hierfür verschiedene Schutzmöglichkeiten gibt.

Eine rege Diskussion schloß sich an. Den Besuchern wurde zugesagt, im Sommer die Möglichkeit zu erhalten, mit Feuerlöschern und Löschdecken praktisch zu üben.

Kleine Nachlese

DLRG-Rettungstaucher trainierten die Bergung eines eingebrochenen Eisläufers

Bei winterlichen Temperaturen von -12°C und einer Wassertemperatur von 5°C übte die DLRG-Rettungstauchergruppe aus Schutterwald die Rettung eines verunglückten Schlittschuhläufers aus dem eisbedeckten Bürgerwaldsee. Als Aufgabenstellung wurde angenommen, daß ein Schlittschuhläufer bei der Ausübung seines Sports ins Eis eingebrochen war, unter die Eisdecke geriet und verschwand. Nach der Alarmierung rückten die Rettungstaucher aus Schutterwald mit insgesamt zehn Rettungstauchern an. Die sechs erfahrensten Taucher machten sich bereits während der Anfahrt tauchklar. Die restlichen Taucher standen als notwendiges Hilfspersonal, zur Sicherung und lebensnotwendigen Leinenführung für die Rettungstaucher unter dem Eis zur Verfügung.

Getaucht wurde in drei Gruppen zu je zwei Tauchern, weil die niedrigen Temperaturen und der erschwerte Einsatz unter dem Eis eine besondere Anforderung an die Rettungstaucher stellte. Die klirrende Kälte machte nur einen sehr kurzen Aufenthalt im Wasser möglich, auch stellte die Situation unter dem Eis eine erhöhte psychische Belastung an die eingesetzten Taucher. Da der rettende Weg nach oben durch die dicke Eisdecke versperrt war, hätte bei auftretenden Schwierigkeiten ein rettender Aufstieg nur durch das Einstiegsloch erfolgen können.

Hohe Anforderungen wurden auch an die Ausrüstung und das eingesetzte Material gestellt. Zu groß ist die Gefahr der Vereisung der Lungenautomaten. Aus

diesem Grund führte jeder Taucher einen zweiten Lungenautomaten als Reserve mit sich. Ebenso war jeder Taucher durch eine Sicherungsleine zum Einstiegsloch sowie durch eine ‚Bodyleine‘ zum Tauchpartner gesichert.

Jede der drei Gruppen hatte ein vorgegebenes Gebiet unter dem Eis abzusuchen und tauchte nach Erfüllung der Aufgabe auf.

Die Rettungstaucher erprobten weiterhin einige Möglichkeiten der Selbstrettung aus der Eisgefahr. Die Versuche zeigten jedoch, daß eine Selbstrettung ohne fremde Hilfe fast aussichtslos ist. Die Taucher sammelten bei dieser erfolgrei-

chen Übung sehr wichtige Erfahrungen, die ihnen bei einem eventuellen Notfalleinsatz unter dem Eis sehr wertvolle Hilfen sein werden.

Der TL Hans-Martin-Rotert wies darauf hin, daß im Winter ertrunkene Personen eine höhere Überlebenschance hätten, da durch die niedrigen Temperaturen der Sauerstoffverbrauch im Körper herabgesetzt wird.

Tauchwart Johannes Müller konnte mit dieser Übung beweisen, daß die Rettungstaucher der DLRG Schutterwald über einen hervorragenden Ausbildungsstand verfügen und auch im Winter voll einsatzfähig sind.



Die Sicherung der DLRG-Rettungstaucher war die wichtigste Aufgabe bei den Rettungsversuchen.

Presseschau des Inlands

Dr. Zimmermann: Schutzraumbau ist Vorsorge für alle Katastrophenfälle

Bonn plant den Pflichtbau von Schutzräumen. Ein entsprechender Referentenentwurf liegt im Bundesinnenministerium vor. Nur für drei Prozent der Bevölkerung stehen in der Bundesrepublik Deutschland Schutzräume zur Verfügung. In der Schweiz dagegen für 75 Prozent, in den skandinavischen Staaten für 50 Prozent. Auch für den Ostblock, einschließlich China, dürften ähnliche Zahlen gelten. Soll nun die Bundesrepublik verbunkert werden? Darüber sprach die „Nürnberger Zeitung“ mit Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann und seinem parlamentarischen Staatssekretär Carl-Dieter Spranger.

NZ: Ein Referentenentwurf Ihres Hauses sieht vor, daß in jedem Neubau künftig ein Schutzraum erstellt werden muß.

Zimmermann: Der erst in die Diskussion kommt. Er ist auch noch nicht mit dem Wohnungsbau- und Finanzminister abgestimmt.

NZ: Wie hoch wäre die Belastung bei Neubauten?

Zimmermann: Pro Schutzplatz etwa 400 Mark. Das wären für ein Einfamilienhaus 1600 Mark. Also ein vertretbarer Betrag. Die Belastung des Bundeshaushalts würde etwa 15 bis 18 Millionen Mark betragen, der Steuerausfall etwa zehn Millionen Mark.

NZ: Die Mehrheit der Bevölkerung, so wollen Demoskopen herausgefunden haben, ist gegen Ihre Pläne.

Zimmermann: Gegenüber Schweden, der Schweiz, auch des Ostblocks und China, sind wir beim Schutzraumbau weit im Hintertreffen. Ich will das Thema in die Diskussion bringen. Aber ich will natürlich dabei nicht mit dem Kopf durch die Wand. Wenn es für erforderlich gehalten wird, dann soll's gemacht werden. Wenn nicht, dann wird's nicht gemacht.

NZ: Der Schutzraumbau hat ja nicht unbedingt etwas mit Krieg zu tun?

Zimmermann: Das ist eine Vorsorge für

alle Katastrophenfälle. Wir haben ja große industrielle und andere Katastrophen gehabt. Und Kriegsbilder sind vorstellbar vom atomaren bis zum konventionellen Krieg. Ein Schutzraum ist auf jeden Fall besser als gar nichts. Mit Kriegspolitik hat das zunächst einmal überhaupt nichts zu tun.

NZ: Herr Spranger, soll die Bundesrepublik verbunkert werden?

Spranger: So kann man das nicht interpretieren. Wir wollen einen Auftrag des Deutschen Bundestages umsetzen, der 1980 im Bereich des zivilen Katastrophenschutzes eine Vereinheitlichung forderte. Ein Schutzraumbau ist aus humanitären Gründen erforderlich, aus der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung.

NZ: Stark fortgeschritten ist ja der Bunkerbau vor allem im Ostblock.

Spranger: Das ist richtig. Aber wir haben auch im Westen gute Beispiele. Beispielsweise gibt es in der Schweiz für 75 Prozent der Bevölkerung Schutzräume. In den skandinavischen Staaten sind es fünfzig Prozent. In der Bundesrepublik nicht einmal drei Prozent.

NZ: Im Ernstfall würden die Bundeswehrangehörigen besser geschützt sein als die Zivilbevölkerung?

Spranger: Tatsache ist, daß die Zivilbevölkerung weitestgehend ungeschützt ist. Und das ist ein untragbarer Zustand. Die älteren Mitbürger wissen, wie wichtig Schutzräume sind. Das gilt für alle Katastrophenfälle, also auch außer dem militärischen.

NZ: Gegen den Willen Hitlers hat die Stadt Ludwigshafen zu Kriegsbeginn mit dem Bunkerbau begonnen. In Relation zur Zerstörung der Stadt hat sie die wenigsten Toten im früheren Deutschen Reich gehabt.

Spranger: Richtig ist, daß Schutzräume im letzten Weltkrieg Leben gerettet hatten. Niemand hofft ja, daß ein Ernstfall eintritt. Aber wir müssen auf jeden Fall für den Ernstfall gerüstet sein. So wie die Bundeswehr eben für einen solchen Ernstfall gerüstet sein muß. Wir haben eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung und der künftigen Generation.

(Das Gespräch führte Siegfried Aigner für die „Nürnberger Zeitung“)

Bendig fordert mehr Schutzräume

Eine Korrektur für die Bezuschussungsrichtlinien beim Bau von Schutzräumen fordert CDU-Ratschherr Wolfgang Bendig.

Bendig ist gleichzeitig Mitglied im Landesfachausschuß für Außen- und Sicherheitspolitik der Niedersachsen-CDU.

Während der jüngsten Sitzung des Wehrpolitischen Arbeitskreises (WPA) befaßten sich die Mitglieder mit Möglichkeiten der Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes. Man kam zu der Ansicht, daß durch den Bau von Schutzräumen für die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu sorgen sei. Diese Aufgabe jedoch sei in den letzten Jahren erheblich vernachlässigt worden.

„Es wäre zu begrüßen“, so Wolfgang Bendig, „wenn die Geldmittel in ausreichendem Maße so aufgestockt werden, daß von jedem Bauwilligen der Bau von Schutzräumen zu erwarten ist.“

(Aus: Delmenhorster Kreisblatt)

„Wir müssen verteidigungsbereit sein“

Die Bunker im Stadtgebiet werden nicht, wie die Grünen das gefordert haben, abgerissen. Die CDU lehnte im Stadtparlament einen entsprechenden Antrag dieser Fraktion ebenso ab wie den der SPD, mit dem der Magistrat aufgefordert werden sollte, der Bundesregierung deutlich zu machen, daß mit dem geplanten Bunkerprogramm der Bevölkerung eine Sicherheit vorgetäuscht werde, die es im Kriegsfall nicht gebe.

Während einer langen Debatte über dieses Thema setzte der CDU-Stadtverordnete Ulrich Keitel zwar bei allen Parteien den Willen zum Frieden voraus, meinte aber, der Weg dazu werde doch sehr unterschiedlich gesehen. Keitel erinnerte an einen Bericht der Landesregierung aus dem Jahre 1980, aus dem hervorgehe, daß der Zivilschutz verstärkt werden müsse. Der CDU-Sprecher bedauerte daher, daß in dem Antrag der SPD von Betrug und Volksverdummung im Zusammenhang mit dem Bau von Bunkern die Rede sei. Er hielt die Anträge von SPD und Grünen für leichtfertig und verantwortungslos; sie kennzeichneten deren „Aussteigermentalität“. Unter Hinweis auf die Bemühungen beispielsweise in der Schweiz und in Schweden auf diesem Sektor, tat Keitel für seine Fraktion dar, daß er es für falsch halte, auf Zivilschutz zu verzichten.

„Wir müssen verteidigungsbereit sein, um den Frieden zu wahren.“

(Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Presseschau des Auslands

Bewußtseinsbildung für Zivilschutz muß gefördert werden

Am 30. und 31. Jänner 1985 fand eine von Bundesminister Blecha einberufene Zivilschutzenquête statt. An diesem Meinungs- und Erfahrungsaustausch nahmen unter anderen die Bundesminister Dr. Steyrer, Sekanina und Blecha, Landeshauptmann Mag. Ludwig (Niederösterreich), die Präsidenten des Österreichischen Städte- und des Österreichischen Gemeindebundes, des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes, des Österreichischen Roten Kreuzes und des Österreichischen Zivilschutzverbandes teil.

Die Beratungen in der Wiener Hofburg dienten vor allem

- der Feststellung der Position des Zivilschutzes in Österreich,
- der Hervorhebung der Notwendigkeit des Zivilschutzes,
- der Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit,
- der Bewußtseinsbildung bei behördlichen und nichtbehördlichen Institutionen,
- der Ausarbeitung eines Forderungs- und Maßnahmenkataloges (Zielvorstellungen).

Die Teilnehmer der Enquete präsentierten alle Bereiche des behördlichen und des auf freiwilliger Basis organisierten Zivil- und Katastrophenschutzes aller Bundesländer. Unter anderem konnten von seiten der Feuerwehren ausgebaute und gut organisierte Katastrophenhilfsdienste und in einigen Bundesländern bereits vollständig fertiggestellte Warn- und Alarmsysteme als wichtige Beiträge zum Zivilschutz dargeboten werden.

Im Zusammenhang mit dieser Zivilschutzenquête fand, ebenfalls in der Wiener Hofburg, eine Ausstellung von mehr als 30 österreichischen Firmen statt. Der Bogen der ausgestellten Erzeugnisse spannte sich vom Schutzraumbau, der Nachrichtentechnik, dem Personenschutz bis hin zur Feuerwehr und zum Brandschutz.

(Aus: „brennpunkt“, Oberösterreich)

Fünf Tote nach Absturz

Fünf Menschen sind beim Absturz einer DC-6 des französischen Zivilschutzes in der Nähe von Perpignan (Südfrankreich) ums Leben gekommen. Die Besatzung der Maschine sollte Einrichtungen zur Bekämpfung von Waldbränden überprüfen.

(Aus: Kölnische Rundschau)

Unterstützung des Zivilschutzes durch Wissenschaft und Forschung

Während der „Zivilschutz-Enquete 1985“ in Österreich sprach Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Herbert Sorantin vom Forschungszentrum Seibersdorf:

Kurzfassung

Im Vortrag wird aufgezeigt, daß in Österreich auch in Friedenszeiten durch die Umkreisung von atomgetriebenen Satelliten, durch den Lufttransport von ABC-Waffen und deren Lagerung in nahegelegenen Staaten ein Gefährdungspotential besteht und bei kriegerischen Auseinandersetzungen ebenfalls Auswirkungen auf Österreich zu befürchten sind.

Die Forschung war daher darauf ausgerichtet, Möglichkeiten aufzuzeigen, Zwischenfälle mit ABC-Waffen zu überleben.

Das Forschungszentrum Seibersdorf beschäftigt sich nur mit friedlicher Anwendung und aus diesem Grunde wurden im Institut für Strahlenschutz in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Inneres folgende Tätigkeiten durchgeführt:

- Abhaltung von Strahlenschutzkursen für Angehörige der Exekutive und verschiedener Einsatzorganisationen
 - Durchführung von Strahlenschutzleistungswettbewerben
 - Durchführung von Luftspürkursen in verschiedenen Bundesländern mit Hilfe einer im Institut für Strahlenschutz entwickelten Sonde.
- Zusätzlich wurden noch im Auftrag des Bundesministeriums für Bauten und Technik folgende Forschungsprojekte ausgeführt:
- Prüfung des österreichischen Häuserbestandes auf seine Abschirmwirkung
 - Abschirmungsberechnungen gegen Neutronenwaffen
 - Prüfung von Filtersanden
 - Errichtung eines Musterschutzraumes

- Durchführung von Belegungsversuchen

- Überprüfung der Abschirmwirkung von bestehenden Schutzräumen

- Prüfung von Schutzraumkomponenten.

Für das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wurden verschiedene Atemschutzbehelfe auf ihre Rückhaltefähigkeit getestet und als Eigenforschungsprojekte noch die Dekontaminierbarkeit von Schutzanzügen, Lacken und Beschichtungen festgestellt.

Es konnte erwiesen werden, daß ein wirksamer Schutz gegen Zwischenfälle mit ABC-Waffen nur durch Bau von Schutzräumen und ein Schutz der österreichischen Bevölkerung nur durch Erfüllung des nachfolgenden Programms 2000 erreicht werden kann.

Programm 2000

- Komplettierung aller bestehenden Schutzräume
- Bau von Schutzräumen für Einsatzorganisationen
- Unterbringung aller wichtigen Dienststellen des Bundes und der Länder in Schutzräumen
- Bau von Schutzräumen in den Gemeinden
- Förderung des Schutzraumbaus durch Zuschüsse bzw. Steuererleichterungen
- Abnahme und Wiederholungsprüfungen von Schutzräumen
- Erstellung von Alarmierungs- und Belegungsplänen
- Strahlen- und Zivilschutzkurse für Männer, Frauen und Jugendliche
- Berücksichtigung des Zivilschutzes bei Neubauten
- Weitere Zivilschutzgesetze.

(Aus: Zivilschutz, Wien)

Zivilschutzmaßnahmen

Nach den Plänen des österreichischen Innenministeriums sollte jeder Österreicher in spätestens 15 bis 20 Jahren über einen Schutzraum verfügen.

Der Schutzraum sei nicht allein auch bei einem Atomkrieg eine lebenserhaltende Einrichtung, sondern auch bei Katastrophenfällen aller Art. Zur Zeit wird ein umfassendes Programm für die „Befestigung“ von Kellern in Altbauten vorbereitet. Parallel dazu bemüht sich Wien, das Luftschutz-Warnnetz auszubauen.

(Aus: Gefahrenabwehr, Bonn)

Wissenschaft & Technik

Intelligente Telefone für das Büro

Telefonapparate können ein Höchstmaß an Effizienz für den Betrieb, aber auch Komfort und Annehmlichkeit für den Benutzer bieten. Mit Leistungsmerkmalen wie „Freisprechen“, „Lauthören“ und „Wahlwiederholung“ ausgestattete Endgeräte geben dem „Viel-Telefonierer“ mehr Bewegungsfreiheit und entlasten ihn von Arbeitsgängen, die ansonsten viel Zeit in Anspruch nehmen. Die Serie von Komforttelefonen für moderne Bürokommunikation wurde jetzt um vier in Technik und Design aufeinander abgestimmte Endgeräte erweitert.

Insgesamt 30 Rufnummern speichert der erste neu vorgestellte Apparat. Zwanzig davon sind über doppelt belegbare Zieltasten, die mit den Namen der häufigsten Gesprächspartner beschriftet werden, anzuwählen. Weitere zehn Anrufziele werden mit Hilfe einer Sondertaste und einer Kurzwahlziffer gespeichert und abgerufen. Zur Wahlwiederholung läßt sich die zuletzt gewählte oder gespeicherte Rufnummer erneut abrufen. Bei erweiterter Wahlwiederholung bleibt die gewählte Rufnummer auch bei folgenden Gesprächen mit anderen Teilnehmern erhalten. Eine programmierbare Fernwahl-Berechtigung verhindert den Mißbrauch durch Unbefugte. Besonders hervorzuheben ist das Leistungsmerkmal „Direktruf“, das mit Wahl einer gespeicherten Notrufnummer durch einfachen Tastendruck Sicherheit für Notfälle bietet.

Auch die zweite Neuvorstellung erleichtert viele Arbeitsvorgänge. Bis zu 40 häufig benötigte Rufnummern werden gespeichert und per Kurzwahl aktiviert. Zeit- und kostensparend ist die Wahlwiederholungstaste und die erweiterte Wahlwiederholung. Während eines Telefongesprächs kann eine Telefonnummer direkt in den Speicher eingegeben werden, ohne daß das Gespräch unterbrochen wird. Ein 16stelliges Anzeigefeld zeigt die gespeicherte oder angewählte Rufnummer. Tonhöhe und Laut-



stärke des Dreitonrufes sind variabel einstellbar.

Das Freisprechtelefon bietet mehr Bewegungsfreiheit während eines Gespräches. Das Gespräch wird über ein Mikrofon im Telefonapparat und einen Beistell-Lautsprecher geführt. Der Benutzer hat die Hände frei, um sich Notizen zu machen oder Unterlagen einzusehen. Für vertrauliche Gespräche schaltet die Benutzung des Handapparates automatisch Lautsprecher und Mikrofon ab.

Ein weiteres Freisprechtelefon ist noch komfortabler. Mit den Leistungsmerkmalen des Freisprechtelefon ausgestattet, verfügt es darüber hinaus über einen Rufnummerngeber, der bis zu 30 Telefonnummern speichern kann. Über zehn beschriftbare Zieltasten werden die Rufnummern aktiviert. Weitere zehn Rufnummern sind über den Tastwahlblock abzurufen. Eine programmierbare Fernwahl-Berechtigung, Direktruf und variable Dreitonfolge sind weitere Leistungsmerkmale, die dieses leistungsfähige Endgerät auszeichnen.

(Foto: DeTeWe)

Hochleistungs-Geigerzähler im Taschenformat

Um selbst schwach radioaktive Strahlung oder Röntgenstrahlen aufzuspüren, bedurfte es bisher aufwendiger Meßbröhen und großer Kontaminationsmonitore. Nun bietet sich eine Alternative, bei der die nötige Technik im Taschenformat verpackt ist. Trotz dieser Handlichkeit



wird eine äußerst hohe Ansprechempfindlichkeit gewährleistet, denn schon der natürliche Strahlenhintergrund der Erde wird mit 60 bis 100 Impulsen pro Minute akustisch und optisch dargestellt.

Dies ist auf einen neu entwickelten und weltweit patentierten Flächendetektor zurückzuführen. Damit kann das Gerät selbst geringste Strahlenbelastungen sicher erfassen.

Das Gerät findet in der Medizin, in der Energietechnik, im Katastrophenschutz und im Physikunterricht zentrale Anwendungsgebiete. Es leistet auch Mineralogen, Geologen und Mineraliensammlern wertvolle Dienste. Daneben bietet es jedem, der es genau wissen möchte, die Möglichkeit, die Strahlenbelastung in seinem Wohn- und Arbeitsbereich exakt festzustellen.

(Foto: gentron)

Wasserwächter dreht den Hahn ab

Einen zuverlässigen Schutz vor Wasserschäden, wie sie bei undichten oder platzenden Wasseranschlußschläuchen verschiedener Hausgeräte auftreten können, bietet ein neuer elektronischer Wasserwächter. Schon geringste Wassermengen führen zum sofortigen automatischen Abschalten der Wasserzufuhr.



Der elektronische Wasserwächter besteht aus einem Steuergerät mit elektrischer Anschlußleitung und Zwischenstecker, einem Magnetventil und dem Wasserfühler. Dieser Wasserfühler wird in der Nähe des Wasserschlauchs auf den Boden gelegt und spricht bereits bei einer Wasserhöhe von nur einem halben Millimeter an. Er löst das Magnetventil aus, das die Wasserzufuhr zum Arbeitsgerät sofort schließt. Zudem ertönt ein lautes Signal und es erscheint eine optische Anzeige am Steuergerät.

(Foto: Siemens)

Neue Bücher

Kinder lernen mit der Feuerwehr

Von Norbert Arnold
EFB-Verlagsgesellschaft
6450 Hanau

Die Zusammenarbeit der Feuerwehren mit Kindergärten und Schulen ist ein wichtiger Bestandteil in der Brandverhütung. Unterstützendes Material für den Besuch einer Kindergruppe bei der Feuerwehr, gleichzeitig auch geeignet für die Vor- und Nachbereitung, stellt das vorliegende Arbeitsprogramm dar. Die Mappe enthält 23 kopierfähige Arbeitsbogen für die unterschiedlichsten Altersstufen, ergänzt durch eine ausführliche Gebrauchsanleitung sowie eine Vielzahl von allgemeinen Informationen zur Gestaltung eines Besuches von Kindern bei der Feuerwehr.

Das Rettungswesen

Organisation · Medizin · Recht
Von H.-D. Lippert und W. Weissauer
Springer-Verlag GmbH + Co. KG,
1000 Berlin 33

Die Rettungsdienstgesetze der Länder haben die Einrichtung und Neuorganisation einer Vielzahl von Rettungs- und Notarztdiensten eingeleitet, so daß heute in der Bundesrepublik von einem annähernd flächendeckenden, technisch und einsatztaktisch hervorragend ausgestatteten Rettungswesen gesprochen werden kann.

Dabei haben sich für den Rettungs- und Notarztendienst von Bundesland zu Bundesland, aber selbst innerhalb einzelner Bundesländer, unterschiedliche Strukturen herausgebildet. Das vorliegende Werk versucht eine systematische Bestandsaufnahme mit dem Ziel, die gemeinsamen Strukturen herauszuarbeiten.

Das Buch soll den am Rettungs- und Notarztendienst beteiligten Organisationen Grundlagen und Anregungen zur weiteren Ausgestaltung ihrer Dienste geben und dem einzelnen Helfer ein Ratgeber für seine tägliche Arbeit sein.

Die Roten Hefte

Lehrschriften für den Feuerwehrmann
Verlag W. Kohlhammer,
7000 Stuttgart 80

Die Hefte der Schriftenreihe, die über 50 Titel umfaßt, werden ständig überarbeitet, um den vielfältigen Aufgaben der Feuerwehr gerecht zu werden. Auch in den vorliegenden zwei Neuerscheinungen wurden alle neuen Erkenntnisse berücksichtigt, um den jeweiligen Themenbereich auf den aktuellen technischen Stand zu bringen.

Brände in elektrischen Anlagen
Von Heinz Diekmann
Nr. 22, 5. Auflage

Brennbare Flüssigkeiten und Gase
Von Kurt Klingsohr
Nr. 41, 3. Auflage

Der Regiehelfer

Hrsg. durch die Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes „ARKAT“
Redaktion: AURORA GmbH,
3172 Isenbüttel

„Der Regiehelfer“ – so lautet der Titel der nun monatlich erscheinenden Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes („ARKAT“). Gedacht ist an die Zeitschrift für Angehörige der Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes und Interessenten. Als Herausgeber fungieren insbesondere die ARKAT „Baden-Württemberg“ e. V., „Niedersachsen“ e. V., „Nordrhein-Westfalen“ e. V. und „Schleswig-Holstein“ e. V.

Auf 32 Seiten bietet die erste Ausgabe des „Regiehelfers“ u. a. ein Vorwort vom ersten Vorsitzenden der ARKAT – NW e. V., Hanßen, der das Anliegen der nunmehr periodisch erscheinenden Fachzeitschrift schildert: „Der Regiehelfer“ will den Zivil- und Katastrophenschutz in systematischer und verständlicher Weise darstellen und transparent machen.“ Weiter schreibt Hanßen: „Den Herstellern und Ausrüstern von Fahrzeugen und Geräten für den Zivil- und Katastrophenschutz wird hier eine Möglichkeit angeboten, sich vorzustellen und ihre Produkte anzubieten, um so den Zivil- und Katastrophenschutz zu fördern und gegebenenfalls auszubauen.“

Ganz besonders wird „Der Regiehelfer“ auf die Belange der Regieeinheiten/

-einrichtungen im Katastrophenschutz in den Ländern und im Bund eingehen. Derzeit sind mehr als 22000 Helferinnen/Helfer in den Regieeinheiten tätig.“

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Roeber/Such/Keil

Wassersicherstellungsgesetz

Band 2: Leitfaden für den Praktiker

16. Ergänzungslieferung

Verlag für Verwaltungspraxis
Franz Rehm GmbH & Co. KG,
8000 München 80

Die in zwei Ringordnern untergebrachte, z. Z. rund 1600 Seiten umfassende Loseblattsammlung wird mit der 16. Lieferung auf den Stand 1. November 1984 gebracht. Im Mittelpunkt steht der Abdruck von vier Bedienungsanweisungen für die in größerer Zahl installierten Trinkwasser-Notbrunnen, die besonders im Hinblick darauf, daß die Brunnen notfalls auch durch nicht fachkundiges oder nur kurz eingewiesenes Personal in Betrieb zu nehmen sind, bearbeitet wurden.

Weiterhin enthält die Lieferung einen zusammenfassenden Bericht mit Ergebnissen und Empfehlungen über Versuche zur Wasserabgabe und Wasserverteilung aus Trinkwasser-Notbrunnen in Augsburg und Neumünster, nachdem die Praxistauglichkeit der geltenden Bedarfs- und Bemessungswerte für die Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz überprüft wurde. Es konnte nachgewiesen werden, daß eine ordnungsgemäße Wasserverteilung mit den Gruppenzapfstellen nach den Regelentwürfen gewährleistet ist.

Es wurden Erläuterungen zu den bisherigen Änderungen des Wassersicherstellungsgesetzes sowie eine aktualisierte Übersicht über die vom Bund für wasserwirtschaftliche Vorsorgemaßnahmen nach dem Wassersicherstellungsgesetz in den Haushaltsjahren 1968 bis 1984 bereitgestellten und geleisteten Ausgaben aufgenommen. Die Regelungen zu den für Trinkwasser-Notbrunnen beschafften Wasserdesinfektionstabletten (Chlortabletten) erfuhren eine Aktualisierung. Eine Vielzahl von Änderungen, Ergänzungen und Erweiterungen, besonders auch bei den für den Vollzug der Planung nach dem Wassersicherstellungsgesetz und auf weiteren Gebieten der zivilen Verteidigung maßgebenden Vorschriften runden diese Ergänzungslieferung ab.

Günter Lämmel

Das Minimagazin

Der GBKw ist im Fernmeldezug dem Zugtrupp zuge-
teilt. Die personelle Besetzung laut STAN-Nr. 081 ist:

- 1 Gerätewart
- 1 Kraftfahrer (zugleich Sprechfunker)

Neben dem Fahrerraum ist der GBKw in einen Be-
triebsraum mit einem Arbeitsplatz bzw. zwei Sitz-
plätze für den Transport von zwei zusätzlichen Hel-
fern und einen Geräteraum unterteilt.

Aufgabenbereich des GBKw

Der GBKw ist bestimmt als

- Transport-Kfz für die schwerpunktmäßige Bereit-
stellung materieller Ausstattung, die von den Fern-
sprechtrupps/Funktrupps dem FmZ für bestimmte
Einsätze zusätzlich benötigt wird,
- Fernmelde-Betriebsstelle im beweglichen Fern-
meldezug.

Der Aufbau, die Einbauten und die Fachdiensta-
usstattung ermöglichen den Einsatz

- zum Feldkabelbau,
- als Fernsprechvermittlung,
- als Aufnahme und Weitergabe,
- als Sprechfunkbetriebsstelle,
- als Relaisfunkstelle.

Fachdienstausrüstung des GBKw

- Fernsprechgerät
- Sprechfunkgerät
- Feldkabel
- Werkzeug für den Fm-Störungsdienst
- Fm-Ersatzteile
- Kfz-Ausrüstung
- Erdleitungen
- Baugerät
- Werkzeug für den Feldkabelbau
- Beleuchtungsgerät
- Schreibmaterial
- Vorschriften/Anweisungen, Merkblätter

Der Arbeitsstellscheinwerfer kann am Heck und an
der Vorderseite des Kfz eingesetzt werden. Der
Dachgepäckträger ist zugleich Arbeitsplattform beim
Festlegen/Lösen von Feldkabel im Hochbau.

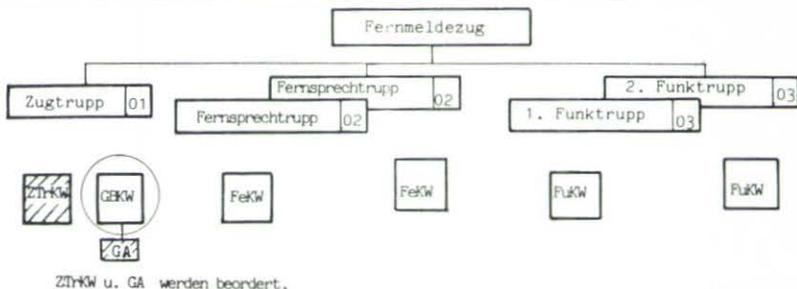
Technische Daten des Kfz

- zul. ges. Gew. 4000 kg
effektiv ausgelastet mit 3690 kg
Motorleistung: kW 53, Diesel 2,4 l
Länge 5160, Breite 2015, Höhe 2700 mm
zwillingsbereift, Reifengröße 6.00 R 16 C, 10 PR
- Im V-Fall wird dem GBKw ein zu beordernder Ein-
achsanhänger beigegeben, auf dem die ebenfalls zu
beordernde Ausstattung
- Stromaggregat 5 kVA
 - 20-l-Kanister für Betriebsstoff
 - Leitungstrommel mit 25 m Netzkabel
 - Beleuchtungssatz
- verlastet wird.

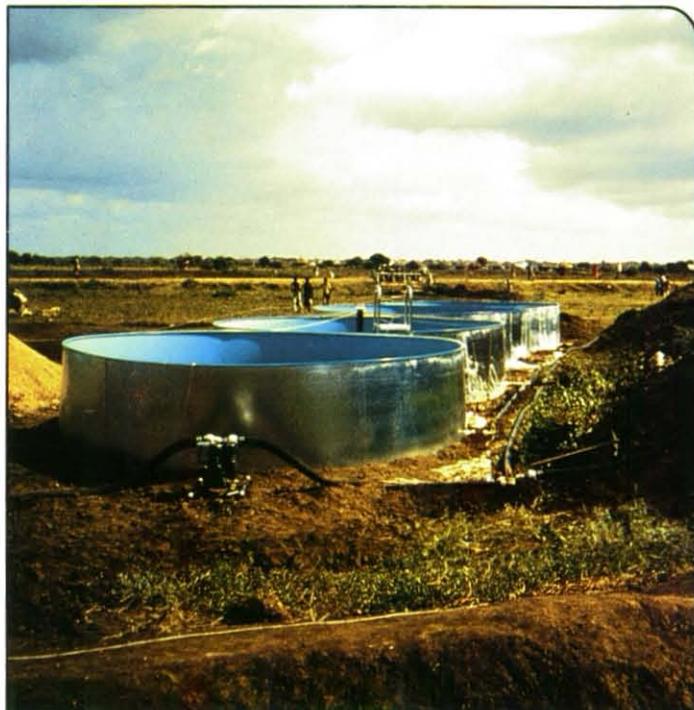
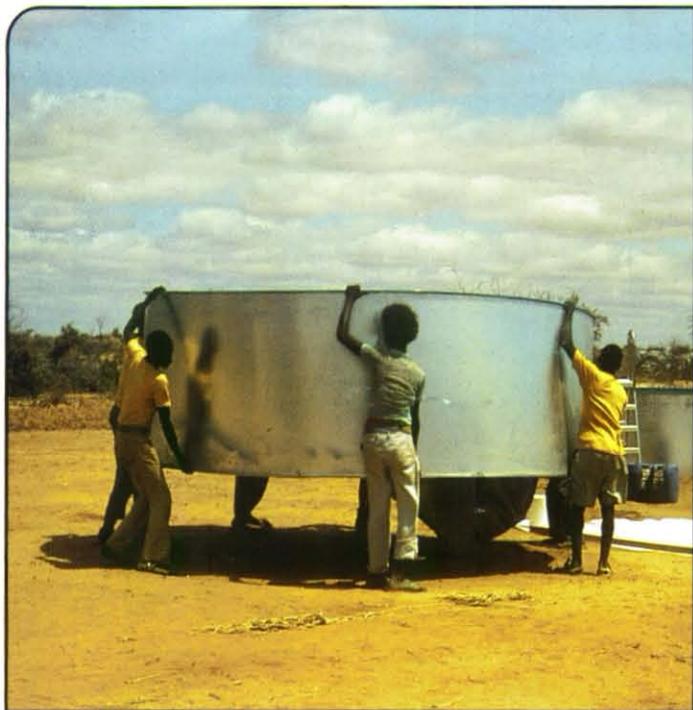
Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

(Bundesausrüstung)

Der Geräte- und Betriebskraftwagen des Fernmeldezuges (GBKw)



Trinkwasser für die Flüchtlinge im Sudan



Seit Anfang des Jahres 1985 ist die Zahl der Flüchtlinge aus den äthiopischen Provinzen Eritrea, Tigre und Wollo in der ostsudanesischen Grenzprovinz Kassala dramatisch angestiegen. Bis zu 3000 Flüchtlinge drängen täglich in den Osten des Sudans.

Eines der größten Probleme in den Auffanglagern ist die Versorgung der Flüchtlinge mit Trinkwasser. Im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland reiste deshalb Mitte Januar 1985 ein Expertenteam des Technischen Hilfswerks in die Flüchtlingsgebiete des Ost-Sudans, um die Möglichkeit eines Einsatzes des THW zur Verbesserung und Sicherstellung der Trinkwasserversorgung für die Lagerbevölkerung zu erkunden.

Nach Rückkehr des Erkundungsteams erhielt das THW den Auftrag, im Raum Fau drei Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen aufzubauen und in Betrieb zu nehmen. Man will sich dabei auf die Erfahrungen aus den THW-Einsätzen im Jahre 1980 stützen, bei denen 17 Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen in Somalia errichtet worden waren.

Unser Titelbild zeigt oben die Flüchtlingszelte im Lager Fau und unten äthiopische Flüchtlinge in einem Auffanglager im Grenzgebiet. Die Fotos auf der Rückseite zeigen Trinkwasser-Aufbereitungsanlagen, die das THW 1980 in Somalia errichtet hatte (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes).